

Monatsbericht des BMF

Mai 2016

Monatsbericht des BMF

Mai 2016

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung		
	nichts vorhanden		
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts		
·	Zahlenwert unbekannt		
Х	Wert nicht sinnvoll		

Redaktioneller Hinweis

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifisch differenzierende Formulierungen - z. B. der/die Bürger/in - verzichtet. Die in dieser Veröffentlichung verwendete männliche Form gilt im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für Frauen wie Männer gleichermaßen.

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016	
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	
IWF-Frühjahrstagung und G20-Treffen im April 2016 in Washington D.C	
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	37
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Steuereinnahmen im April 2016	
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich April 2016	
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2016	
Kreditaufnahme des Bundes Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Europaische wirtschafts- und Finanzpolitik	01
Aktuelles aus dem BMF	63
Termine, Publikationen	63
Stellenausschreibungen	65
Statistiken und Dokumentationen	69
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	71
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Ge samt wirts chaft liches Produktions potenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	124

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Bund, Länder und Gemeinden sind finanziell gut aufgestellt und können auch in den kommenden Jahren mit einer verlässlichen Entwicklung der Steuereinnahmen rechnen. Die Ergebnisse der 148. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" in Essen bestärken die Bundesregierung in ihrer Absicht, die aktuell großen Herausforderungen ohne neue Schulden zu bewältigen. Gegenüber der November-Steuerschätzung werden begrenzte Mehreinnahmen erwartet. Nach der aktuellen Prognose werden die Steuereinnahmen im laufenden Jahr 691,2 Mrd. € betragen. Die Einnahmeerwartungen bewegen sich im Einklang mit dem Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Haushaltsplan 2017. Die verlässliche Entwicklung der Steuereinnahmen spiegelt die nach wie vor günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wider. Rekordbeschäftigung und international wettbewerbsfähige Produkte sorgen bei Unternehmen und privaten Haushalten für steigende Einkommen und Gewinne. Die robuste Inlandsnachfrage entwickelt sich immer mehr zur tragenden Säule des Wachstums.

Im Rahmen der jährlichen Zoll-Bilanzpressekonferenz hat Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble erneut die Bedeutung der deutschen Zollverwaltung betont. Mit fast 133 Mrd. € hat der Zoll auch im Jahr 2015 rund die Hälfte der Steuern des Bundes



eingenommen. Er bildet damit das Rückgrat der Finanzverwaltung. Darüber hinaus geht er im Rahmen seiner Zuständigkeiten mit großer Effektivität gegen Schwarzarbeit, Schmuggel und organisierte Kriminalität vor. So wurden beispielsweise bei rund 400 000 Prüfungen durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit insgesamt 106 000 Strafverfahren mit einer aufgedeckten Schadenssumme von fast 820 Mio. € eingeleitet. Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt des Zolls im vergangenen Jahr war der Kampf gegen illegale und gefälschte Arzneimittel – zum größtmöglichen Schutz aller Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland.

M. >61-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die konjunkturelle Dynamik in Deutschland nahm im 1. Quartal 2016 deutlich zu. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes um 0,7 %.
- Die Industrieproduktion wurde im 1. Quartal merklich ausgeweitet. Auch die Exporte zeigen wieder einen Aufwärtstrend. Die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts hat sich auch im April fortgesetzt. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verringerte sich weiter, die Beschäftigung nahm zu.
- Das Verbraucherpreisniveau blieb im April gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Finanzen

- Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im April 2016 im direkten Vorjahresvergleich um 6,6 %. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern lag im aktuellen Berichtsmonat ebenfalls mit + 6,7 % deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats. Erhebliche Zuwächse bei den Steuern vom Umsatz sowie bei der Lohnsteuer bilden die Basis dieser positiven Entwicklung.
- Die Steuereinnahmen des Bundes nach Verrechnung von Bundesergänzungszuweisungen stiegen im April 2016 abermals merklich um 13,0 % gegenüber April 2015.
- Die Einnahmen des Bundes beliefen sich in den ersten vier Monaten des Jahres 2016 auf 100,1 Mrd. €. Das entsprechende Vorjahresniveau wurde um 9,9 Mrd. € beziehungsweise 11,1% überschritten. Die Ausgaben des Bundeshaushalts erreichten bis April zusammengenommen ein Volumen von 106,8 Mrd. € (+ 2,0 %). Im betrachteten Zeitraum überstiegen die Ausgaben die Einnahmen um 6,7 Mrd. €. Der negative Finanzierungssaldo wurde durch Kassenmittel und Rücklagenbewegungen ausgeglichen.

Europa

- Der aktuelle Monatsbericht enthält einen Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des informellen ECOFIN-Rates am 22. und 23. April 2016 in Amsterdam.
- In der Eurogruppe am 22. April 2016 standen die Lage in Griechenland, die Regelwerke der Mitgliedstaaten für Insolvenzen, die Anhörung der Vorsitzenden des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism SSM) sowie die Fiskalüberwachung auf der Tagesordnung.
- Das Treffen des ECOFIN fand im informellen Format statt. Daher wurden keine Beschlüsse gefasst. Stattdessen stand der grundsätzliche Gedankenaustausch im Vordergrund. Dabei nahmen zu einzelnen Punkten auch die Gouverneure der nationalen Notenbanken an den Gesprächen teil. Themen waren der EU-Haushalt, die Bankenunion, die Reaktion auf die sogenannten "Panama Papers", nachhaltige Finanzen, der Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie der Kampf gegen den Mehrwertsteuerbetrug.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016

- Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" erwartet für den gesamten Schätzzeitraum 2016 bis 2020 für Bund, Länder und Gemeinden eine kontinuierliche Zunahme des Steueraufkommens. Gegenüber dem Ergebnis der November-Steuerschätzung 2015 ist in allen Jahren mit Mehreinnahmen zu rechnen.
- Die Steuermehreinnahmen sind in den Eckwerten für den Bundeshaushalt 2017 bereits berücksichtigt neue Spielräume ergeben sich also nicht.
- Die Steuerschätzung zeigt einmal mehr, dass der deutsche Staat insgesamt solide finanziert und handlungsfähig ist.

1	Berücksichtigte Steuerrechtsänderungen	6
2	Gesamtwirtschaftliche Annahmen	
3	Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"	8
3.1	Entwicklung der Einnahmen im Schätzzeitraum	8
3.2	Vergleich mit der vorangegangenen Schätzung vom November 2015	13
	Fazit	

Vom 2. bis 4. Mai 2016 fand in Essen auf Einladung des Finanzministers des Landes Nordrhein-Westfalen die 148. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2016 bis 2020.

1 Berücksichtigte Steuerrechtsänderungen

Die Schätzung geht vom geltenden Steuerrecht aus. Gegenüber der vorangegangenen Schätzung vom November 2015 waren die finanziellen Auswirkungen der folgenden Rechtsänderungen zu berücksichtigen:

Zweites Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 21. Dezember 2015 (Zweites Pflegestärkungsgesetz – PSG II; BGBI. I Nr. 54, S. 2424); Artikel 2 Nr. 32: Anhebung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,2 Beitragssatzpunkte auf 2,55 % zum 1. Januar 2017

- Gesetz zur Umsetzung der EU-Mobilitäts-Richtlinie vom 21. Dezember 2015 (BGBI. I Nr. 55, S. 2553); Artikel 2: Änderung der §§ 4d und 6a EStG
- Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Bestimmung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer vom 21. Dezember 2015 (GVBI. für den Freistaat Thüringen Nr. 11, S. 238), gültig ab dem 1. Januar 2017
- Verordnung zur Festlegung der Steuersätze im Jahr 2016 nach § 11 Absatz 2 des Luftverkehrsteuergesetzes (Luftverkehrsteuer-Festlegungsverordnung 2016 – LuftVStFestV 2016) vom 10. November 2015 (BGBI. I Nr. 45, S. 1978)
- Anwendung des BFH-Urteils vom 17. Dezember 2014 I R 39/14 zur vollen

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016

"Schachtelprivilegierung" im gewerbesteuerrechtlichen Organkreis infolge sog. Bruttomethode (BStBI. 2015 II Nr. 21, S. 1052)

- BMF-Schreiben vom 10. November 2015 IV C 4 – S 2296-b/07/0003:007 (Dok 2015/0960049) zur Steuerermäßigung bei Aufwendungen für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse und für die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen (§ 35a EStG); Aufwendungen für Schornsteinfegerleistungen (BStBI. I Nr. 17, S. 876)
- Veröffentlichung des BFH-Urteils vom 3. September 2015 – VI R 13/15 (BStBI. 2016 II Nr. 2, S. 47); Ansatz von Kosten für die Versorgung und Betreuung eines Haustieres als haushaltsnahe Dienstleistung.

2 Gesamtwirtschaftliche Annahmen

Der Steuerschätzung wurden die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Frühjahrsprojektion 2016 der Bundesregierung zugrunde gelegt (siehe Tabelle 1). Die Bundesregierung erwartet für dieses Jahr einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um real 1,7 %. Für

das nominale BIP werden Veränderungsraten von + 3,6 % für das Jahr 2016, + 3,3 % für das Jahr 2017 sowie + 3,2 % für die Jahre 2018 bis 2020 projiziert.

Die Bruttolöhne und -gehälter sind neben den Unternehmens- und Vermögenseinkommen als gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlage für die Steuerschätzung besonders relevant. Für das Jahr 2016 wird von einer Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter von 4,1% ausgegangen. Dies sind 0,6 Prozentpunkte mehr als noch in der Herbstprojektion 2015. Für das Jahr 2017 wird ein Anstieg von nunmehr 3,7% erwartet, 0,2 Prozentpunkte mehr als in der Herbstprojektion 2015. Für die Jahre 2018 bis 2020 wurde die erwartete Wachstumsrate leicht um 0,1 Prozentpunkte auf + 3,1% p. a. angehoben.

Bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen, der zentralen Bezugsgröße für die gewinnabhängigen Steuerarten, wird für das Jahr 2016 mit einer Zuwachsrate von 4,1% gerechnet; gegenüber der Herbstprojektion 2015 ist dies ein Rückgang um 0,4 Prozentpunkte. Im Jahr 2017 wurde der Anstieg um 0,7 Prozentpunkte auf + 3,4% gemindert. Für die Folgejahre 2018 bis 2020 wird die Wachstumsrate konstant mit jährlich + 3,7% prognostiziert.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Grundlagen aus den Projektionen der Bundesregierung für die Steuerschätzungen November 2015 und Mai 2016 Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	20	16	20	17	20	18
	Steuer- schätzung November 2015	Steuer- schätzung Mai 2016	Steuer- schätzung November 2015	Steuer- schätzung Mai 2016	Steuer- schätzung November 2015	Steuer- schätzung Mai 2016
BIP nominal	+3,4	+3,6	+3,3	+3,3	+3,1	+3,2
BIP real	+1,8	+1,7	+ 1,5	+ 1,5	+1,6	+ 1,5
Bruttolohn- und Gehaltssumme	+3,5	+4,1	+3,5	+3,7	+3,0	+3,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+4,5	+4,1	+4,1	+3,4	+3,3	+3,7
Private Konsumausgaben	+3,0	+2,8	+3,0	+3,1	+3,1	+3,2
	20	19	20	20		
	Steuer- schätzung November 2015	Steuer- schätzung Mai 2016	Steuer- schätzung November 2015	Steuer- schätzung Mai 2016		
BIP nominal	+3,1	+3,2	+3,1	+3,2		
BIP real	+1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,5		
Bruttolohn- und Gehaltssumme	+3,0	+3,1	+3,0	+3,1		
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+3,3	+3,7	+3,3	+3,7		
Private Konsumausgaben	+3,1	+3,2	+3,1	+3,2		

 $Quelle: Arbeitskreis \, "Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen".\\$

3 Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"

3.1 Entwicklung der Einnahmen im Schätzzeitraum

Die Schätzergebnisse sind der Tabelle 2 zu entnehmen.¹ Danach werden die Steuereinnahmen insgesamt im Jahr 2016 gegenüber dem Ist-Ergebnis 2015 um 17,9 Mrd. € (+ 2,7 %) ansteigen. Der Zuwachs verteilt sich auf die Gebietskörperschaften unterschiedlich:

Die Gemeinden werden in diesem Jahr voraussichtlich nur mit einem Aufkommenszuwachs in Höhe von 0,9 % rechnen können. Im Jahr 2016 wird mit einem erheblich geringeren Abfluss von Eigenmitteln aus dem Bundeshaushalt an die Europäische Union (EU) gerechnet. Dennoch verzeichnet der Bund mit einem Aufkommenszuwachs von 3,0 % einen geringeren Anstieg der Steuereinnahmen als die Länder, die einen Zuwachs von 3,7 % erwarten können. Alle Gebietskörperschaften profitieren vom weiteren Anstieg der gemeinschaftlichen Steuern (+ 3,5 %). Das Aufkommen des Bundes wird durch die relativ schwache Entwicklung der Bundessteuern beeinträchtigt. Diese werden im Jahr 2016 voraussichtlich lediglich um 0,4 % ansteigen. Die Entwicklung des Aufkommens aus den Ländersteuern wird sich nach dem kräftigen Anstieg im Jahr 2015 (+ 15,9 %) im Jahr 2016 voraussichtlich auf 3,3 % abschwächen. Für die Gemeinden ergibt sich in diesem Jahr ein geringerer Einnahmeanstieg aufgrund von

¹ Hinsichtlich der Ergebnisse für die Einzelsteuern wird auf die auf der Internetseite des BMF veröffentlichten Ergebnistabellen verwiesen: http://www.bundesfinanzministerium.de/ Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/ Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/ Steuerschaetzung/2016-05-04-ergebnisse-148-sitzung-steuerschaetzung.html

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016

Rechtsänderungen, die das Gewerbesteueraufkommen – mit einem Anteil von circa 40 % an den GemeindeSteuereinnahmen des Jahres 2016 ihre wichtigste Einnahmequelle – beeinträchtigen.

Für die Folgejahre rechnet der Arbeitskreis mit einem weiteren kontinuierlichen Anstieg des Steueraufkommens insgesamt. Im gesamten Schätzzeitraum wird – ausgehend vom vorangegangenen Ist-Jahr 2015 – bis zum Jahr 2020 ein Zuwachs der Steuereinnahmen um 20,0 % erwartet. Im Vergleich der prognostizierten Zuwachsraten des Steueraufkommens im Schätzzeitraum mit der Zuwachsrate des nominalen BIP fällt auf, dass der erwartete Zuwachs des Steueraufkommens im ersten Schätzjahr 2016 mit 2,7 % am geringsten ausfällt, während für das nominale BIP in diesem Jahr mit 3,6 % ein stärkerer Zuwachs als in den übrigen Schätzjahren geschätzt wurde. Hier spielt die Verteilung der Auswirkungen von Rechtsänderungen eine

erhebliche Rolle. So mindert neben dem Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags insbesondere die Umsetzung einiger Gerichtsurteile voraussichtlich das Aufkommen des Jahres 2016 im Rahmen der Erledigung von offenen Veranlagungen vergangener Jahre. Weitere Anmerkungen hierzu finden sich in den nachfolgenden Ausführungen zur Aufkommensentwicklung der einzelnen Steuerarten.

Die größte Dynamik weisen die gemeinschaftlichen Steuern aus. Ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen wird voraussichtlich von 71,8 % im Jahr 2015 auf 74,4 % im Jahr 2020 anwachsen. Der Zuwachs der Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern beträgt im gleichen Zeitraum 24,5 %. Jedoch gibt es deutliche Unterschiede in der Entwicklung bei den einzelnen Steuerarten, aus denen sich die gemeinschaftlichen Steuern zusammensetzen.

Tabelle 2: Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2016

	Ist	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung
	2015	2016	2017	2018	2019	2020
1. Bund						
in Mrd. €	281,6	290,1	301,8	315,7	328,2	339,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,0	3,0	4,1	4,6	4,0	3,6
2. Länder						
in Mrd. €	267,9	277,7	287,5	299,2	308,7	320,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	5,4	3,7	3,5	4,1	3,2	3,8
3. Gemeinden						
in Mrd. €	92,8	93,6	101,2	103,3	107,0	111,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	5,9	0,9	8,2	2,0	3,6	3,8
4. EU						
in Mrd. €	30,9	29,9	33,3	34,8	35,9	36,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-0,2	-3,5	11,6	4,6	3,0	2,2
5. Steuereinnahmen insgesamt						
in Mrd. €	673,3	691,2	723,9	753,0	779,7	808,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,6	2,7	4,7	4,0	3,6	3,6

Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich. Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.

 $Angaben \ in \ Mrd. \in gerundet; \ Ver\"{a}nderungsraten \ aus \ Angaben \ in \ Mio. \in errechnet.$

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: 148. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 02. bis 04. Mai 2016 in Essen.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016

Der stärkste Aufkommensanstieg ergibt sich bei der Körperschaftsteuer mit einem Zuwachs von 45,0 % im Jahr 2020 gegenüber dem Basisjahr 2015. Der Zuwachs verteilt sich sehr ungleichmäßig auf die einzelnen Jahre des Schätzzeitraums. Im ersten Schätzjahr 2016 wird ein Anstieg um 5,3 % erwartet. Erwartungen über weiter ansteigende Vorauszahlungen basieren auf der positiven Entwicklung der Gewinne der überwiegend international ausgerichteten Kapitalgesellschaften. Ausgehend von dem starken Zuwachs im 1. Quartal 2016 erwartet der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" auch für den Rest des Jahres eine positive Einnahmeentwicklung. Die negativen Aufkommenseffekte, die aus der Umsetzung der Rechtsprechung zu § 40a Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften (KAGG) und STEKO² resultieren und in diesem Jahr bei der Körperschaftsteuer voraussichtlich zu Steuermindereinnahmen in Höhe von 3,1 Mrd. € führen, werden dadurch mehr als ausgeglichen. Für das Jahr 2017 werden aus der vorgenannten Rechtsprechung keine aufkommensmindernden Auswirkungen mehr erwartet. Zudem wird – entsprechend den gesamtwirtschaftlichen Annahmen zur Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen – mit einem Zuwachs des Aufkommens vor Berücksichtigung von Rechtsänderungen gerechnet. Beide Komponenten zusammen führen zu einem starken Anstieg des für 2017 geschätzten Aufkommens um 17,7 %. Auch im Jahr 2018 ergibt sich ein überdurchschnittlicher Aufkommenszuwachs (+ 11,0 %), der neben der prognostizierten Gewinnsteigung der Unternehmen durch den Wegfall der Altkapitalerstattungen gespeist wird. Diese betragen im Jahr 2017 voraussichtlich noch 2,2 Mrd. €. In den Jahren 2019 und 2020 werden die Körperschaftsteuereinnahmen basierend auf der prognostizierten gesamtwirt-

schaftlichen Entwicklung moderat um 2,2 % beziehungsweise 3,1 % zunehmen.

Der zweithöchste Aufkommenszuwachs bis zum Jahr 2020 wird mit 29.3 % bei der Lohnsteuer erwartet. Im gesamten Schätzzeitraum wird die Entwicklung des Lohnsteueraufkommens wesentlich von der erwarteten Steigerung der Effektivlöhne (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) und nur noch in geringem Umfang von der Zunahme der Beschäftigung getragen. Die jährlichen Zuwachsraten des Lohnsteueraufkommens liegen in allen Schätziahren außer im Jahr 2016 über 5 %. Der geringere Aufkommensanstieg im Jahr 2016 ist zum überwiegenden Teil auf die Auswirkungen des Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags zurückzuführen. Die in zwei Stufen erfolgte Anhebung des Grundfreibetrags (erste Stufe im Jahr 2015; zweite Stufe im Jahr 2016) und die damit verbundene Verschiebung der Tarifgrenzen sowie die Erhöhung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende mindern das Steueraufkommen aus der Lohnsteuer im Jahr 2016 gegenüber dem Jahr 2015 um 4,3 Mrd. €. Die Aufwendungen für das vom Lohnsteueraufkommen in Abzug gebrachte Kindergeld stiegen bereits im Jahr 2015 aufgrund der rückwirkenden Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar 2015 um 2,3 % an. Die weitere Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar 2016 trägt erheblich zu der weiteren Steigerung der Aufwendungen für das Kindergeld um 1,6 % bei. Der Anstieg des Lohnsteueraufkommens wird damit im Jahr 2016 auf 3,3 % "abgebremst".

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer werden im gesamten Schätzzeitraum voraussichtlich um 24,6 % zunehmen. In diesem Zeitraum wird die Aufkommensentwicklung im Wesentlichen von dem erwarteten Anstieg der Unternehmens- und Vermögenseinkommen angetrieben. Ausgehend von der guten Entwicklung im 1. Quartal wird für das laufende Jahr 2016 ein ähnlicher Anstieg der Steuereinnahmen wie im Jahr 2015 erwartet (+ 6,2 %). Im restlichen

² EuGH-Urteil vom 22. Januar 2009 in der Rs. C-377/07 STREKO (BStBI 201 II Seite 95) und BFH-Urteil vom 28. Oktober 2009 - I R 27/08 - (BStBI 2011 II Seite 229)

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016

Schätzzeitraum werden, basierend auf den in der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung prognostizierten Zuwachsraten der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, Aufkommenszuwächse zwischen 3,7 % und 4,2 % erwartet.

Bei den Steuern vom Umsatz wird zwischen 2015 und 2020 ein Anstieg von 20,8 % erwartet. Dies entspricht annähernd dem erwarteten Zuwachs der privaten Konsumausgaben, der das Aufkommen dieser Steuerart maßgeblich bestimmt (im Zeitraum 2015 bis 2020: +16,6 %; vergleiche Tabelle 1). Die jährlichen Zuwachsraten des Steueraufkommens im Schätzzeitraum werden voraussichtlich in allen Jahren über 3 % liegen. Der stärkste Zuwachs wird im Jahr 2016 mit + 4,6 % erreicht. Damit tragen die Steuern vom Umsatz aufgrund ihres großen Anteils am Steueraufkommen insgesamt zum Zuwachs der Steuereinnahmen bis 2020 erheblich bei.

Für die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wird im Schätzzeitraum bis 2020 ein Zuwachs von 19.4 % erwartet. In den Jahren 2016 und 2017 werden die Steuereinnahmen durch die Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20. Oktober 2011 zu den Streubesitzdividenden beeinflusst. Aufgrund dieses Urteils müssen voraussichtlich 2,5 Mrd. € Kapitalertragsteuern zurückgezahlt werden, die in früheren Jahren vereinnahmt worden waren. Unter anderem aufgrund der Schwierigkeiten der betroffenen Unternehmen bei der Beschaffung der notwendigen Nachweise ergaben sich große Verzögerungen bei der Umsetzung des Urteils. Nunmehr wird damit gerechnet, dass die Abwicklung der Altfälle in den Jahren 2016 und 2017 das Aufkommen mindern wird. Während im Jahr 2016 dadurch voraussichtlich das Aufkommen zurückgeht, ergibt sich im Jahr 2017 ein Zuwachs in Höhe von 4,6 % aus der unterstellten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Im Jahr 2018 resultiert aus der Kombination von wirtschaftlicher Entwicklung und Wegfall der Zahlungen für Altfälle, dem sogenannten Basiseffekt, eine hohe Zuwachsrate von + 10,4 % gegenüber dem Vorjahr. In den vorangegangenen beiden Schätzjahren

bestimmt wiederum allein die wirtschaftliche Entwicklung die Einnahmenentwicklung.

Die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge wird im gesamten Schätzzeitraum voraussichtlich um 21,4 % zurückgehen. Trotz der Stagnation des aktuellen Zinses auf niedrigem Niveau und dem damit einhergehenden allmählichen Absinken des Durchschnittszinses war im Jahr 2015 das Aufkommen dieser Steuer erheblich angestiegen. Im Aufkommen werden ebenfalls Steuerzahlungen auf Erlöse aus Wertpapierveräußerungen erfasst. Da die Einnahmen hieraus statistisch nicht getrennt ausgewiesen werden, und somit die Entwicklung in der Vergangenheit und das gegenwärtige Niveau der Einnahmen unbekannt sind, ist eine valide Schätzung der Einnahmenentwicklung aus Wertpapierveräußerungen nicht möglich. Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" nimmt an, dass die Entwicklung der Aktienkurse im Jahr 2015 viele Marktteilnehmer zu einer Realisierung ihrer Kursgewinne veranlasst und somit das Aufkommen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge beträchtlich erhöht hat. Die Entwicklung im 1. Quartal 2016 lässt vermuten, dass im aktuellen Jahr dieser aufkommensbegünstigende Effekt fortfällt. Der Schätzansatz für 2016 beinhaltet daher einen erheblichen Aufkommensrückgang gegenüber dem Jahr 2015 (- 21,9 %). Auch im Jahr 2017 ergibt sich daraus noch ein Rückgang in Höhe von 4,0 %. Im Verlauf des Schätzzeitraums wird dann mit einer allmählichen Erholung des Durchschnittszinses gerechnet. Dies schlägt sich - bei gleichzeitig expandierendem Finanzanlagevolumen - in leichten Aufkommenszuwächsen in den Jahren 2018 bis 2020 nieder.

Neben den gemeinschaftlichen Steuern weisen die Gemeindesteuern mit einem Plus von 16,5 % im Zeitraum 2015 bis 2020 ebenfalls einen kräftigen Zuwachs auf, der von der aufkommensstärksten Gemeindesteuer, der Gewerbesteuer (+ 19,5 %), getragen wird. Die Gewerbesteuer ist ebenso wie die Körperschaftsteuer von der Umsetzung der Rechtsprechung zu § 40a KAGG und STEKO betroffen. Im Jahr 2016 resultieren hieraus voraussichtlich 2,5 Mrd. €

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016

an Steuermindereinnahmen. Hinzu kommen die Auswirkungen in einem Umfang von 1,0 Mrd. € aus dem erstmals in der aktuellen Steuerschätzung berücksichtigten Urteil des Bundesfinanzhofs vom 17. Dezember 2014 (IR 39/14) zur vollen "Schachtelprivilegierung" im gewerbesteuerrechtlichen Organkreis. Dadurch wird das Gewerbesteueraufkommen in diesem Jahr voraussichtlich um 1,7 % sinken und ähnlich wie die Körperschaftsteuereinnahmen im Folgejahr einen kräftigen Zuwachs erzielen, welcher bei der Gewerbesteuer 10,9 % betragen wird. Die hinsichtlich des Volumens zweitgrößte Steuer - die Grundsteuer B - verzeichnet hingegen im Schätzzeitraum nur ein unterdurchschnittliches Wachstum (+ 7,0%). Das Aufkommen der sonstigen Gemeindesteuern wird voraussichtlich um 10,2 % steigen, wobei der größte Zuwachs im Jahr 2016 mit 2,6 % erwartet wird. Neben der Ausweitung der Bemessungsgrundlagen tragen bereits in Kraft getretene Rechtsänderungen, insbesondere Steuersatzerhöhungen zu diesem Wachstum bei. Diese Rechtsänderungen können allerdings aufgrund der Vielzahl der Gemeinden vom Arbeitskreis "Steuerschätzungen" nicht gesondert erfasst und ausgewiesen werden. Da in der Schätzung nur in Kraft getretene Rechtsänderungen berücksichtigt werden, liegen die geschätzten Zuwachsraten der sonstigen Gemeindesteuern in den Jahren 2017 bis 2020 unter 2 % p. a.

Auch bei den Ländersteuern (+ 7,8 %) sorgt vor allem die aufkommensstärkste Steuerart – die Grunderwerbsteuer – mit einem geschätzten Aufkommensanstieg von 2015 bis 2020 um 21,0 % für kräftigen Zuwachs. Der größte Anstieg wurde für das Jahr 2016 geschätzt (+ 9,0 %). Wesentliche Impulse für das prognostizierte Aufkommenswachstum im Jahr 2016 ergeben sich aus steigenden Umsätzen aufgrund der im internationalen Vergleich günstigen Grundstückspreise in Deutschland und der Suche nach alternativen Geldanlagemöglichkeiten angesichts niedriger Zinssätze. Ab dem Jahr 2017

werden nur noch moderate Steigerungen des Aufkommens der Grunderwerbsteuer erwartet (unter 3 % p. a.). Die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer werden im Schätzzeitraum voraussichtlich um 13,1 % abnehmen. Der Arbeitskreis erwartet erhebliche Aufkommensrückgänge sowohl im laufenden Jahr als auch im Jahr 2017, da die Basis durch Schenkungen in Vorwegnahme erwarteter Änderungen im Erbschaftsteuerrecht stark erhöht ist. Mittelfristig wird dann wieder von leichten Zuwächsen ausgegangen.

Die Einnahmen aus den Bundessteuern werden im Schätzzeitraum bis 2020 voraussichtlich um 3,5 % ansteigen. Allerdings haben nur wenige bedeutende Bundessteuern größere Zuwächse zu verzeichnen: An erster Stelle steht hier der Solidaritätszuschlag, der – gekoppelt an die Zuwächse bei seinen Bemessungsgrundlagen (Lohn- und Einkommensteuer; Körperschaftsteuer) - einen Zuwachs von + 23,0 % bis 2020 aufweist. In Hinsicht auf das Aufkommen steht er nach der Energiesteuer an zweiter Stelle in der Rangfolge der Bundessteuern. Auch für die Versicherungsteuer wurde in diesem Zeitraum ein erheblicher Anstieg um 12,6 % prognostiziert. Die Energiesteuer als aufkommensstärkste Bundessteuer wird voraussichtlich im Jahr 2016 lediglich einen Einnahmeanstieg von 1,0 % verzeichnen. Im restlichen Schätzzeitraum rechnet der Arbeitskreis mit einer Stagnation im Aufkommen. Dies trifft auch für die Kraftfahrzeugsteuer zu (2016 + 1,1%; danach Stagnation). Die Luftverkehrsteuereinnahmen werden im Schätzzeitraum um 13,0 % anwachsen. Aufgrund des vergleichsweise geringen absoluten Betrags sind die Auswirkungen auf die Einnahmen der Bundessteuern insgesamt aber relativ gering. Für die Tabaksteuer wird mittelfristig mit Verbrauchseinschränkungen gerechnet, sodass die Einnahmen im Schätzzeitraum um 5,3 % zurückgehen. Da das Kernbrennstoffgesetz auf Besteuerungsvorgänge vor dem 1. Januar 2017 anzuwenden ist, wurden für die Kernbrennstoffsteuer nur noch im Jahr 2016 Einnahmen in Höhe von 1,0 Mrd. € unterstellt.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016

Die volkswirtschaftliche Steuerquote wird ausgehend von 22,25 % im Jahr 2015 bis zum Ende des Schätzzeitraums nach Einschätzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" leicht zunehmen und im Jahr 2020 bei 22,66 % liegen.

3.2 Vergleich mit der vorangegangenen Schätzung vom November 2015

Tabelle 3 zeigt den Vergleich der aktuellen Schätzergebnisse mit der vorangegangenen Steuerschätzung vom November 2015. In Tabelle 4 sind die Veränderungen der Schätzansätze für ausgewählte Steuerarten gegenüber der November-Steuerschätzung 2015 dargestellt.

Die Einnahmenerwartungen für das Jahr 2016 vor Berücksichtigung der Steuerrechtsänderungen, die sogenannten Schätzabweichungen, haben sich um 6,1 Mrd. € erhöht. Erstmals in die Steuerschätzung einbezogene Rechtsänderungen verringern das erwartete Mehraufkommen um 1,1 Mrd. €. Die Steuereinnahmen insgesamt werden somit voraussichtlich mit 691,2 Mrd. € um 5,0 Mrd. € höher ausfallen, als im November 2015 geschätzt wurde. Obgleich die Wachstumsannahmen bei den zwei wichtigsten, in der Steuerschätzung relevanten gesamtwirtschaftlichen Indikatoren gegenüber der Mai-Steuerschätzung abgesenkt wurden (Unternehmens- und Vermögenseinkommen; private Konsumausgaben) und nur die Bruttolohn- und Gehaltsumme angehoben wurde, hat der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" seine Schätzansätze für das Jahr 2016 insbesondere aufgrund der Entwicklung des Ist-Aufkommens vieler Steuerarten im 1. Quartal des Jahres erheblich angehoben. Die Verbindung zwischen gesamtwirtschaftlicher Entwicklung und Steuereinnahmeentwicklung ist nur mittelbarer Natur. Aus der Ausgestaltung des Steuerrechts – wie z. B. progressive Steuertarife, Zahlungsfristen etc. - und dem Handeln von Wirtschaftssubjekten und Verwaltung resultieren sowohl verstärkende als auch vermindernde Effekte auf das Aufkommen der verschiedenen Steuerarten. Zudem ergeben sich mehr oder weniger große zeitliche Verzögerungen, bis die wirtschaftlichen Entwicklungen auf die Steuereinnahmen wirken.

Bei fast allen gemeinschaftlichen Steuerarten sind im Jahr 2016 Aufwärtskorrekturen gegenüber der vorangegangenen Schätzung zu verzeichnen. Eine Ausnahme bildet hier lediglich die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, für die der Arbeitskreis aufgrund der in Abschnitt 3.1 geschilderten Einschätzung der Aufkommensentwicklung erhebliche Abschläge vornahm. Größere Zuschläge ergaben sich bei der veranlagten Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und den Steuern vom Umsatz. Die Lohnsteuereinnahmen wurden ebenso wie die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag leicht nach oben angepasst. Der Ansatz der Gewerbesteuer wurde trotz der aufkommensmindernden Auswirkungen des im November 2015 noch nicht berücksichtigten Urteils zur "Schachtelprivilegierung" angehoben. Die Einnahmeannahmen für die Bundessteuern wurden gegenüber der November-Schätzung leicht angehoben. Die Erhöhung der Ansätze bei der Tabaksteuer, der Kraftfahrzeugsteuer und dem Solidaritätszuschlag wurden durch die Minderung der Erwartungen bei der Energiesteuer gedämpft. Auch die Schätzansätze für die Ländersteuern wurden saldiert um 0.8 Mrd. € nach oben angepasst, wobei dies vor allem auf die Grunderwerbsteuer und die Erbschaftsteuer zurückzuführen ist.

Die EU-Abführungen im Jahr 2016 liegen um 0,1 Mrd. € unter dem Ansatz der November-Steuerschätzung 2015 und erhöhen die Mehreinnahmen des Bundes entsprechend. Insgesamt ergeben sich für das Jahr 2016 für den Bund Mehreinnahmen von 2,0 Mrd. €. Die Länder können mit 2,4 Mrd. € höhere Zuwächse erwarten. Der Unterschied in der Verteilung der Mehreinnahmen zwischen Bund und Ländern ist auf die bessere Entwicklung der Ländersteuern im Vergleich zu den Bundessteuern zurückzuführen. Die Gemeinden können Mehreinnahmen in Höhe von 0,7 Mrd. € gegenüber der November-Schätzung erwarten.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016

Im Jahr 2017 ergeben sich insbesondere aufgrund der Erhöhung der Einnahmen im Basisjahr 2016, dem sogenannten Basiseffekt, Mehreinnahmen im Verhältnis zur vorangegangenen Schätzung (Schätzabweichungen) in Höhe von 6,7 Mrd. €. Die neu einbezogenen Steuerrechtsänderungen vermindern das Aufkommen um 0,5 Mrd. €, sodass das Schätzergebnis der Mai-Steuerschätzung um 6,3 Mrd. € über dem Ergebnis der November-Steuerschätzung liegt.

Die das Aufkommen der Gewerbesteuer mindernden Auswirkungen des BFH-Urteils zum "Schachtelprivileg" fallen gegenüber dem Vorjahr erheblich geringer aus. Bei den gemeinschaftlichen Steuern, den Bundessteuern, den Ländersteuern und den übrigen Gemeindesteuern wurden die geänderten Einnahmeprognosen für das Jahr 2016 über Basiseffekte grundsätzlich auch in das Jahr 2017 fortgeschrieben.

Im Jahr 2017 liegen die EU-Abführungen aus dem Bundeshaushalt um 0,3 Mrd. € unter den Annahmen vom November. Damit verbessert sich das Ergebnis für den Bund entsprechend. Von den Mehreinnahmen profitieren wie im Jahr zuvor die Länder mit + 2,7 Mrd. € stärker als der Bund (+ 2,5 Mrd. €) – obgleich sich die Differenz zwischen beiden aufgrund der geringeren Dynamik bei den Ländersteuern

Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung Mai 2016 vom Ergebnis der Steuerschätzung November 2015 nach Ebenen Beträge in Mrd. €

	Enmologie de la	Abweichungen					
2016	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung		davon:		Ergebnis der Steuerschätzung	
	November 2015	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	Mai 2016	
Bund ³	288,1	2,0	-0,1	0,1	1,9	290,1	
Länder ³	275,3	2,4	-0,2		2,6	277,7	
Gemeinden ³	92,9	0,7	-0,9		1,6	93,6	
EU	30,0	-0,1	0,0	-0,1	0,0	29,9	
Steuereinnahmen insgesamt	686,2	5,0	-1,1	0,0	6,1	691,2	
	Funchaio dos		Abwei	chungen		Francis des	
2017	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung		Ergebnis der Steuerschätzung			
	November 2015	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	Mai 2016	
Bund ³	299,3	2,5	-0,1	0,3	2,4	301,8	
Länder ³	284,8	2,7	-0,1		2,8	287,5	
Gemeinden ³	99,9	1,4	-0,2		1,6	101,2	
EU	33,7	-0,4	0,0	-0,3	-0,1	33,3	
Steuereinnahmen insgesamt	717,6	6,3	-0,5	0,0	6,7	723,9	
	Frachnicder	Abweichungen				Functions	
2018	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung	davon:			Ergebnis der Steuerschätzung	
	November 2015	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	Mai 2016	
Bund ³	312,3	3,3	-0,2	0,3	3,2	315,7	
Länder ³	295,4	3,8	-0,1		3,9	299,2	
Gemeinden ³	101,7	1,5	-0,2		1,7	103,3	
EU	35,1	-0,3	0,0	-0,3	0,0	34,8	
Steuereinnahmen insgesamt	744,6	8,4	-0,5	0,0	8,8	753,0	

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016

noch Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung Mai 2016 vom Ergebnis der Steuerschätzung November 2015 nach Ebenen Beträge in Mrd. €

9						
	Francis de s		Familia de a			
2019	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung		davon:		Ergebnis der Steuerschätzung
	November 2015	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	Mai 2016
Bund ³	324,0	4,2	-0,2	0,3	4,1	328,2
Länder ³	304,1	4,6	-0,2		4,8	308,7
Gemeinden ³	105,2	1,7	-0,2		1,9	107,0
EU	36,2	-0,3	0,0	-0,3	-0,1	35,9
Steuereinnahmen insgesamt	769,5	10,2	-0,6	0,0	10,8	779,7
	Function don		Franksis das			
2020	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung		Ergebnis der Steuerschätzung		
	November 2015	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	Mai 2016
Bund ³	334,8	5,1	-0,2	0,3	5,1	339,9
Länder ³	314,9	5,6	-0,2		5,8	320,5
Gemeinden ³	109,0	2,0	-0,2		2,2	111,0
EU	37,0	-0,3	0,0	-0,3	0,0	36,7
Steuereinnahmen insgesamt	795,6	12,5	-0,6	0,0	13,1	808,1

¹Zweites Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 21. Dezember 2015 (Zweites Pflegestärkungsgesetz – PSG II; BGBI. I Nr. 54, S. 2424); Artikel 2 Nr. 32: Anhebung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,2 Beitragssatzpunkte auf 2,55 % zum 1. Januar 2017.

Gesetz zur Umsetzung der EU-Mobilitäts-Richtlinie vom 21. Dezember 2015 (BGBI. I Nr. 55, S. 2553); Artikel 2: Änderung der §§ 4d und 6a EStG. Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Bestimmung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer vom 21. Dezember 2015. Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 22. Dezember 2014 (GVBI. für den Freistaat Thüringen Nr. 11, S. 238).

Verordnung zur Festlegung der Steuersätze im Jahr 2016 nach § 11 Absatz 2 des Luftverkehrsteuergesetzes (Luftverkehrsteuer-Festlegungsverordnung 2016 – LuftVStFestV 2016) vom 10. November 2015 (BGBI. I Nr. 45, S. 1978).

Anwendung des BFH-Urteils vom 17.12.2014 I R 39/14 zur vollen "Schachtelprivilegierung" im gewerbesteuerrechtlichen Organkreis infolge sog. Bruttomethode (BStBI. 2015 II Nr. 21, S. 1052).

BMF-Schreiben vom 10. November 2015 – IV C 4 – S 2296-b/07/0003:007 (Dok 2015/0960049) zur Steuerermäßigung bei Aufwendungen für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse und für die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen (§ 35a EStG); Aufwendungen für Schornsteinfegerleistungen (BStBI. I Nr. 17, S. 876).

Veröffentlichung des BFH-Urteils vom 3. September 2015 - VI R 13/15 - (BStBI. 2016 II Nr. 2, S. 47); Ansatz von Kosten für die Versorgung und Betreuung eines Haustieres als haushaltsnahe Dienstleistung.

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Arbeitskreis "Steuerschätzungen".

 $^{^2\ \}text{Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte}.$

³ Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung, Finanzausgleich und Konsolidierungshilfen (Betrag der Konsolidierungshilfen vorbehaltlich der Entscheidung des Stabilitätsrates gemäß § 2 Absatz 2 Konsolidierungshilfengesetz).

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016

Tabelle 4: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung Mai 2016 vom Ergebnis der Steuerschätzung November 2015 nach Steuerarten

Steuerart	2016	2017	2018	2019	2020			
Steuci ai t		Abweichungen in Mio. € gegenüber November 2015						
Lohnsteuer	200	-1 300	1 700	2 000	2 450			
Veranlagte Einkommensteuer	1850	1 650	1 900	2 300	2 700			
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	235	140	85	240	295			
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	-1 673	-2 030	-2 029	-2 029	-2 028			
Körperschaftsteuer	1630	1 290	1 490	1 550	1 710			
Steuern vom Umsatz	- 900	1 200	2 150	2 850	3 600			
Gewerbesteuer	550	1 150	1 400	1 550	1 800			
Bundessteuern insgesamt	349	584	563	652	751			
davon								
Energiesteuer	-200	-200	-200	-200	- 200			
Stromsteuer	0	0	0	0	0			
Tabaksteuer	100	110	120	130	140			
Versicherungsteuer	-20	20	30	50	80			
Solidaritätszuschlag	400	500	450	500	550			
Kraftfahrzeugsteuer	100	100	100	100	100			
sonstige Bundessteuern	- 71	54	63	72	81			
Ländersteuern insgesamt	798	943	1 059	1 175	1 291			
Gemeindesteuern insgesamt	132	85	39	- 8	- 54			
Zölle	0	- 50	0	- 50	0			
Steuereinnahmen insgesamt	4 971	6 262	8 357	10 230	12 515			

Quelle: Arbeitskreis "Steuerschätzungen".

etwas abschwächt. Der Schätzansatz für die Gemeinden wurde um 1,4 Mrd. € angehoben. Der Schätzansatz für die eigenen Einnahmen der EU (Zölle) wurde leicht gegenüber dem Ansatz vom November reduziert.

Die Entwicklungstendenzen des Jahres 2017 setzen sich auch in den folgenden Jahren bis 2020 fort. Die im Basisjahr 2015 erhöhten Einnahmeerwartungen wurden ebenso wie in das Jahr 2017 auch in die Jahre 2018 bis 2020 fortgeschrieben. Da die gesamtwirtschaftlichen Annahmen der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung in der Mittelfrist kaum von den Annahmen der Herbstprojektion abweichen, ergaben sich aus den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch keine großen Impulse für eine weitere

Erhöhung der Schätzansätze durch den Arbeitskreis "Steuerschätzungen". Die Schätzabweichung im Jahr 2018 beträgt + 8,8 Mrd. €. Im Jahr 2019 beläuft sie sich auf + 10,8 Mrd. € und im Jahr 2020 auf + 13,1 Mrd. €.

Die neu einbezogenen Steuerrechtsänderungen mindern die Schätzergebnisse in den drei Jahren um 0,5 Mrd. € im Jahr 2018 und je 0,6 Mrd. € in den Jahren 2019 und 2020 gegenüber der November-Schätzung.

In der Summe aller Gebietskörperschaften liegt das Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2016 im Zeitraum 2018 bis 2020 über dem Ergebnis vom November 2015 (2018: + 8,4 Mrd. €; 2019: + 10,2 Mrd. €; 2020: + 12,5 Mrd. €). Alle Gebietskörperschaften können gegenüber

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016

dem November-Ansatz in diesen Jahren höhere Steuereinnahmen erwarten, wobei die Länder trotz eines niedrigeren Anteils am Gesamtsteueraufkommen als der Bund mit absolut größeren Zuwächsen rechnen dürfen als dieser.

4 Fazit

Die Steuerschätzung zeigt einmal mehr: Der deutsche Staat ist insgesamt solide finanziert und handlungsfähig.

In den ersten Monaten dieses Jahres ergaben sich deutliche Zuwächse in den Kasseneinnahmen. Auf dieser Basis erwartet der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" auch für das Gesamtjahr und die weiteren Jahre verlässliche Steuereinnahmen. Die Ergebnisse der Steuerschätzung liegen für alle staatlichen Ebenen leicht oberhalb der Schätzung vom November 2015.

Dahinter steht das weiterhin robuste Wirtschaftswachstum mit einer sehr guten Arbeitsmarktlage, einer günstigen Entwicklung der Inlandsnachfrage, steigenden Löhnen und Gehältern und wachsenden Unternehmensgewinnen. Dies macht sich bei den einkommensabhängigen Steuern wie der Lohnsteuer, der Körperschaftsteuer und den anderen Ertragsteuern, aber auch bei der Umsatzsteuer bemerkbar.

Auch die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung der vergangenen Jahre hat zu dem erfreulichen Ergebnis beigetragen:

 einerseits durch die auf Stabilität und Vertrauen ausgerichtete Haushaltspolitik, andererseits durch gezielte Impulse für nachhaltiges Wachstum, nicht zuletzt höhere Ausgaben für Bildung und Forschung sowie Infrastruktur.

Dennoch sollte auch auf die bestehenden globalen Risiken hingewiesen werden. Stichworte sind u. a. die Abkühlung in den Schwellenländern mit Auswirkungen auf die deutsche Exportwirtschaft und die militärischen Auseinandersetzungen in einigen Weltregionen.

Wie in jedem Jahr wurden im März die Eckwerte für den Bundeshaushalt auf Basis einer neueren Schätzung des BMF im Kabinett beschlossen, welche bereits die gesamtwirtschaftliche Projektion des Jahreswirtschaftsberichts (JWB) vom Januar 2016 berücksichtigte. Dabei sind in den Eckwerten für das Jahr 2017 über das Ergebnis der auf der JWB-Projektion beruhenden Steuerschätzung hinaus zusätzliche Entlastungen unterstellt worden, die ziemlich genau dem Ergebnis der nun vorliegenden Steuerschätzung entsprechen. Das bedeutet: Die nun geschätzten Steuermehreinnahmen sind in den Eckwerten bereits berücksichtigt – neue Spielräume ergeben sich also nicht.

Anfang Juli wird das Kabinett den Regierungsentwurf für den Haushalt 2017 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2020 beschließen. Die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung werden dabei, wie immer, dem Gesetzentwurf zugrunde gelegt. Sie helfen der Bundesregierung, die gemeinsam vereinbarten Haushaltsziele zu erreichen. Die Bundesregierung hatte im März beschlossen, alles daran zu setzen, bis 2020 auf neue Schulden zu verzichten.

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

Kurzfassung der aktualisierten Broschüre des BMF¹

- Die deutsche Abgabenquote d. h. die Belastung durch Steuern und Sozialabgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) – lag mit 36,6 % auch im Jahr 2014 international im Mittelfeld.
- Bei der steuertariflichen Gesamtbelastung von Kapitalgesellschaften bleibt Deutschland weiterhin unter der im internationalen Vergleich wichtigen Marke von 30 %.
- Der Steuer- und Abgabenbelastung stehen in Deutschland vielfältige staatliche Leistungen und ein gut ausgebautes soziales Sicherungssystem gegenüber. Gezielte steuerliche Entlastungen – insbesondere der Abbau kalter Progression, ein höherer Grundfreibetrag und verbesserte Familienleistungen – stärken zudem Arbeitsanreize und Kaufkraft.

1	Einleitung	18
2	Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen	18
3	Steuerliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften	20
3.1	Körperschaftsteuertarife	20
3.2	Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer	
4	Nominale Ertragsteuerbelastung natürlicher Personen	
5	Einkommen-/Lohnsteuerbelastung von Arbeitnehmern	25
6	Umsatzsteuersätze	
7	Fazit	20

1 Einleitung

Der folgende Beitrag stellt überblicksartig grundlegende Vergleiche zur internationalen Besteuerung an. Die Ländervergleiche erstrecken sich auf die EU-Staaten und einige andere Industriestaaten, namentlich die USA, Kanada, Japan, die Schweiz und Norwegen. Sie geben grundsätzlich den Rechtsstand zum Ende des Jahres 2015 wieder. Angekündigte oder beschlossene Maßnahmen, die sich erst ab 2016 auswirken, sind nicht erfasst.

2 Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen

Gesamtwirtschaftliche Steuerquoten messen die Belastung durch in einer Volkswirtschaft gezahlte Steuern bezogen auf die Wirtschaftsleistung. Die Aussagekraft dieser Steuerquoten ist aber begrenzt, weil die in den Vergleich einbezogenen Staaten ihre staatlichen Sozialversicherungssysteme in unterschiedlichem Ausmaß über eigen-

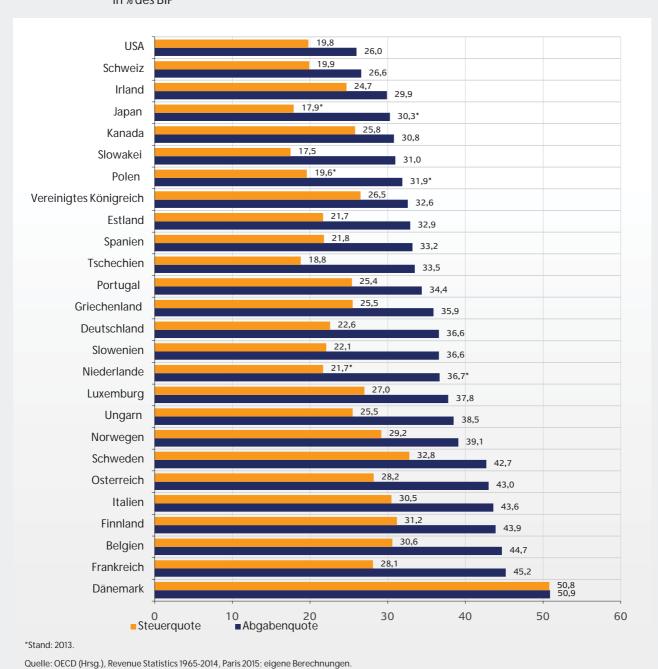
¹ Die ausführliche Broschüre "Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2015" kann im Internetangebot des BMF bestellt oder direkt als PDF-Dokument heruntergeladen werden (http:// www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/ Downloads/Broschueren_Bestellservice/2016-05-13-wichtigsten-steuern-im-internationalenvergleich-2015.html).

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

ständige Beiträge, die nicht in der Steuerquote enthalten sind, oder aus allgemeinen Haushaltsmitteln und damit über entsprechend hohe Steuern finanzieren. Erst die Abgabenquote, die sowohl Steuern als auch Beiträge zur Sozialversicherung ins Verhältnis zum jeweiligen BIP setzt, macht die Belastung mit Steuern und Abgaben international vergleichbar.

Abbildung 1 zeigt, dass nach den Abgrenzungsmerkmalen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Abgabenquote insbesondere in

Abbildung 1: Steuer- und Abgabenquoten 2014 in % des BIP



19

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

den skandinavischen Staaten, aber auch in Frankreich, Belgien, Italien und Österreich, vergleichsweise hoch ist (> 40 %). Dagegen weisen die USA, die Schweiz und Irland relativ niedrige Abgabenquoten auf (< 30 %). Die deutsche Abgabenquote bewegt sich im Mittelfeld und ist 2014 mit 36,6 % im Vergleich zum Vorjahr (36,5 %) nahezu unverändert geblieben. Die niedrigste relative Abgabenbelastung haben weiterhin mit 26,0 % die USA, und die höchste Abgabenquote findet sich ebenfalls unverändert zum Vorjahr mit nunmehr 50,9 % in Dänemark. Die deutsche Steuerquote blieb im Jahr 2014 konstant bei 22,6 %. Hier rahmen die Slowakei am unteren und nach wie vor Dänemark am oberen Rand das Feld der Vergleichsstaaten ein.

3 Steuerliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften

Die nominale Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften lässt sich leicht anhand der Steuergesetze feststellen. Ihr kann eine bedeutende Signalfunktion bei der internationalen Verteilung von Buchgewinnen und -verlusten zugesprochen werden. Die tatsächliche oder auch effektive Steuerbelastung ergibt sich aus dem Zusammenspiel von Steuerbemessungsgrundlage und Steuersatz. Im Folgenden werden die Steuersätze und Eckpunkte der Bemessungsgrundlagen verglichen.

3.1 Körperschaftsteuertarife

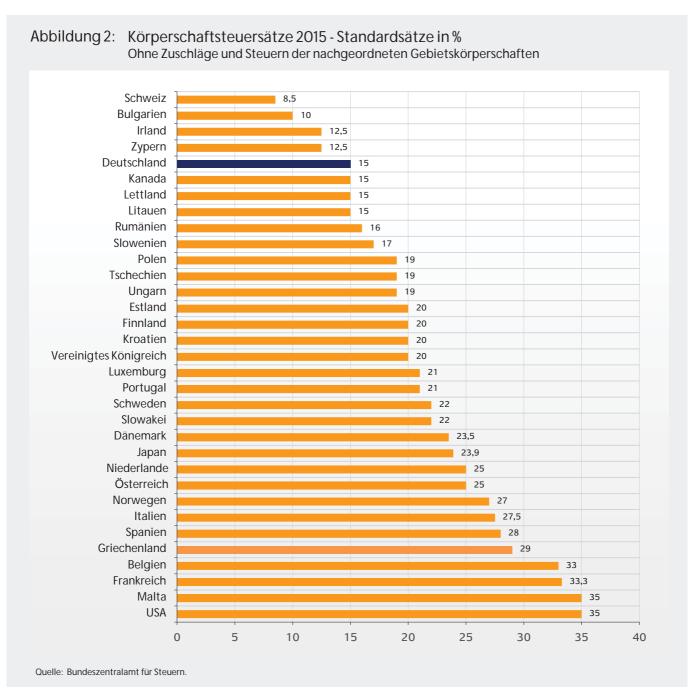
Um Doppelbelastungen ausgeschütteter Gesellschaftsgewinne durch die Körperschaftsteuer der Gesellschaft und die Einkommensteuer des Anteilseigners zu verhindern oder zumindest abzumildern, haben inzwischen fast alle Staaten Systeme zur Entlastung der Dividenden beim Anteilseigner eingeführt. Von den europäischen Staaten sehen Irland und die Schweiz keine Entlastung

ausgeschütteter Gewinne auf der Ebene des Anteilseigners vor (klassische Systeme ohne Tarifermäßigung). Diese Staaten haben aber als Ausgleich nach wie vor vergleichsweise niedrige allgemeine Körperschaftsteuertarife. Drei EU-Staaten – Estland, die Slowakei und Zypern – besteuern die Gewinne nur bei der Gesellschaft, sodass Dividenden beim Anteilseigner steuerfrei bleiben. Zum gleichen wirtschaftlichen Ergebnis kommt auch Malta, indem die Körperschaftsteuer auf ausgeschüttete Gewinne dem Einkommensteuersatz auf Dividenden entspricht und voll auf die Einkommensteuer angerechnet wird (sogenanntes Vollanrechnungsverfahren).

Im Vergleich zum Vorjahr blieben in den meisten der hier untersuchten Staaten die (nominalen) Körperschaftsteuersätze unverändert. Abbildung 2 zeigt die im Jahr 2015 geltenden Körperschaftsteuersätze (ohne Steuern nachgeordneter Gebietskörperschaften). Seit der Absenkung des deutschen Körperschaftsteuersatzes im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 auf 15 % ist die Stellung Deutschlands im internationalen Vergleich deutlich wettbewerbsfähiger.

Über die zentralstaatliche Ebene hinaus erheben in mehreren Staaten nachgeordnete Gebietskörperschaften - Einzelstaaten, Provinzen, Regionen, Gemeinden usw. – noch eigene Körperschaftsteuern oder ihnen ähnliche Steuern, wie z.B. in Deutschland und Luxemburg die Gewerbesteuer. Hinzu kommen vielfach Zuschläge auf verschiedenen staatlichen Ebenen. Die Höhe all dieser die Kapitalgesellschaften belastenden Unternehmensteuern, die bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage den Gewinn zugrunde legen, ist in Abbildung 3 dargestellt. Zu beachten ist, dass die von lokalen Gebietskörperschaften erhobenen Steuern von der Steuerbemessungsgrundlage der übergeordneten Gebietskörperschaften in manchen Staaten abzugsfähig sind, z.B. in der Schweiz und in den USA. Die Gesamtsteuerbelastung auf Unternehmensebene ergibt sich demzufolge aus einer abgestuften

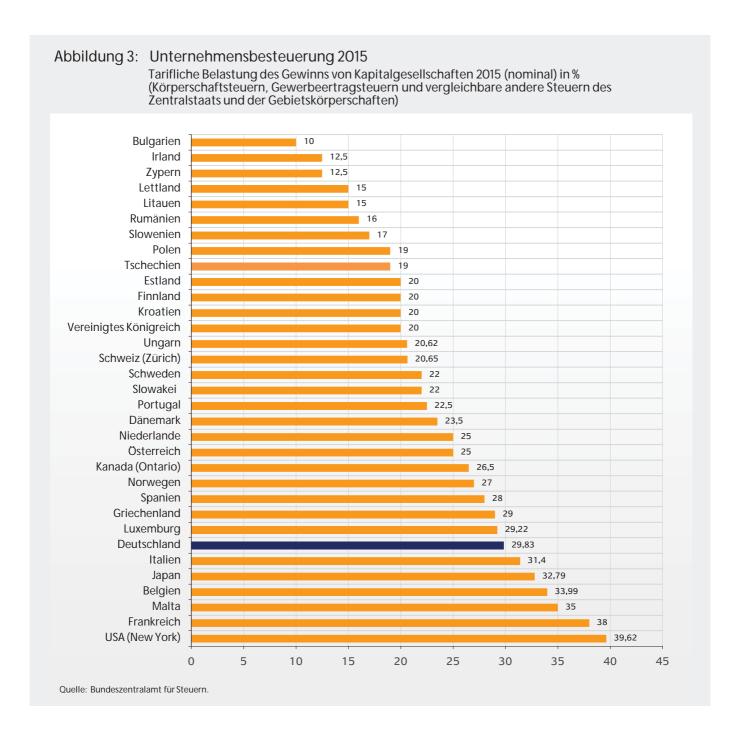
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich



Berechnung und nicht als einfache Addition der nominalen Steuersätze der einzelnen Steuern. Bis 2008 minderte die Gewerbesteuer auch in Deutschland als Betriebsausgabe die Bemessungsgrundlage. Um die Transparenz der Besteuerung zu erhöhen (additive Steuerbelastungsermittlung) und die Finanzströme der unterschiedlichen öffentlichen

Gebietskörperschaftsebenen zu entflechten, ist die Gewerbesteuer seitdem nicht mehr als Betriebsausgabe abziehbar. Die steuertarifliche Gesamtbelastung von Kapitalgesellschaften reicht von 10 % in Bulgarien bis hin zu fast 40 % in den USA. Deutschland bleibt mit 29,83 % unter der im internationalen Vergleich wichtigen Marke von 30 %.

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich



Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

3.2 Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die tatsächliche steuerliche Belastung von Unternehmen hat auch die in Tabelle 1 dargestellte periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer in Form des Verlustrückbeziehungsweise -vortrags. Hierbei weisen die einzelnen Staaten sehr unterschiedliche Regelungen auf. So sind die überperiodischen Verlustausgleichsregeln mehrheitlich restriktiver als in Deutschland ausgestaltet. Dies zeigt sich vor allem daran, dass viele Staaten keinen Verlustrücktrag kennen. In Deutschland, aber auch in Frankreich,

Tabelle 1: Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer 2015

Staaten	Verlustrücktrag	Verlustvortrag
	EU-St	aaten
Belgien	-	Unbegrenzt
Bulgarien	-	5 Jahre
Dänemark		Unbegrenzt (bis zu 7747500 DKK pro Jahr voll abzugsfähig, darüber hinaus Verrechnung nur bis zu 60% der 7747500 DKK übersteigenden Einkünfte)
Deutschland	1Jahr (begrenzt auf1Mio. €)	Unbegrenzt (bis zu1Mio. € pro Jahr voll abzugsfähig, darüber hinaus Verrechnung nur bis zu 60 % der1Mio. € übersteigenden Einkünfte)
Estland	Keine Regelung erforderlich	Keine Regelung erforderlich
Finnland	-	10 Jahre
Frankreich	1Jahr (begrenzt auf 1 Mio. €, Verlustrücktrag führt zu Steuergutschrift, die in den darauffolgenden 5 Jahren mit künftigen Steuerschulden verrechnet und deren Restbetrag im 6. Jahr erstattet wird)	Unbegrenzt (bis zu1Mio. € pro Jahr voll abzugsfähig, darüber hinaus Verrechnung nur bis zu 50 % der1Mio. € übersteigenden Einkünfte)
Griechenland		5 Jahre
Irland	1 Jahr (bei Betriebsaufgabe 3 Jahre)	Unbegrenzt (für Verluste aus der gleichen Quelle)
Italien		Unbegrenzt (Verrechnung nur bis zu 80 % der jährlichen Einkünfte)
Kroatien	-	5 Jahre
Lettland		Unbegrenzt
Litauen		Unbegrenzt (Verrechnung nur bis 70 % der jährlichen Einkünfte; Beschränkung gilt nicht für kleine Unternehmen, die dem ermäßigten Steuersatz von 5 % unterliegen)
Luxemburg	-	Unbegrenzt
Malta		Unbegrenzt
Niederlande	1 Jahr	9 Jahre
Österreich	-	Unbegrenzt (Verrechnung nur bis zu 75 % der jährlichen Einkünfte)
Polen		5 Jahre (Verrechnung nur bis zu 50 % des entstandenen Verlustes pro Berücksichtigungsjahr)
Portugal		12 Jahre (Verrechnung nur bis zu 70 % der jährlichen Einkünfte)
Rumänien	-	7 Jahre

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

noch Tabelle 1: Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer 2015

Staaten	Verlustrücktrag	Verlustvortrag
	noch EU	Staaten
Schweden	- (indirekter Verlustrücktrag jedoch möglich durch Auflösung sogenannter Periodisierungsrücklagen aus den Vorjahren)	Unbegrenzt
Slowakei	-	4 Jahre (Verrechnung pro Jahr nur bis zu 25 % des Gesamtverlustvortrags)
Slowenien		Unbegrenzt (Verrechnung nur bis zu 50 % der jährlichen Einkünfte)
Spanien	-	Unbegrenzt (bei Unternehmen, deren Umsatz bestimmte Beträge überschreitet, Verrechnung nur bis zu 50 % bzw. 25 % der jährlichen Einkünfte)
Tschechien	-	5 Jahre
Ungarn		5 Jahre (Verrechnung nur bis zu 50 % der jährlichen Einkünfte)
Vereinigtes Königreich	1 Jahr (bei Betriebsaufgabe 3 Jahre)	Unbegrenzt
Zypern	-	5 Jahre
	Andere	Staaten
Japan	1 Jahr (wird für Steuerjahre, die zwischen dem 1. April 1992 und dem 31. März 2016 enden, nicht gewährt, ausgenommen für bestimmte kleine und mittlere Unternehmen und bei Liquidation)	9 Jahre (Verrechnung nur bis zu 65 % der jährlichen Einkünfte, ausgenommen kleine und mittlere Unternehmen)
Kanada	3 Jahre	20 Jahre
Norwegen	- (ein Rücktrag auf die vorangegangenen 2 Jahre ist bei Liquidation zulässig)	Unbegrenzt
Schweiz	-	7 Jahre
USA	2 Jahre	20 Jahre

Die Übersicht stellt Regelungen für Verluste dar, die ab dem 1. Januar 2015 anfallen. Beschränkungen durch Gesellschafterwechsel sowie Verluste aus der Veräußerung betrieblichen Anlagevermögens (capital losses), die in verschiedenen Staaten Sonderregeln unterliegen, wurden nicht betrachtet. Quelle: Bundeszentralamt für Steuern.

Irland, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Japan, Kanada und den USA, führt die Möglichkeit, Verluste zurückzutragen, zu einer Liquiditätszufuhr in wirtschaftlich weniger ertragreichen Zeiten. Vorgetragene Verluste können in einigen Staaten zeitlich unbegrenzt mit Gewinnen verrechnet werden; in anderen Staaten ist eine Verlustverrechnung hingegen nur innerhalb einer bestimmten Zeitspanne möglich. Deutschland erlaubt einen zeitlich unbegrenzten Verlustvortrag. Gegebenenfalls wird der jährliche Abzug

begrenzt, was zu einer Verluststreckung führt (sogenannte Mindestgewinnbesteuerung).

4 Nominale Ertragsteuerbelastung natürlicher Personen

Die Mehrzahl der hier untersuchten Staaten, die einen Grundfreibetrag beziehungsweise eine Nullzone im Tarif haben, hat diese im Jahr 2015 angepasst. Die Eingangssteuersätze

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

blieben in den meisten Fällen im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Frankreich hat den Eingangssteuersatz bei gleichzeitiger merklicher Erhöhung des Grundfreibetrags erheblich angehoben. Spanien senkte seinen Eingangssteuersatz ausgehend von einem höheren Niveau deutlich ab.

Bei der Interpretation dieser Daten muss beachtet werden, dass in mehreren Staaten mit vergleichsweise hohen Tarifeingangssätzen die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung abgedeckt werden, so z. B. in den nordischen Staaten und den Niederlanden. Dies erschwert die Vergleichbarkeit. Auch die Ehegattenbesteuerung ist unterschiedlich geregelt. In einigen Staaten wird eine Einzelveranlagung vorgenommen (u. a. in Österreich), in anderen eine Zusammenveranlagung, wobei diese mit Splitting (etwa in Deutschland) oder ohne (z. B. in den USA) durchgeführt werden kann. In Deutschland oder etwa Spanien können Ehepaare auch zwischen Einzel- und Zusammenveranlagung selbst entscheiden.

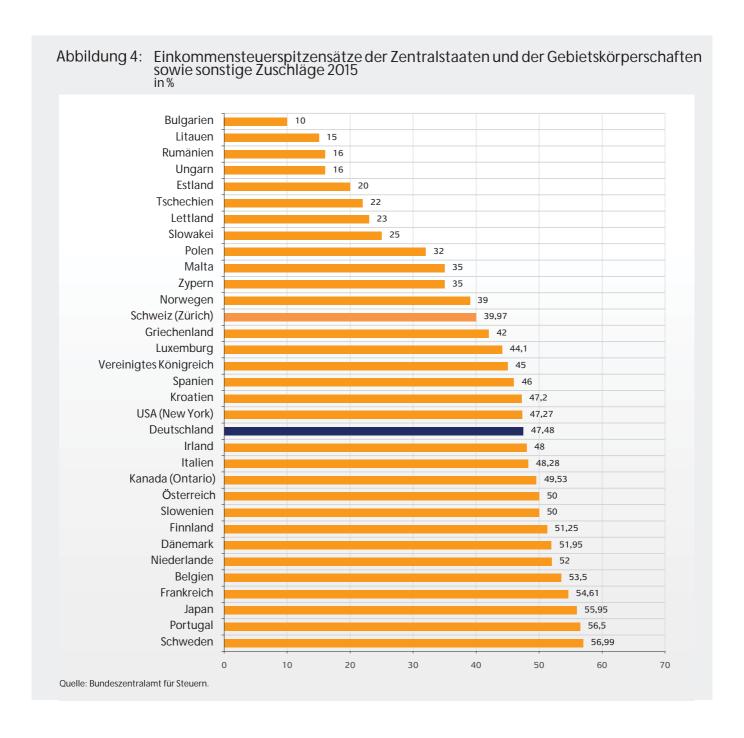
Die Einkommensteuerspitzensätze blieben im Jahr 2015 in den meisten untersuchten Staaten unverändert. Spanien schaffte seinen Zuschlag zum Spitzensteuersatz ab, während Japan eine Tarifanhebung um rund fünf Prozentpunkte für hohe Einkommen vornahm. Estland und Lettland reduzierten ihre einheitlichen Flat-Tax-Tarife um jeweils einen Prozentpunkt. Moderate Anhebungen sind in Dänemark, Italien, Luxemburg und Schweden zu verzeichnen. Abbildung 4 zeigt die höchstmöglichen Steuersätze im Rahmen der Einkommensbesteuerung natürlicher Personen. Dabei sind die Einkommensteuern der zentralstaatlichen Ebene und

der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge berücksichtigt. Die Spitzensteuersätze bewegen sich zwischen 10 % in Bulgarien und 56,99 % in Schweden. Der deutsche Spitzensteuersatz ist mit 47,48 % im oberen Mittelfeld angesiedelt.

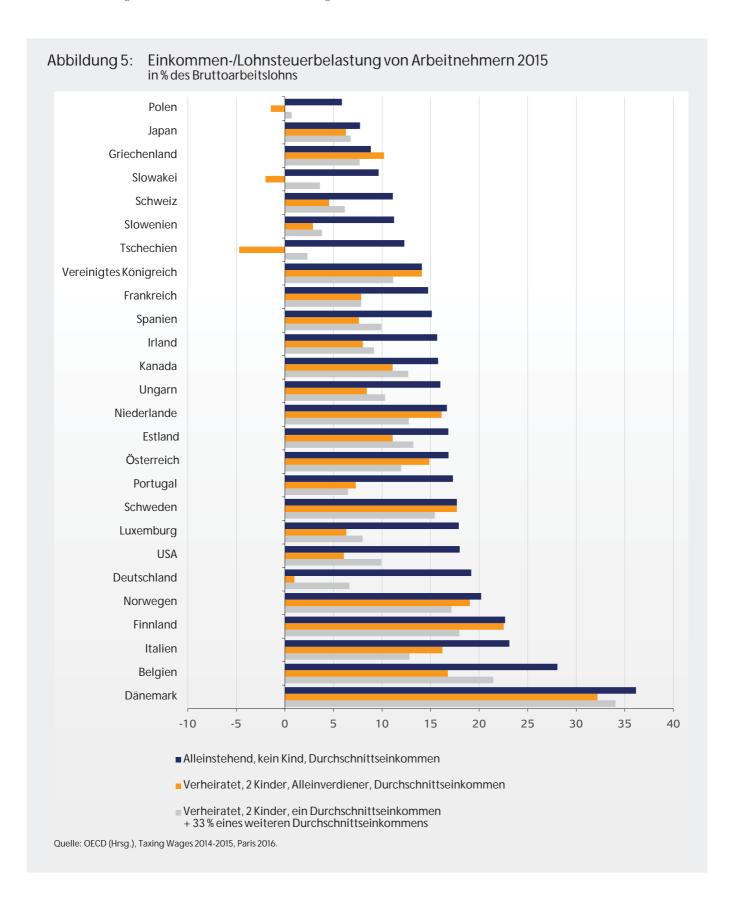
5 Einkommen-/Lohnsteuerbelastung von Arbeitnehmern

Für Arbeitnehmerhaushalte in verschiedenen Familienverhältnissen und Einkommensgruppen veröffentlicht die OECD regelmäßig eine international vergleichende Untersuchung. Abbildung 5 zeigt die Belastung des durchschnittlichen Bruttoarbeitslohns eines Arbeitnehmerhaushalts durch die Lohn- oder Einkommensteuer, klassifiziert nach verschiedenen Familienverhältnissen (alleinstehend, Familie als Allein- und als Doppelverdiener). Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ist stark eingeschränkt, da die OECD Transferzahlungen länderspezifisch unterschiedlich berücksichtigt. Zum Beispiel wird das Kindergeld in der Belastungsrechnung für Deutschland als Steuergutschrift behandelt, wenn die Berücksichtigung von Kindern in Form von Kindergeld erfolgt. Andernfalls werden die Kinderfreibeträge bei der Steuerberechnung abgezogen (Günstigerprüfung). Damit wird die Steuerbelastungsquote für Haushalte mit Kindern erheblich verringert. In anderen Staaten, wie z. B. Frankreich, wird das Kindergeld als separate Transferleistung außerhalb des Besteuerungssystems behandelt und mindert daher nicht die Steuerbelastungsquote.

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich



Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich



Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

6 Umsatzsteuersätze

In den untersuchten Industriestaaten blieben die Umsatzsteuersätze im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. 2015 erhöhte lediglich Luxemburg seinen Normalsatz von 15 % auf 17 %. Der in Deutschland erhobene Umsatzsteuernormalsatz von 19 % liegt im EU-Vergleich nach wie vor in der unteren Hälfte.

7 Fazit

Die Übersichten und Grafiken unterstreichen, dass Deutschland über ein international wettbewerbsfähiges Steuersystem verfügt.

Verlässliche steuerliche Rahmenbedingungen und gezielte Entlastungen leisten hierzu ihren Beitrag. Die Steuer- und Abgabenquote liegt im internationalen Vergleich weiterhin im Mittelfeld. Zum einen werden dadurch Bürger und Unternehmen finanziell nicht überfordert und Leistungsanreize gewahrt. Zum anderen stehen der Steuer- und Abgabenbelastung ein für ein hochentwickeltes Industrieland angemessenes Niveau an öffentlichen Leistungen und ein gut ausgebautes soziales Sicherungssystem gegenüber. Auch Unternehmer berücksichtigen bei der Standortauswahl neben der nominalen Steuerbelastung insbesondere die "Leistungsseite" eines Standorts, wie etwa Infrastruktur, Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer, öffentliche Sicherheit und eine effiziente Verwaltung.

IWF-Frühjahrstagung und G20-Treffen im April 2016 in Washington D.C.

IWF-Frühjahrstagung und G20-Treffen im April 2016 in Washington D.C.

- Vom 14. bis 16. April 2016 trafen sich anlässlich der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington D.C. die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 sowie der Lenkungsausschuss des IWF (IMFC). Schwerpunkte der Diskussionen waren der Austausch über die Lage der Weltwirtschaft und die notwendigen Reaktionen der internationalen Gemeinschaft auf die sogenannten "Panama Papers". Des Weiteren wurde über das globale finanzielle Sicherheitsnetz und über die neu anstehende IWF-Quotenüberprüfung diskutiert.
- Die G20-Finanzminister erörterten unter dem Eindruck der "Panama Papers" Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Geldwäsche und bekräftigten die Notwendigkeit, dass alle Länder internationale Standards einhalten.
- Zur internationalen Finanzarchitektur gab es einen Austausch, wie das globale finanzielle
 Sicherheitsnetz zur Krisenprävention und -bekämpfung gestärkt werden kann.

1 Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 14. und 15. April 2016

Am Rande der Frühjahrstagung in Washington D.C. trafen sich auf Einladung der chinesischen Präsidentschaft wie üblich auch die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure.

Ein aus deutscher Sicht wichtiges Thema war die Reaktion auf die sogenannten "Panama Papers". Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble hatte zusammen mit seinen Kollegen aus Großbritannien, Frankreich, Spanien und Italien (G5) der G20 konkrete Vorschläge zur Intensivierung des Kampfes gegen Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Geldwäsche unterbreitet. Die G20Finanzminister und -Notenbankgouverneure verständigten sich daraufhin auf Maßnahmen insbesondere in zwei Bereichen:

Erstens sollen alle relevanten Länder und Jurisdiktionen dem internationalen Standard ("Common Reporting Standard") zum automatischen Austausch von Steuerdaten beitreten und möglichst schon ab 2017 mit dem Datenaustausch beginnen. Bis zum G20-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft 2017 sollen alle Länder einen zufriedenstellenden Status in puncto Steuertransparenz erreicht haben. Nicht-kooperative Jurisdiktionen, bei denen keine Fortschritte erkennbar sind, müssen dann mit Abwehrmaßnahmen der G20 rechnen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erarbeitet bis zum Treffen der G20- Finanzminister und -Notenbankgouverneure im kommenden Juli objektive Kriterien zur Identifizierung von nicht-kooperativen Jurisdiktionen.

IWF-Frühjahrstagung und G20-Treffen im April 2016 in Washington D.C.

Zweitens soll der internationale Austausch von Informationen über wirtschaftlich Begünstigte, sogenannte "Beneficial Owner". deutlich verbessert werden. Die G20 will mit gutem Beispiel vorangehen und die bestehenden Standards der "Financial Action Task Force" (FATF) vollständig umsetzen, insbesondere im Hinblick auf die Bereitstellung und den internationalen Austausch der Informationen über wirtschaftlich Begünstigte. Außerdem beauftragte die G20 die FATF und das "Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes", bis zum G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure im Oktober diesen Jahres erste Vorschläge vorzulegen, wie die internationalen Transparenzstandards noch besser umgesetzt werden können - insbesondere bezüglich der Informationen zu wirtschaftlich Begünstigten und ihrem internationalen Austausch.

Bei der Diskussion über die Lage der Weltwirtschaft stellten die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure fest, dass das Wachstum moderat bleibt und nach wie vor bestimmte Abwärtsrisiken bestehen. Die G20 sei aber in der Lage, geeignete Maßnahmen zur Wachstumsstützung zu ergreifen, falls dies erforderlich werde. Die Geldpolitik dürfe allerdings nicht überfordert werden und die öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) müsse auf einen nachhaltigen Pfad gebracht werden. Dem Bekenntnis der G20 zu Strukturreformen zur Wachstumsförderung und Vertrauensbildung kommt damit eine besondere Bedeutung zu. Auch Investitionen, insbesondere in Infrastruktur, bleiben ganz oben auf der G20-Agenda. Bekräftigt wurde das Bekenntnis, bei Wechselkursfragen eng zu kooperieren und keinerlei Beschränkungen des Freihandels vorzunehmen.

Schließlich wurden auch Fragen des internationalen Währungssystems – einschließlich IWF-Quotenreform und des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs – diskutiert. Positiv hervorgehoben wurden die Fortschritte

Argentiniens bei der Rückkehr an die internationalen Kapitalmärkte. Bekräftigt wurde von den G20-Finanzministern und -Notenbankgouverneuren, die Reform der Finanzmärkte fortzusetzen. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung sollen intensiviert werden. Die Möglichkeiten zur Finanzierung umweltfreundlicher Investitionen ("Green Finance") sollen nach Ansicht der G20 näher analysiert werden. Die Absicht zur zeitnahen Umsetzung der Pariser UN-Klimaerklärung sowie zur mittelfristigen Einstellung ineffizienter Subventionen fossiler Energieträger wurde von der G20 erneut unterstrichen.

2 IWF-Frühjahrstagung mit Sitzung des IWF-Lenkungsauschusses (IMFC) am 15. und 16. April 2016

Zur Lage der Weltwirtschaft verliefen die Diskussionen im IMFC weitgehend analog zu denen in der G20.

Die lange erwartete und nach der Zustimmung der USA schlussendlich möglich gewordene Umsetzung der Quotenreform von 2010 wurde von allen Seiten willkommen geheißen; damit wurde eine Verdoppelung der IWF-Eigenmittel erreicht. Die nächste Quotenüberprüfung steht bereits auf der Agenda und soll bis Oktober 2017 abgeschlossen werden. Da die (über eine Sperrminorität verfügenden) USA bereits angekündigt haben, in nächster Zeit keiner weiteren Quotenerhöhung zustimmen zu wollen, kommen hierfür realistischerweise nur kleine gezielte Erhöhungen der Anteile einzelner unterrepräsentierter Schwellen- und Entwicklungsländer infrage.

Der IWF ist jetzt insgesamt sehr gut aufgestellt und ausreichend mit Eigenmitteln ausgestattet. Er kann damit seiner zentralen Rolle bei der Bereitstellung eines starken globalen finanziellen Sicherheitsnetzes (GFSN)

IWF-Frühjahrstagung und G20-Treffen im April 2016 in Washington D.C.

gerecht werden. Das globale finanzielle Sicherheitsnetz ist seit der Finanzkrise deutlich ausgebaut und verstärkt worden. Es hat die Herausforderungen der Vergangenheit bestens bewältigt, sogar ohne finanziell voll in Anspruch genommen worden zu sein. Der IWF soll bei der Koordinierung der bestehenden Elemente des GFSN weiterhin eine zentrale Rolle einnehmen und gegebenenfalls eine weitere Verbesserung der Koordinierung der einzelnen Elemente unterstützen.

Deutschland hat auf der Tagung zudem darauf hingewiesen, dass die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der einzelnen nationalen Volkswirtschaften in eigener Verantwortung der jeweiligen Regierungen und Parlamente als Beitrag für die Stabilität des internationalen Währungssystems wichtig sei. Hierzu gehöre die Rückführung nicht-tragfähiger Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite sowie die Umsetzung engagierter Strukturreformen, insbesondere zur

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Erhöhung der Rechtssicherheit.

Zeitgleich zu den Gesprächen beim IWF tagten die Gremien der Weltbank. Ihr Präsident Jim Yong Kim verwies darauf, dass die Nachfrage nach Krediten und Dienstleistungen der Weltbank aktuell besonders hoch sei. Die Weltbank sei bereit, einen wichtigen Beitrag zur Lösung zunehmend globaler Probleme zu leisten.

3 Ausblick auf die nächsten Treffen

Das nächste Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure wird am 23. und 24. Juli 2016 in Chengdu, Sichuan stattfinden. Die nächste Jahrestagung von IWF und Weltbank findet vom 7. bis 9. Oktober 2016 in Washington D.C. statt.

Zollbilanz 2015

Zollbilanz 2015

Jahresergebnisse der deutschen Zollverwaltung

- Die deutsche Zollverwaltung nahm 2015 mit 132,6 Mrd. € rund die Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes ein.
- Einer der Aufgabenschwerpunkte der deutschen Zollverwaltung im vergangenen Jahr war der Kampf gegen illegale und gefälschte Arzneimittel. Damit schützt der Zoll nicht nur die Verbraucher vor gefährlichen Arzneimittelfälschungen, sondern auch die Industrie und den Handel vor den wirtschaftlichen Folgen.
- Durch den Strategiewechsel bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung konnte die Arbeit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit noch effektiver gestaltet werden.

1	Einleitung	32
2	Steuererhebung	
3	Bekämpfung der Arzneimittelkriminalität	33
4	Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung	33
5	Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität	
6	Bekämpfung des Zigarettenschmuggels	
7	Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie	
0	Artopschutz	25

1 Einleitung

Der Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, hat am 11. April 2016 in Berlin die Bilanz der deutschen Zollverwaltung für das Jahr 2015 vorgestellt. Neben der Erhebung von Einfuhrabgaben und Verbrauchsteuern zählte insbesondere die Bekämpfung von Arzneimittelkriminalität zu den Tätigkeitsschwerpunkten der Zollverwaltung im vergangenen Jahr. Mit der Bekämpfung des illegalen Arzneimittelhandels leistet der Zoll nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Verbraucherschutz, auch Industrie und Handel werden vor wirtschaftlichem Schaden bewahrt und somit werden Arbeitsplätze erhalten.

Bundesfinanzminister Dr. Schäuble sagte hierzu: "Der Zoll ist das Rückgrat unserer Finanzverwaltung. Er nimmt rund die Hälfte der Steuern des Bundes ein, geht gegen Schwarzarbeit, Schmuggel und organisierte Kriminalität vor und schützt mit seinen Kontrollen die Verbraucherinnen und Verbraucher. Im vergangenen Jahr lag ein Schwerpunkt auf Arzneimitteln, die im Internet angeboten werden. Hier deckt der Zoll zunehmend kriminelle Strukturen auf. Ich empfehle jedem, Medikamente online nur aus nachweislich seriösen Quellen zu kaufen."

2 Steuererhebung

Im Jahr 2015 nahm der Zoll 132,6 Mrd. € ein. Das entspricht rund der Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes. An Zöllen flossen 5,2 Mrd. € als Einnahmen an die Europäische Union. Den größten Anteil an diesen Einnahmen hatten mit 66,7 Mrd. € die Verbrauchsteuern. Die Energiesteuer und die Tabaksteuer waren mit 39,6 Mrd. € beziehungsweise 14,9 Mrd. € die aufkommensstärksten Verbrauchsteuern. Drittgrößte Verbrauchsteuer war die Stromsteuer mit 6,6 Mrd. €.

Zollbilanz 2015

Tabelle 1: Erhobene Abgaben insgesamt in Mrd. €

	2013	2014	2015
I. Einnahmen für die EU			
Zölle	4,2	4,6	5,2
II. Nationale Einnahmen			
Verbrauchsteuern	65,7	65,9	66,7
Luftverkehrsteuer	1,0	1,0	1,0
Kraftfahrzeugsteuer ¹	-	8,5	8,8
Einfuhrumsatzsteuer	48,5	48,9	50,9
Insgesamt	119,4	128,9	132,6

¹Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer durch die Zollverwaltung seit dem 1. Juli 2014.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

3 Bekämpfung der Arzneimittelkriminalität

Einer der Aufgabenschwerpunkte des Zolls im vergangenen Jahr war der Kampf gegen illegale und gefälschte Arzneimittel. Es gelang den Fahndern, die sichergestellte Menge an Tabletten mit 3,9 Millionen Stück gegenüber 2014 annähernd zu vervierfachen. Die geführten Ermittlungsverfahren richteten sich dabei zunehmend gegen größere kriminelle Strukturen und Verteilerbanden. Die Anzahl der Personen, gegen die der Zoll wegen Vergehen im Zusammenhang mit Medikamenten ermittelte, stieg von 3 100 Personen im Vorjahr auf 4 100 Personen.

4 Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung

Der Strategiewechsel hin zu mehr risikoorientierten Prüfungen führte zu einer verbesserten Effektivität bei der Schwarzarbeitsbekämpf-

ung. Bei rund 400 000 Prüfungen durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit – das waren etwa 30 % weniger als 2014 – wurden mit über 106 000 Strafverfahren etwa 3 000 Strafverfahren mehr als im Vorjahr eingeleitet und die aufgedeckte Schadenssumme auf fast 820 Mio. € (2014: 795 Mio. €) erhöht. Im vergangenen Jahr kontrollierten die Zöllner auch regelmäßig die Einhaltung der Vorschriften nach dem seit 1. Januar 2015 geltenden Mindestlohngesetz. Dabei wurden neu in die Prüfungen einbezogene Branchen zunächst für die Neuregelungen sensibilisiert, ohne Verstöße unmittelbar zu ahnden.

5 Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität

2015 zog der Zoll insgesamt 16,7 Tonnen Rauschgift aus dem Verkehr, das waren über 3 Tonnen mehr als 2014. Der Anstieg beim Kokain-Schmuggel setzte sich fort: Die beschlagnahmte Menge erhöhte sich erneut von 1,2 Tonnen auf nunmehr 1,7 Tonnen.

Zollbilanz 2015

Tabelle 2: Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung

	2013	2014	2015
Personenbefragungen	523 340	512 763	360 345
Prüfung von Arbeitgebern	64 001	63 014	43 637
Eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Straftaten	95 020	102 974	106 366
Abgeschlossene Ermittlungsverfahren wegen Straftaten	94 962	100 763	104778
Summe der Geldstrafen aus Urteilen und Strafbefehlen (in Mio. €)	26,1	28,2	28,8
Summe der erwirkten Freiheitsstrafen (in Jahren)	1 927	1 917	1 789
Eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten	39 996	34 318	22 066
Abgeschlossene Ermittlungsverfahren wegen Ordungswidrigkeiten	53 993	53 007	47 280
Summe der festgesetzten Geldbußen, Verwarnungsgelder und Verfall (in Mio. €)	44,7	46,7	43,4
Summe der vereinnahmten Geldbußen, Verwarnungsgelder und Verfall¹ (in Mio. €)	17,8	20,0	16,2
Schadenssumme im Rahmen der straf- und bußgeldrechtlichen Ermittlungen (in Mio. €)	777,1	795,4	818,5
Steuerschäden aus Ermittlungsverfahren der Länderfinanzverwaltungen, die aufgrund von Prüfungs- und Ermittlungserkenntnissen des Zolls veranlasst wurden² (in Mio. €)	22,0	29,1	36,8

¹ Bei diesen Einnahmen handelt es sich ausschließlich um die Einnahmen des Bundes. In welchem Umfang die Länder Einnahmen z. B. aus Bußgeldverfahren, die im Einspruchsverfahren an die Amtsgerichte abgegeben wurden, erzielt haben, ist dem BMF nicht bekannt.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 3: Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität

	2013	2014	2015	
	be	beschlagnahmte Menge in kg		
Heroin	128	264	121	
Opium	275	19	84	
Kokain	1 052	1 233	1691	
Amphetamine	319	383	293	
Methamphetamin (Crystal)	47	22	21	
Haschisch	725	674	942	
Marihuana	2 415	1 587	1657	
Sonstige Betäubungsmittel	17 058	9 253	11 901	
	bes	beschlagnahmte Menge in Stück		
Amphetaminderivate	349 871	328 438	186 178	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 $^{^2} Angaben \, der \, L\"{a}nder finanz verwaltungen, \, die \, der \, Zollverwaltung \, zur \, Verf\"{u}gung \, gestellt \, wurden.$

Analysen und Berichte

Zollbilanz 2015

6 Bekämpfung des Zigarettenschmuggels

Die vom Zoll sichergestellte Menge an Schmuggelzigaretten hat sich mit 75 Millionen Stück annähernd halbiert. Zurückzuführen ist dies auf ein verändertes Verhalten von Tätern, die zunehmend legale und illegale Warenströme miteinander verknüpfen. Damit werden die Ermittlungsverfahren komplexer und zeitaufwändiger. Die Zollverwaltung hat dagegen gehalten: In den ersten beiden Monaten dieses Jahres konnten bereits 46 Millionen Zigaretten sichergestellt werden.

Oft handelt es sich bei Schmuggelzigaretten um Produktfälschungen, die Gesundheitsrisiken in sich bergen. In gefälschten Zigaretten lassen sich regelmäßig Giftstoffe, wie Blei, Cadmium oder Arsen, nachweisen.

7 Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie

Im vergangenen Jahr blieb der Wert der beschlagnahmten gefälschten Waren mit 132 Mio. € nahezu konstant. Über 75 % der Waren stammten aus der Volksrepublik China und Hongkong. Am häufigsten geschmuggelt wurden Körperpflegeprodukte und Spielzeuge.

8 Artenschutz

Der Zoll stellte im vergangenen Jahr über 580 000 geschützte Tiere, Pflanzen sowie daraus hergestellte Waren sicher. Das war fast die fünffache Menge gegenüber 2014. Der Grund ist insbesondere die vermehrte Einfuhr von Kapseln der indischen Kostuswurzel, die als durchblutungsfördernd und entzündungshemmend gilt, sowie von Diätmitteln mit Bestandteilen der Aloe ferox.

Tabelle 4: Sichergestellte Zigaretten in Mio. Stück

2013	2014	2015
147	140	75

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 5: Anzahl und Wert beschlagnahmter gefälschter Waren

	2013	2014	2015
Fälle von Grenzbeschlagnahmen	26 127	45 738	23 338
Wert beschlagnahmter Waren (in Mio. €)	134,0	137,7	132,3
Anzahl beschlagnahmter Waren (in Tsd. Stück)	3 926,9	5 926,8	4 025,9

□ Analysen und Berichte

Zollbilanz 2015

Tabelle 6: Aufteilung auf Warenkategorien im Jahr 2015

Warenkategorie	Wert der beschlagnahmten Waren (in Mio. €)	Anzahl der Waren	Anzahl der Beschlagnahmen
Schuhe (einschließlich Bestandteile und Zubehör)	6,81	65 622	7 938
Persönliches Zubehör, wie	64,96	126 413	6 127
Sonnenbrillen, Taschen, Handtaschen, Uhren, Schmuck und anderes Zubehör			
Kleidung und Zubehör	7,62	104 673	2 724
Sonstige, wie	11,89	2 027 842	2 301
Maschinen und Werkzeuge, Fahrzeuge, einschließlich Zubehör und Bauteile, Bürobedarf, textile Waren und Feuerzeuge			
Mobiltelefone einschließlich technischem Zubehör und Teilen	7,41	237 528	1 475
Körperpflegeprodukte	18,79	536 249	913
Elektrische/elektronische Ausrüstung und Computerausrüstung	5,75	123 997	845
Spielzeug, Spiele (einschließlich elektronischer Spielekonsolen) und Sportgeräte	7,51	497 198	497
Arzneimittel	1,01	150 166	481
CDs, DVDs, Kassetten	0,01	7 649	16
Nahrungsmittel, alkoholische Getränke und andere Getränke	0,48	146 945	14
Tabakerzeugnisse	0,01	1 610	7
Gesamt	132,25	4 025 892	23 338

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 7: Aufgriffe und Sicherstellungen im Bereich des Artenschutzes

	2013	2014	2015
Aufgriffe	1 105	852	1 301
Sicherstellungen (Tiere, Pflanzen, Objekte)	63 357	118 645	580 120

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die konjunkturelle Dynamik in Deutschland nahm im 1. Quartal 2016 deutlich zu. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes um 0.7%.
- Die Industrieproduktion wurde im 1. Quartal merklich ausgeweitet. Auch die Exporte zeigen wieder einen Aufwärtstrend. Die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts hat sich auch im April fortgesetzt. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verringerte sich weiter, die Beschäftigung nahm zu.
- Das Verbraucherpreisniveau blieb im April gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft beschleunigte sich im 1. Quartal 2016

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft setzte sich im 1. Quartal 2016 beschleunigt fort. Laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 13. Mai erhöhte sich das BIP im 1. Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 0,7 % gegenüber dem Schlussquartal 2015. Im 4. Quartal 2015 betrug der BIP-Anstieg 0,3 %.

Die Wachstumsimpulse zu Beginn des Jahres kamen im Wesentlichen aus dem Inland. So erhöhten sich die privaten und staatlichen Konsumausgaben. Auch die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen dürften einen merklichen Zuwachs verzeichnen. Der Außenbeitrag könnte leicht bremsend auf das Wirtschaftswachstum gewirkt haben, durch die zuletzt etwas beschleunigten Exporte jedoch weniger stark als erwartet.

Die aktuellen Konjunkturindikatoren signalisieren, dass sich der Aufschwung auch im weiteren Jahresverlauf fortsetzen dürfte, wenn auch mit geringerer Dynamik. Dafür sprechen weiterhin günstige makroökonomische Rahmenbedingungen wie niedrige Zinsen, gute Absatzperspektiven im Inland, Lohnsteigerungen und Beschäftigungsexpan-

sion sowie ein hohes Maß an Preisniveaustabilität. Unternehmen und private Haushalte profitieren zudem von den deutlich zurückgegangenen Energiepreisen, die zu Kostenentlastungen und positiven Kaufkrafteffekten führen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts des kräftigen Wachstums im 1. Quartal erwartet die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprojektion ein BIP-Wachstum von real 1,7 % im Jahr 2016 und 1,5 % im Jahr 2017. Die Gemeinschaftsdiagnose der Institute für das Jahr 2016 liegt mit 1,6 % geringfügig unter der Frühjahrsprojektion. Für das Jahr 2017 sind die Wachstumserwartungen deckungsgleich.

Von der außenwirtschaftlichen Seite erwartet die Bundesregierung für das Jahr 2016 einen negativen Impuls. Die Exportdynamik dürfte aufgrund der weltwirtschaftlichen Schwäche trotz des hohen Maßes an Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen erst im Verlauf des Projektionszeitraums im Jahr 2017 wieder zunehmen.

Über den gesamten Projektionszeitraum wird die Binnenwirtschaft daher als hauptsächliche Auftriebskraft gesehen. Das gilt vor allem für den privaten und staatlichen Konsum. Die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte profitieren von Lohn- und Beschäftigungssteigerungen sowie

 $Konjunkturentwick Iung\, aus\, finanzpolitischer\, Sicht$

$Finanz politisch wichtige \, Wirtschafts daten$

Bruttoinlandsprodukt ¹ Vorjahrespreisbasis (verkettet) jeweilige Preise	Mrd. € bzw. Index 107,8 3026	gegenüber Vorjahr in % +1,7 +3,8	Vorpe 3. Q. 15 +0,3	eriode saison 4. Q. 15	nbereinigt 1. Q. 16	3. Q. 15	Vorjahr	
Bruttoinlandsprodukt ¹ Vorjahrespreisbasis (verkettet) jeweilige Preise Einkommen ² Volkseinkommen Arbeitnehmerentgelte Unternehmens- und Vermögenseinkommen verfügbare Einkommen der privaten Haushalte Bruttolöhne und -gehälter	107,8 3 026	Vorjahr in % +1,7		4. Q. 15	1. Q. 16	3 O 15	4.0.45	
Vorjahrespreisbasis (verkettet) jeweilige Preise Einkommen² Volkseinkommen Arbeitnehmerentgelte Unternehmens- und Vermögenseinkommen verfügbare Einkommen der privaten Haushalte Bruttolöhne und -gehälter	3 026		+0.3			0. 0. 10	4. Q. 15	1. Q. 16
jeweilige Preise Einkommen ² Volkseinkommen Arbeitnehmerentgelte Unternehmens- und Vermögenseinkommen verfügbare Einkommen der privaten Haushalte Bruttolöhne und -gehälter	3 026		+0.3					
Volkseinkommen Arbeitnehmerentgelte Unternehmens- und Vermögenseinkommen verfügbare Einkommen der privaten Haushalte Bruttolöhne und -gehälter		+3,8	. 0,5	+0,3	+0,7	+1,7	+2,1	+1,3
Arbeitnehmerentgelte Unternehmens- und Vermögenseinkommen verfügbare Einkommen der privaten Haushalte Bruttolöhne und -gehälter	2 265		+0,4	+1,1	+1,0	+3,7	+4,4	+3,1
Arbeitnehmerentgelte Unternehmens- und Vermögenseinkommen verfügbare Einkommen der privaten Haushalte Bruttolöhne und -gehälter	2 265							
Unternehmens- und Vermögenseinkommen verfügbare Einkommen der privaten Haushalte Bruttolöhne und -gehälter		+4,1	+1,1	+0,9		+4,0	+4,3	
Vermögenseinkommen verfügbare Einkommen der privaten Haushalte Bruttolöhne und -gehälter	1 485	+3,9	+0,8	+1,3		+4,0	+4,2	
Haushalte Bruttolöhne und -gehälter	722	+4,6	+1,6	+0,1		+4,0	+4,6	
•	1 758	+2,8	+0,9	+0,9		+2,9	+2,5	
Sparen der privaten Haushalte	1 259	+3,8	+0,9	+1,2		+4,1	+4,4	
	176	+4,9	-1,2	+6,7		+3,8	+4,8	
	:	2015			Veränderung in	ı % gegenüb	er	
Außenhandel/Umsätze/Produktion/	Mrd. €	gegenüber	Vorpe	eriode saison	bereinigt		Vorjahr	3
Auftragseingänge b	bzw. Index	Vorjahr in %	Feb 16	Mrz 16	Dreimonats- durchschnitt	Feb 16	Mrz 16	Dreimonats- durchschnitt
in jeweiligen Preisen								
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	1 196	+6,5	+1,3	+1,9	+0,4	+4,1	-0,5	+0,7
Waren-Importe	949	+4,2	+0,1	-2,3	-0,3	+4,1	-4,3	+0,3
in konstanten Preisen von 2010								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	108,5	+0,5	-0,7	-1,3	+1,8	+2,0	+0,3	+1,6
Industrie ⁴	110,3	+0,4	-1,0	-1,2	+2,0	+2,1	+0,7	+1,9
Bauhauptgewerbe	106,0	-2,2	+2,2	-3,2	+3,4	+8,4	+1,0	+3,6
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ⁴	110,3	+1,5	-0,2	-1,2	+0,9	+1,7	+0,8	+1,5
Inland	105,0	+0,5	-0,7	-1,4	+1,3	+2,0	-0,2	+1,4
Ausland	115,8	+2,5	+0,3	-0,9	+0,5	+1,5	+1,8	+1,6
Auftragseingang (Index 2010 = 100)								
Industrie ⁴	110,2	+1,0	-0,8	+1,9	+0,6	+0,7	+1,7	+1,0
Inland	105,3	+1,8	+0,9	-1,2	-1,4	+1,4	-4,4	-1,6
Ausland	114,2	+0,4	-2,1	+4,3	+2,1	+0,3	+6,6	+2,9
Bauhauptgewerbe	113,7	+4,0	-1,5		+10,5	+13,7		+15,7
Umsätze im Handel								
(Index 2010 = 100) Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	105,5	+3,0	+0,2	-1,4	+0,3	+5,7	+0,6	+1,6
(onne Krz, mit Tanksteilen) Handel mit Kfz								

 $Konjunkturentwicklung\,aus\,finanzpol\,itischer\,Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2015	Veränderung in Tausend gegenüber						
Arbeitsmarkt	Personen	gegenüber	Vorp	eriode saisor	bereinigt		Vorjahr		
	Mio.	Vorjahr in %	Feb 16	Mrz 16	Apr 16	Feb 16	Mrz 16	Apr 16	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,79	-3,6	-10	-2	-16	-106	-87	-99	
Erwerbstätige, Inland	43,06	+0,8	+45	+44		+540	+527		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,17	+0,0	+77			+697			
		2015 Veränderung in % gegenüber							
Preisindizes 2010 = 100	Index	gegenüber		Vorperiode			Vorjahr		
	ilidex	Vorjahr in %	Feb 16	Mrz 16	Apr 16	Feb 16	Mrz 16	Apr 16	
Importpreise	100,9	-2,6	-0,6	+0,7		-5,7	-5,9		
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	103,9	-1,9	-0,5	+0,0		-3,0	-3,1		
Verbraucherpreise	106,9	+0,2	+0,4	+0,8	-0,4	+0,0	+0,3	-0,1	
ifo Geschäftsklima				saisonbere	inigte Salden				
gewerbliche Wirtschaft	Sep 15	Okt 15	Nov 15	Dez 15	Jan 16	Feb 16	Mrz 16	Apr 16	
Klima	+10,2	+9,5	+11,1	+10,3	+7,7	+4,7	+6,5	+6,4	
Geschäftslage	+17,0	+14,4	+15,9	+14,7	+14,0	+14,8	+16,4	+15,3	
Geschäftserwartungen	+3,5	+4,6	+6,4	+6,0	+1,6	-5,0	-2,9	-2,1	

¹ Vorläufiges Ergebnis, Stand: 13. März 2016.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, eigene Berechnungen.

einem niedrigen Preisniveauanstieg. Ferner wirken Transfereinkommen begünstigend (turnusmäßige Anpassung der Rentenleistungen, Ausweitung des Kindergeldes sowie zunehmend auch monetäre Sozialleistungen an Flüchtlinge). Hinzu kommen in diesem Jahr die Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer. Auch vom öffentlichen Konsum gehen positive Impulse aus, insbesondere in Form vermehrter Sachaufwendungen des Staates für den Unterhalt der zugewanderten Flüchtlinge. Nicht zuletzt trägt der Wohnungsbau zum Wachstum bei, was auf die günstige Einkommenssituation der privaten Haushalte wegen niedriger Zinsen und wegen einer größeren Wohnraumnachfrage im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration zurückzuführen sein dürfte.

Dagegen wird die Investitionstätigkeit in Deutschland erhalten bleiben – trotz günstiger Fremd- und Innenfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen und guter Absatzperspektiven im Inland. Erst im Zuge einer steigenden Auslandsnachfrage dürfte auch wieder mit zunehmender Kapazitätsauslastung das Erweiterungsmotiv in den Vordergrund treten.

Die Beschäftigung wird auch in diesem und im nächsten Jahr steigen, auch wenn die Dynamik im Jahr 2017 etwas abnehmen dürfte. Die Arbeitslosigkeit wird sich in diesem Jahr erneut verringern, die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt 2016 auf 6,2% absinken. Erst zum Ende des Jahres ist zu erwarten dass die Arbeitslosigkeit, bedingt durch die Flüchtlingsmigration, steigt. Im Jahr 2017 wird deshalb mit einem Zuwachs der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von 0,2 Prozentpunkten gerechnet.

² Stand: Februar 2016.

 $^{^3} Produktion \, arbeitst \"{a}glich, \, Umsatz, \, Auftragseing ang \, Industrie \, kalenderbereinigt, \, Auftragseing ang \, Bauhauptgewerbe \, saisonbereingt.$

³Ohne Energie.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Die stabile gesamtwirtschaftliche Aufwärtsbewegung spiegelt sich auch im Steueraufkommen wider. Die Steuereinnahmen stiegen im April 2016 gegenüber dem Vorjahresmonat auf allen staatlichen Ebenen erneut kräftig an. Das Aufkommen der inländischen Umsatzsteuer nahm um 10,4 % gegenüber dem Vorjahr zu. Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt begünstigt weiterhin das Lohnsteueraufkommen, das im April 2016 um 4,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen war.

Anstieg der Exporte im 1. Quartal

Die Exporte nahmen im März 2016 das zweite Mal in Folge überraschend deutlich zu (saisonbereinigt + 1,9 % gegenüber dem Vormonat). Nun ist auch in der Tendenz wieder ein Aufwärtstrend im 1. Quartal 2016 zu beobachten. Das Exportniveau im März 2016 lag 0,5 % unter dem Vorjahresniveau. Nach Regionen – hierfür liegen Daten bis Februar vor – nahmen Ausfuhren in EU-Länder außerhalb des Euroraums im Zeitraum Januar bis Februar im Vorjahresvergleich besonders kräftig zu (+ 5,7 %, Euroraum: + 1,8 %). Exporte in Drittländer unterschritten in diesem Zeitraum das Vorjahresniveau (-1,3 %).

Nominale Warenimporte sanken im März merklich (saisonbereinigt - 2,3 % gegenüber dem Vormonat). Im Dreimonatsvergleich zeigt sich hier eine leichte Abwärtsbewegung (-0,3 %). Nach Ursprungswerten wurde im März das Vorjahresniveau um 4,3 % unterschritten. Importe aus EU-Ländern außerhalb des Euroraums nahmen bis Februar gegenüber dem Vorjahr am deutlichsten zu (+ 5,6 %), gefolgt vom Euroraum (+ 4,0 %). Importe aus Drittländern stiegen um 0,7 %.

Die Handelsbilanz (nach Ursprungswerten und mit Ergänzungen zum Außenhandel) überschritt im Zeitraum Januar bis März 2016 das entsprechende Vorjahresniveau um 5,3 Mrd. €. Der Leistungsbilanzüberschuss erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 7,5 Mrd. €. Dieser war hauptsächlich auf den Überschuss beim Warenhandel zurückzuführen.

Hier dürfte sich unter anderem die beschleunigte Wirtschaftsentwicklung im Euroraum im 1. Quartal (im Vergleich zum Vorquartal) widerspiegeln. Die Auftragseingänge aus dem Euroraum waren im 1. Quartal im Dreimonatsvergleich erstmals nach vier Rückgängen wieder gestiegen.

Die weitere Exportentwicklung dürfte verhalten positiv bleiben. Die Auslandsaufträge in der deutschen Industrie sind aufwärtsgerichtet und haben sich am aktuellen Rand noch einmal beschleunigt. Allerdings bleibt der Ausblick für den Welthandel gedämpft. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte im April seine Erwartungen für das Wachstum des Welthandels im Jahr 2016 um 0,3 Prozentpunkte nach unten revidiert. Die EU Kommission weist mit Blick auf das Euroraumwachstum auf beträchtliche Risiken hin, vor allem bedingt durch das langsamere Wachstum in China, aber auch das anstehende Referendum im Vereinigten Königreich über den Verbleib in der EU. Die Exporterwartungen der vom ifo Institut befragten Unternehmen sind im April leicht gesunken, insbesondere in der Autobranche.

Industrieproduktion im 1. Quartal aufwärtsgerichtet

Die Industrieproduktion sank nach einem außerordentlich kräftigen Anstieg im Januar im März das zweite Mal in Folge (um 1,2 % gegenüber Vormonat in saisonbereinigter Rechnung). Sowohl die Produktion von Investitionsgütern als auch von Vorleistungsgütern nahm im Vormonatsvergleich ab, die Konsumgüterproduktion bewegte sich seitwärts. Aufgrund des starken Januars ist im Dreimonatsdurchschnitt die Industrieproduktion im 1. Quartal jedoch deutlich aufwärtsgerichtet.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Der Umsatz in der Industrie verschlechterte sich im März das zweite Mal in Folge und etwas deutlicher als im Vormonat. Dabei nahmen die Umsätze im Inland etwas mehr ab als die Umsätze im Ausland. Im Dreimonatsdurchschnitt bleiben sowohl Inlands- als auch Auslandsumsätze aufwärtsgerichtet (+ 1,3 % beziehungsweise + 0,5 %).

Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe nahm im März nach einem Rückgang im Vormonat wieder zu. Im Dreimonatsdurchschnitt ist jedoch nur eine leichte Aufwärtsbewegung zu erkennen. Die Inlandsnachfrage nahm merklich ab, während die Auslandsaufträge deutlich anzogen (+ 4,3 %, Dreimonatsdurchschnitt + 2,1%).

Auch im weiteren Verlauf dürfte sich die Industrieproduktion moderat ausweiten. Die Auftragseingänge haben sich im März deutlich erholt, insbesondere durch eine gestiegene Nachfrage, hier insbesondere nach Investitionsgütern aus Ländern außerhalb des Euroraums. Dies könnte ein Anzeichen für eine sich erholende Weltwirtschaft sein. Auch die Stimmung in den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes verbesserte sich leicht.

Die Bauproduktion nahm im März insbesondere in den Bereichen Hoch- und Tiefbau spürbar ab. Im Dreimonatsvergleich ist sie jedoch aufgrund des außergewöhnlich starken Januars noch deutlich aufwärtsgerichtet (+ 3,4 %). Der ifo Geschäftsklimaindex für das Bauhauptgewerbe entwickelte sich zuletzt positiv, insbesondere durch eine deutlich bessere Beurteilung der Geschäftslage.

Privater Konsum setzt weiterhin positive Impulse

Der private Konsum leistete auch im 1. Quartal positive Wachstumsimpulse. Im Einzelhandel stieg insbesondere der Umsatz im Kfz-Handel deutlich um 2,8 % gegenüber dem Vorquartal. Ohne Kraftfahrzeuge zeigte der Umsatz im Einzelhandel im Dreimonatsvergleich hingegen nahezu eine Seitwärtsbewegung

und die Auftragseingänge für Konsumgüter aus dem Inland gingen leicht zurück. Gleichzeitig verschlechterte sich die Stimmung der Unternehmen in diesem Bereich im April merklich. Der ifo Geschäftsklimaindex für den Einzelhandel liegt jedoch immer noch deutlich über dem langfristigen Durchschnitt.

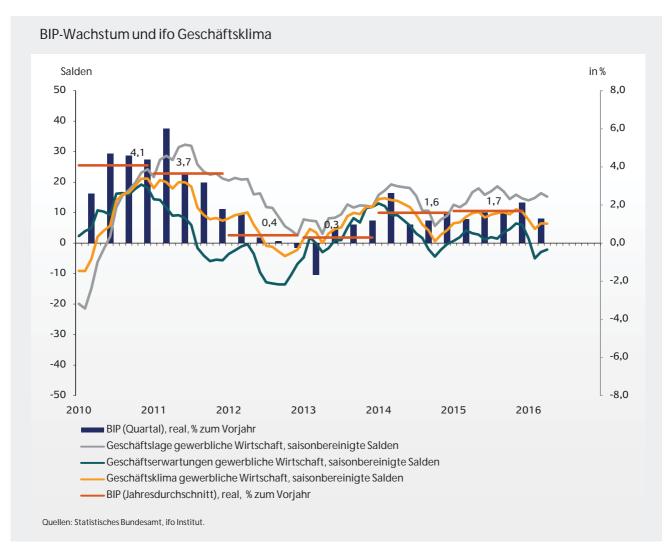
Das von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) gemessene Konsumklima hat sich im April wieder verbessert, nachdem es mehrere Monate weitgehend unverändert gewesen war. Alle Komponenten des GfK-Index - Einkommenserwartungen, Anschaffungsneigung und Konjunkturerwartungen – nahmen merklich zu. Die gestiegenen Konjunkturerwartungen signalisieren die Zuversicht der Verbraucher in eine wachsende Volkswirtschaft. Diese dürfte gestützt sein von den jüngst veröffentlichten Wachstumsprognosen für Deutschland sowie den positiven Wirtschaftsdaten zu Jahresbeginn. Die Einkommenserwartungen dürften weiterhin von der guten Arbeitsmarktsituation und den in diesem Jahr zu erwartenden Einkommenszuwächsen (Tarifverhandlungen, Rentenerhöhungen) profitieren.

Der Konsumoptimismus sollte sich im weiteren Jahresverlauf zunehmend auch bei den harten Indikatoren zeigen. Die merklichen Zuwächse bei den Steuern vom Umsatz im 1. Quartal sowie im April bestätigen bereits einen lebhaften Konsum. Der private Konsum wird laut Frühjahrsprojektion der Bundesregierung im Jahr 2016 spürbar wachsen (real + 2,0 % gegenüber dem Vorjahr).

Positive Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt setzt sich fort

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiterhin sehr positiv. Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit nahm im April noch einmal stärker ab als im Vormonat. Die Erwerbstätigkeit ist im März mit der gleichen Dynamik wie im Februar erneut kräftig gewachsen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verzeichnete zuletzt ein besonders deutliches Plus.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht



Im April waren 2,74 Millionen Personen (nach Ursprungswerten) als arbeitslos registriert. Das waren 98 980 Personen weniger als vor einem Jahr. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 6,3 %, das waren 0,2 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Bereinigt um saisonale Effekte ging die Arbeitslosenzahl noch einmal deutlich um 16 000 Personen zurück. Im März 2016 betrug die Zahl der Erwerbslosen (nach ILO-Konzept und Ursprungszahlen) 1,89 Millionen Personen (Erwerbslosenquote: 4,5 %).

Die Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) lag nach Ursprungswerten im März bei

43,2 Millionen Personen und damit um 527 000 Personen beziehungsweise + 1,2 % höher als im Vorjahr. Saisonbereinigt nahm die Erwerbstätigenzahl um 44 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu. Nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) erreichte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Februar 31,0 Millionen Personen. Der Vorjahresstand wurde damit um 697 000 Personen überschritten (+ 2,3 %). Saisonbereinigt verzeichnete die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ein Plus von 77 000 Personen gegenüber dem Vormonat.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen ist nach wie vor sehr hoch und erstreckt sich auf nahezu alle Berufsfelder. Bei der BA wurden neben den Bereichen Pflege und Soziales sowie öffentliche Verwaltung und Wachund Sicherheitsdienste auch Arbeitsstellen in den Bereichen Mechatronik, Energie- und Elektrotechnik, Verkehr und Logistik sowie Metallerzeugung, -bearbeitung, und -bau gemeldet. Der umfassende Stellenindex der BA (BA-X) (ohne geförderte und Saisonstellen) stieg im April nach einer Seitwärtsbewegung im Vormonat leicht an. In knapp 80 % der Wirtschaftsabteilungen fällt dabei der Arbeitskräftebedarf höher aus als vor einem Jahr. Auch das ifo Beschäftigungsbarometer legte nach drei Rückgängen in Folge im April wieder zu und signalisiert, dass deutsche Unternehmen in den kommenden Monaten wieder mehr Einstellungen planen.

Die Arbeitslosigkeit dürfte im Laufe des Jahres mit einer steigenden Anzahl von bearbeiteten Asylanträgen und einer zu erwartenden langsamen Integration in den Arbeitsmarkt kräftiger zunehmen. Bereits im April zeigte sich ein Anstieg der entlastenden Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik (insbesondere Integrationskurse), deren Teilnehmer nicht als arbeitslos erfasst werden. Die Zahl der Arbeitslosen aus den nichteuropäischen Asylzugangsländern hat sich im April um 13 000 Personen erhöht. In ihrer Frühjahrsprojektion geht die Bundesregierung insgesamt noch von einem Rückgang der Arbeitslosen um 40 000 Personen aus. Im Jahr 2017 wird mit einem Anstieg von 110 000 Personen gerechnet. Die Erwerbstätigkeit dürfte im Jahr 2016 um 480 000 Personen (+ 1,1 % gegenüber dem Vorjahr) und im Jahr 2017 um 350 000 Personen (0,8 % gegenüber dem Vorjahr) weiter merklich zunehmen.

Verbraucherpreisniveau im April nahezu unverändert

Das Verbraucherpreisniveau blieb im April gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (- 0,1%). Während die Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe im April im Vorjahresvergleich etwas weniger stark fielen, stiegen die Preise für Dienstleistungen und Nahrungsmittel etwas langsamer als in den Vormonaten. Die Energiepreise lagen um 8,5 % unter dem Vorjahresniveau, die Preise für Nahrungsmittel leicht darüber (+ 0,5 %). Die Dienstleistungspreise erhöhten sich im April um 1,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Trotz eines Anziehens der Rohölpreise im Vergleich zum Vormonat (+ 8 % auf 43 US-Dollar) lagen die Energiepreise immer noch deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Im Vergleich zum Vormonat sind die Energiepreise aber erneut leicht gestiegen. Insbesondere bei den Preisen der Energieimporte zeigt sich eine Beschleunigung (+ 8,4 % für Energieimporte, + 15,3 % für Rohölimporte, jeweils gegenüber dem Vormonat). Im Vorjahresvergleich verzeichneten aber auch die Einfuhrpreise im April den stärksten Rückgang seit Oktober 2009. Dies war u. a. bedingt durch weitere starke Preisrückgänge bei Rohstoffen wie Nickel, Aluminium und Kupfer.

Die Verbraucherpreise dürften im Jahresverlauf nur sehr moderat steigen. Die Bundesregierung rechnet in ihrer Frühjahrsprojektion mit einem Anstieg des Verbraucherpreisniveaus um 0,5 % im Jahr 2016 und um 1,7 % im Jahr 2017. Angesichts der positiven Lohn- und Einkommensentwicklung dürfte dies die Kaufkraft der Verbraucher stärken und der private Konsum dürfte eine wichtige Stütze des Wirtschaftswachstums bleiben.

Steuereinnahmen im April 2016

Steuereinnahmen im April 2016

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im April 2016 im direkten Vorjahresvergleich um 6,6 %. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern lag im aktuellen Berichtsmonat ebenfalls mit + 6,7 % deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats. Erhebliche Zuwächse bei den Steuern vom Umsatz sowie bei der Lohnsteuer bilden die Basis dieser positiven Entwicklung. Auch das Ergebnis der Körperschaftsteuer hat sich im Berichtsmonat wieder sehr positiv entwickelt. Zudem konnten Bund und Länder von höheren Anteilen an der Gewerbesteuer über die Gewerbesteuerumlagen profitieren. Deutliche Rückgänge waren hingegen bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge zu verzeichnen. Kumuliert lagen die gemeinschaftlichen Steuern bis zum April 2016 um 6,2 % über dem Vorjahresniveau.

Die Bundessteuern wiesen in diesem Monat ebenfalls ein deutliches Wachstum von 6,4% gegenüber April 2015 auf. Einen großen Anteil an dieser Entwicklung hatten abermals die Tabaksteuer sowie die Energiesteuer. Kumuliert legten die Bundessteuern bis April 2016 um 2,6 % zu. Die Ländersteuern verzeichneten erneut einen kräftigen Zuwachs von 8,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat, der durch Aufkommenszuwächse der Grunderwerbsteuer zu erklären ist. Während das Aufkommen der Grunderwerbsteuer von Januar bis April 2016 kumuliert um 16,4% angestiegen ist, liegt das Erbschaftsteueraufkommen in diesem Zeitraum nahezu wieder auf dem hohen Vorjahresniveau.

EU-Eigenmittel

Die an die EU abzuführenden EU-Eigenmittel lagen im aktuellen Berichtsmonat deutlich unter dem Vorjahresniveau (- 42,6 % gegenüber April 2015). In kumulierter Betrachtung verringerten sich diese bis April 2016 deutlich um 28,6 % gegenüber 2015 aufgrund eines

Sondereffekts. Im Januar 2016 hatte der Bund eine Rückzahlung von BNE-Eigenmitteln aus Vorjahren in Höhe von rund 2 Mrd. € infolge des EU-Saldenausgleichs erhalten.

Verteilung auf Bund, Länder, Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes nach Verrechnung von Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) stiegen im April 2016 abermals merklich um 13,0 % gegenüber April 2015. Die deutliche Verringerung der aus den Steuereinnahmen des Bundes zu leistenden EU-Eigenmittelabführungen von 42,6 % gegenüber April 2015 lassen die Steuereinnahmen des Bundes nach BF7 deutlich anwachsen. Ohne diesen Effekt stiegen die Steuereinnahmen des Bundes nach BEZ um lediglich circa 6 % gegenüber April 2015. Der weitere Anstieg speist sich zum einen aus dem kräftigen Anstieg des Aufkommens der Bundessteuern – speziell durch den Sondereffekt bei der Tabaksteuer – sowie höheren Einnahmen aus gemeinschaftlichen Steuern. Bei den gemeinschaftlichen Steuern ist zu berücksichtigen, dass sich der Bundesanteil an den Steuern vom Umsatz im Jahr 2016 zugunsten von Ländern und Gemeinden verringert hat, was den Einnahmenzuwachs des Bundes relativ abschwächt.

Die Steuereinnahmen der Länder stiegen im direkten Vorjahresvergleich um 8,0 %. Neben dem kräftigen Anstieg des Aufkommens aus den Ländersteuern tragen insbesondere die gemeinschaftlichen Steuern zum Ergebnis bei. Der Anteil der Gemeinden am Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern stieg im April 2016 um 1,1% gegenüber dem Vorjahresmonat.

Gemeinschaftliche Steuern

Lohnsteuer

Die Erwerbstätigkeit ist im März mit der gleichen Dynamik wie im Februar erneut kräftig gewachsen (saisonbereinigt + 44 000 Personen

Steuereinnahmen im April 2016

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

3				•		
2016	April	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis April	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2016 ⁴	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	15 408	+4,8	57 991	+3,1	184850	+3,3
veranlagte Einkommensteuer	947	-18,0	15516	+8,6	51 600	+6,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 248	+25,1	4271	+7,2	17 250	-3,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	446	-53,8	2 627	-35,6	6 450	-21,9
Körperschaftsteuer	- 345	Χ	8 089	+91,7	20 620	+5,3
Steuern vom Umsatz	16 490	+6,0	70 899	+5,2	219 500	+4,6
Gewerbesteuerumlage	865	+15,6	975	+15,2	4024	+0,6
erhöhte Gewerbesteuerumlage	835	+12,3	898	+13,9	3 3 9 6	-0,3
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	35 894	+6,7	161 266	+6,2	507 690	+3,5
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 094	+5,7	7714	+1,1	40 000	+1,0
Tabaksteuer	1 599	+20,4	4321	+21,7	14 460	-3,1
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	142	+2,9	707	-0,1	2 055	-0,7
Versicherungsteuer	719	+4,4	6 665	+2,3	12720	+2,4
Stromsteuer	579	+1,7	2 2 6 4	-4,7	6 600	+0,1
Kraftfahrzeugsteuer	817	-5,0	3 306	-0,2	8 900	+1,1
Luftverkehrsteuer	87	+2,2	265	+8,5	1 060	+3,6
Kernbrennstoffsteuer	0	X	0	Х	1 000	-27,0
Solidaritätszuschlag	1 036	+7,4	5014	+5,6	16 400	+2,9
übrige Bundessteuern	115	-12,0	484	-7,5	1 463	-1,1
Bundessteuern insgesamt	8 187	+6,4	30 741	+2,6	104 658	+0,4
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	627	-0,4	2 295	-0,1	5 9 0 8	-6,1
Grunderwerbsteuer	974	+15,7	4 192	+16,4	12 260	+9,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	146	-5,2	597	+3,0	1745	+1,9
Biersteuer	55	-0,7	202	-0,4	670	-0,9
sonstige Ländersteuern	31	+906,5	220	+5,3	418	+1,5
Ländersteuern insgesamt	1 833	+8,9	7 506	+8,9	21 001	+3,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	432	-3,3	1 726	+3,1	5 400	+4,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	177	-49,5	1 700	-21,6	2 400	-42,9
BNE-Eigenmittel	924	-50,7	6 862	-35,0	22 050	+2,2
EU-Eigenmittel insgesamt	1 533	-42,6	10 288	-28,6	29 850	-3,5
Bund ³	21 342	+13,0	88 967	+10,3	290 050	+3,0
Länder ³	20 596	+8,0	89 056	+7,6	277 726	+3,7
EU	1 533	-42,6	10 288	-28,6	29 850	-3,5
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 875	+1,1	12 927	+2,7	41 123	+3,3
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	46 346	+6,6	201 238	+5,7	638 749	+3,0

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,\}text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelderstattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,Steuern.}$

 $^{^3}$ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2016.

Steuereinnahmen im April 2016

gegenüber dem Vormonat). Die Erwerbstätigenzahl lag im März bei 43,2 Millionen Personen. Diese positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die sich in zunehmender Beschäftigung und steigenden Löhnen zeigt, begünstigt weiterhin das Lohnsteueraufkommen.

Im April 2016 lag das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer um 4,9 % über dem Vorjahresniveau. Das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld erhöhte sich ebenfalls um 5,2 % gegenüber dem Vorjahr; vor allem aufgrund der Kindergelderhöhungen für 2015 und 2016. Im Saldo stieg das Kassenaufkommen der Lohnsteuer im April 2016 um 4,8 %. In kumulierter Betrachtung bis April 2016 lag das Kassenergebnis der Lohnsteuer mit + 3,1% über dem Vorjahresniveau.

Körperschaftsteuer

Das Körperschaftsteueraufkommen ist in diesem Monat stark von der Veranlagungstätigkeit bestimmt. Im Vorjahr hatten hohe Erstattungen von Körperschaftsteuer in zwei Ländern im April 2015 zu einem vergleichsweise hohen Auszahlungsvolumen von insgesamt rund 1,2 Mrd. € geführt. Derart hohe Erstattungen sind im aktuellen Berichtsmonat April 2016 nicht zu beobachten. Dadurch ergibt sich eine wesentliche Verbesserung des Aufkommens im laufenden Monat, der sogenannte Basiseffekt. Im Monat April 2016 wurden lediglich rund 0,3 Mrd. € Körperschaftsteuer ausgezahlt. In kumulierter Betrachtung bis April 2016 hat sich das Körperschaftsteueraufkommen auf rund 8,1 Mrd. € nahezu verdoppelt.

Veranlagte Einkommensteuer

Die Einnahmen der veranlagten Einkommensteuer stiegen im April 2016 brutto um 1,4 % im Vorjahresvergleich. Hiervon abzuziehen waren Investitionsund Eigenheimzulage. Die betragsmäßig bedeutendere Arbeitnehmererstattung legte hingegen um 14,2 % zu. Im Ergebnis ergaben sich kassenmäßige Einnahmen von 0,9 Mrd. €, was einem Rückgang von 18,0 % gegenüber April 2015 entspricht. Solche Aufkommensschwankungen sind in Monaten, in denen die Einnahmen durch die Veranlagungstätigkeit bestimmt werden, nicht ungewöhnlich. Wichtiger ist hier der Blick auf den bisherigen Jahresverlauf. In kumulierter Betrachtung stieg das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer um 8,6 % gegenüber dem Vorjahresniveau.

Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Das Bruttosteueraufkommen der nicht veranlagten Steuern von Ertrag stieg gegenüber dem Vorjahrsvergleichsmonat um 13,7 %. Der kräftige Anstieg könnte auf unterjährige Verschiebungen von Steueraufkommen infolge gegenüber dem Vorjahr differierender Dividendenauszahlungszeitpunkte zurückzuführen sein. Im aktuellen Monat ergab sich bei den Erstattungen des Bundeszentralamts für Steuern eine Besonderheit: Im Saldo kam es hier zu einem Rückfluss von Steuern an den Fiskus in Höhe von rund 1,5 Mio. €. Im Ergebnis lagen die Nettoeinnahmen im April 2016 mit einem Plus von 25,1 % sehr deutlich über dem Vorjahresniveau. Aktuell liegt das kumulierte Steueraufkommen der nicht veranlagten Steuern von Ertrag bis April 2016 um 7,2 % über dem Vorjahresniveau.

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Im April 2016 sanken die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge nochmals deutlich um 53,8 % gegenüber dem Vorjahresniveau. Damit hält der Trend eines im Vorjahresvergleich schwachen Steueraufkommens weiter an. Kumuliert verringerte sich das Steueraufkommen bis April 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum damit um 35,6 %. Neben dem niedrigen Zinsniveau scheinen auch geringere Veräußerungserträge gegenüber dem Vorjahreszeitraum verantwortlich zu sein. Allerdings liegen über die Aufteilung des Aufkommens in Zins- und Veräußerungsgewinne keine

Steuereinnahmen im April 2016

statistischen Angaben vor, sodass Aussagen hierüber schwierig sind. Mit Blick auf diese Entwicklung hatte der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" seine Prognose für das aktuelle Jahr 2016 deutlich nach unten korrigiert.¹

Steuern vom Umsatz

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz stieg im April 2016 kräftig um 6,0 % gegenüber April 2015. Dabei stieg das Aufkommen der inländischen Umsatzsteuer um 10,4 %, wohingegen die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer sich um 5,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat verringerten. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit der guten Verbraucherstimmung. Der private Konsum ist derzeit eine Haupttriebfeder der konjunkturellen Aufwärtsbewegung in Deutschland. Bei der Einfuhrumsatzsteuer verbilligen verringerte Rohstoffpreise die Importe aus Drittstaaten; dies führt im Ergebnis zu Mindereinnahmen bei der Einfuhrumsatzsteuer. Kumuliert stieg das Aufkommen der Steuern von Umsatz bis zum April 2016 um 5,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern konnte sich im April 2016 um 6,4 % gegenüber dem Vorjahrsniveau verbessern. Maßgeblich für das gute Aprilergebnis war der signifikante Anstieg des Aufkommens der Tabaksteuer (+ 20,4 %). Dies dürfte ein Vorzieheffekt als

Reaktion auf das Tabakerzeugnisgesetz sein, welches u. a. ein Verbot von Mentholzigaretten sowie "Schockbilder" auf Zigarettenverpackungen vorsieht. Des Weiteren verzeichnete die Energiesteuer mit + 5,7 % einen signifikanten Aufkommenszuwachs. Weitere Zuwächse waren bei der Versicherungsteuer (+4,4%), dem Solidaritätszuschlag (+7,4%), der Branntweinsteuer (+ 2,9 %) sowie der Luftverkehrsteuer (+ 2,2 %) zu verzeichnen. Nennenswerte Aufkommensrückgänge ergaben sich bei der Kraftfahrzeugsteuer (-5,0%) sowie der Kaffeesteuer (-15,6%). Die übrigen Veränderungen hatten betragsmäßig nur geringen Einfluss auf das Gesamtergebnis der Bundessteuern. Kumuliert bis April 2016 stieg das Aufkommen der Bundessteuern gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,6 %.

Ländersteuern

Das Aufkommen der Ländersteuern stieg im April 2016 in direkten Vorjahresvergleich um 8,9 %. So konnte die Grunderwerbsteuer mit einen Zuwachs von + 15,7 % an die guten Ergebnisse der Vormonate anschließen. Die Erbschaftsteuer konnte nahezu auf dem hohen Aufkommensniveau des Vorjahresmonats abschließen. Die Einnahmen aus der Rennwett- und Lotteriesteuer verringerten sich um 5,2 % und aus der Biersteuer um 0,7 % gegenüber April 2015. Die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer erreichten mit rund 31 Mio. € wieder ein "normales" Niveau; aufgrund eines Basiseffekts ergibt sich allerdings eine überhöhte Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr. Seinerzeit war das Steueraufkommen für April 2015 bereits im März 2015 verbucht worden.

¹ Siehe Artikel zum Ergebnis des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" im Monatsbericht Mai 2016.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich April 2016

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich April 2016

Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen des Bundes beliefen sich in den ersten vier Monaten des Jahres 2016 auf 100,1 Mrd. €. Das entsprechende Vorjahresniveau wurde um 9,9 Mrd. € beziehungsweise 11,1% überschritten. Die Steuereinnahmen des Bundes lagen bis April des laufenden Jahres um 8,2 Mrd. € (+ 10,2%) über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums und betrugen 88,7 Mrd. €. Dies basiert zum erheblichen Teil auf niedrigeren EU-Eigenmittelabführungen. Die übrigen Verwaltungseinnahmen erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 1,7 Mrd. € auf 11,4 Mrd. € (+ 17,9%).

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundeshaushalts erreichten bis April zusammengenommen ein Volumen von 106,8 Mrd. €. Damit liegen sie um 2,0 % beziehungsweise 2,1 Mrd. € über dem Vorjahresniveau. Für das Gesamtjahr 2016 ist eine Steigerung um + 5,9 % vorgesehen.

Finanzierungssaldo

Im betrachteten Zeitraum überstiegen die Ausgaben die Einnahmen um 6,7 Mrd. €. Der negative Finanzierungssaldo wurde durch Kassenmittel und Rücklagenbewegungen ausgeglichen.

Im Februar wurde aus der Rücklage zur Finanzierung von Belastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen ein Betrag von 6,1 Mrd. € entnommen. Gemäß § 6a Bundeshaushaltsgesetz 2016 wurde im März der den Haushaltsansatz von 2,5 Mrd. € übersteigende Teil des Bundesbankgewinns der Rücklage zugeführt. Dementsprechend hat sich der Saldo der Rücklagenbewegungen um 689 Mio. € auf 5,4 Mrd. € verringert.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2015	Soll 2016	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis April 2016
Ausgaben (Mrd. €) ²	299,3	316,9	106,8
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+2,0
Einnahmen (Mrd. €) ²	311,1	310,5	100,1
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+11,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	281,7	288,1	88,7
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+10,2
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	11,8	-6,4	-6,7
Finanzierung/Verwendung:	-11,8	6,4	6,7
Kassenmittel (Mrd. €)		-	35,9
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,4	0,3	-0,1
Saldo der Rücklagenbewegungen	-12,1	6,1	5,4
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo ³ (Mrd. €)	0,0	0,0	-34,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Buchungsergebnisse.

 $^{^2} Ohne \ Einnahmen \ und \ Ausgaben \ aus \ haushaltstechnischen \ Verrechnungen.$

³(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich April 2016

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	let 1	2015	Soll	2016		vicklung	Unterjährige Veränderung	
	131.2	.013	3011	2010	Januar bis April 2015	Januar bis April 2016	gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%	
Allgemeine Dienste	66 947	22,4	71 572	22,6	21 703	23 688	+9,1	
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6399	2,1	7 287	2,3	2 172	2 805	+29,1	
Verteidigung	33 442	11,2	33 966	10,7	10360	11 144	+7,6	
politische Führung, zentrale Verwaltung	14 175	4,7	15 172	4,8	5 169	5 169	+0,0	
Finanzverwaltung	4 199	1,4	4 445	1,4	1 328	1 3 7 9	+3,8	
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	20 271	6,8	21 961	6,9	6 229	5 748	-7,7	
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	3 381	1,1	3 648	1,2	1388	1 165	-16,0	
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10872	3,6	11 689	3,7	2 5 3 1	2 260	-10,7	
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	153 611	51,3	161 485	51,0	57 202	58 427	+2,1	
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	101 992	34,1	106 888	33,7	40 162	41 786	+4,0	
Arbeitsmarktpolitik	33 894	11,3	34 676	10,9	11 617	10900	-6,2	
darunter:								
Arbeitslosengeld II nach SGB II	20 198	6,7	20 500	6,5	7 0 7 5	6 9 9 2	-1,2	
Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	5 249	1,8	5 100	1,6	2 046	1 627	-20,5	
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 890	2,6	8 374	2,6	2 739	2 732	-0,3	
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 059	0,7	2 139	0,7	784	754	-3,9	
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 915	0,6	2 312	0,7	527	543	+3,1	
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 004	0,7	2 502	0,8	622	874	+40,6	
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 491	0,5	1 809	0,6	566	788	+39,2	
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	846	0,3	1 066	0,3	145	164	+13,1	
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 156	1,4	5 870	1,9	1 749	2 017	+15,3	
regionale Förderungsmaßnahmen	997	0,3	1 389	0,4	83	73	-12,5	
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 497	0,5	1 707	0,5	1 204	1 415	+17,5	
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 595	5,5	18 881	6,0	4 112	4 470	+8,7	
Straßen	7 859	2,6	8 786	2,8	1 764	1 757	-0,4	
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4953	1,7	5 349	1,7	1 137	1 423	+25,1	
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 225	11,1	31 252	9,9	12 442	11 625	-6,6	
Zinsausgaben	21 066	7,0	23 772	7,5	9 730	8 082	-16,9	
Ausgaben insgesamt ¹	299 285	100,0	316 900	100,0	104 640	106 757	+2,0	

 $^{^{1}} Ohne\,Ausgaben\,durch\,haushaltstechnische\,Verrechnungen.$

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich April 2016

Die unterjährige Entwicklung des Finanzierungssaldos und des jeweiligen Kapitalmarktsaldos sind keine Indikatoren, aus denen sich die erforderliche Nettokreditaufnahme am Jahresende errechnen lässt. Einnahmen und Ausgaben unterliegen im Laufe des Haushaltsjahres

starken Schwankungen und beeinflussen somit die eingesetzten Kassenmittel in den einzelnen Monaten in unterschiedlichem Maße. Auch der Kapitalmarktsaldo zeigt im Jahresverlauf in der Regel kräftige Schwankungen.

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	I:	st	Sc	oll	Ist-Entw	vicklung	Unterjährige Veränderung
	20	015		016	Januar bis April 2015	Januar bis April 2016	gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in %
Konsumtive Ausgaben	269 732	90,1	286 004	90,3	98 303	98 890	+0,6
Personalausgaben	29 907	10,0	30 989	9,8	10 526	10 709	+1,7
Aktivbezüge	21 695	7,2	22 562	7,1	7 532	7 638	+1,4
Versorgung	8 212	2,7	8 427	2,7	2 995	3 072	+2,6
Laufender Sachaufwand	24 305	8,1	26 202	8,3	6 317	7 028	+11,3
sächliche Verwaltungsaufgaben	1 462	0,5	1 493	0,5	411	419	+1,9
militärische Beschaffungen	9 055	3,0	10 186	3,2	1884	2 477	+31,5
sonstiger laufender Sachaufwand	13 788	4,6	14523	4,6	4022	4132	+2,7
Zinsausgaben	21 066	7,0	23 772	7,5	9 730	8 082	-16,9
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	193 751	64,7	204 322	64,5	71 413	72 738	+1,9
an Verwaltungen	24 064	8,0	24 285	7,7	7 507	7 179	-4,4
an andere Bereiche	169 687	56,7	180 036	56,8	63 906	65 559	+2,6
darunter:							
Unternehmen	25 616	8,6	28 296	8,9	9148	8 922	-2,5
Renten, Unterstützungen u. a.	28 903	9,7	29 609	9,3	10 175	10028	-1,4
Sozialversicherungen	107 334	35,9	111 824	35,3	41 737	43 293	+3,7
Sonstige Vermögensübertragungen	703	0,2	719	0,2	317	332	+4,7
Investive Ausgaben	29 553	9,9	31 484	9,9	6 337	7 868	+24,2
Finanzierungshilfen	21 869	7,3	22 220	7,0	5 050	6 489	+28,5
Zuweisungen und Zuschüsse	20516	6,9	19919	6,3	4 621	5 8 6 5	+26,9
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	983	0,3	1 848	0,6	283	303	+7,1
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	370	0,1	453	0,1	146	320	+119,2
Sachinvestitionen	7 684	2,6	9 264	2,9	1 287	1 379	+7,1
Baumaßnahmen	6 141	2,1	7 137	2,3	1 066	986	-7,5
Erwerb von beweglichen Sachen	1186	0,4	1 491	0,5	203	314	+54,7
Grunderwerb	357	0,1	636	0,2	18	79	+338,9
Globalansätze	0	0,0	- 588	-0,2	0	0	
Ausgaben insgesamt ¹	299 285	100,0	316 900	100,0	104 640	106 757	+2,0

¹Ohne Ausgaben durch haushaltstechnische Verrechnungen.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich April 2016

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	ls		So	ill	Ist-Entv	vicklung	Unterjährige Veränderung	
	20	15	201	16	Januar bis April 2015	Januar bis April 2016	gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		in %	
I. Steuern	281 706	90,6	288 083	92,8	80 416	88 657	+10,2	
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	229 618	73,8	234733	75,6	70 224	73 584	+4,8	
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	119 068	38,3	121 197	39,0	34117	36 811	+7,9	
davon:								
Lohnsteuer	76 028	24,4	78 476	25,3	22 197	22934	+3,3	
veranlagte Einkommensteuer	20 647	6,6	21 144	6,8	6 071	6 5 9 3	+8,6	
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 968	2,9	8 508	2,7	1 944	2 083	+7,2	
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 634	1,2	3 574	1,2	1 794	1 156	-35,6	
Körperschaftsteuer	9 792	3,1	9 495	3,1	2 110	4044	+91,7	
Steuern vom Umsatz	108 894	35,0	111 889	36,0	35 844	36 467	+1,7	
Gewerbesteuerumlage	1 656	0,5	1 647	0,5	263	305	+16,0	
Energiesteuer	39 594	12,7	40 200	12,9	7 631	7714	+1,1	
Tabaksteuer	14921	4,8	14360	4,6	3 550	4321	+21,7	
Solidaritätszuschlag	15 930	5,1	16 000	5,2	4747	5014	+5,6	
Versicherungsteuer	12 419	4,0	12 700	4,1	6514	6 665	+2,3	
Stromsteuer	6 593	2,1	6 600	2,1	2 3 7 5	2 2 6 4	-4,7	
Kraftfahrzeugsteuer	8 805	2,8	8 800	2,8	3 3 1 4	3 306	-0,2	
Kernbrennstoffsteuer	1 371	0,4	1 100	0,4	352	0	-100,0	
Branntweinabgaben	2 072	0,7	2 057	0,7	708	708	+0,0	
Kaffeesteuer	1 032	0,3	1 031	0,3	363	349	-3,9	
Luftverkehrsteuer	1 023	0,3	1 024	0,3	245	265	+8,2	
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 041	-3,2	-9 401	-3,0	-2 360	-2388	+1,2	
BNE-Eigenmittel der EU	-21 578	-6,9	-22 160	-7,1	-10 560	-6862	-35,0	
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4098	-1,3	-2 390	-0,8	-2 167	-1 700	-21,6	
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 408	-2,4	-8 000	-2,6	-2 433	-2 469	+1,5	
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-2,9	-8 992	-2,9	-2 248	-2 248	+0,0	
II. Sonstige Einnahmen	29 349	9,4	22 432	7,2	9 685	11 423	+17,9	
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6889	2,2	5 758	1,9	3 615	4 602	+27,3	
Zinseinnahmen	269	0,1	271	0,1	55	67	+21,8	
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	3 2 1 1	1,0	1 682	0,5	1 209	669	-44,7	
Einnahmen insgesamt ¹	311 055	100,0	310 515	100,0	90 101	100 080	+11,1	

 $^{^{1}} Ohne \, Einnahmen \, aus \, haus haltstechnischen \, Verrechnungen.$

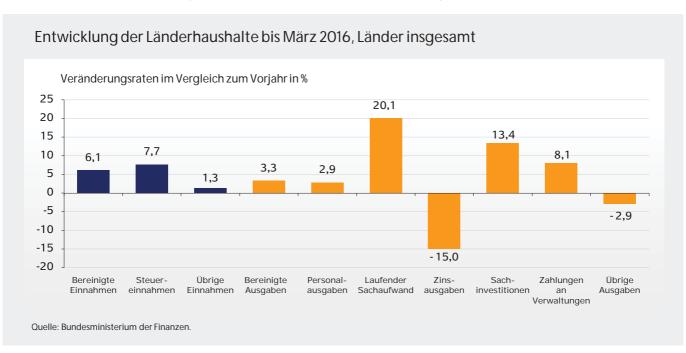
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2016

Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2016

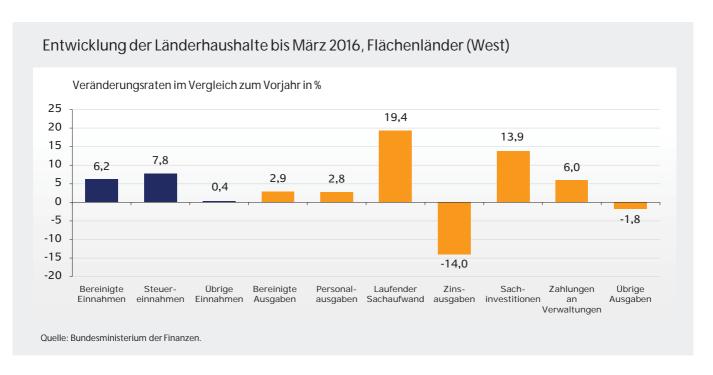
Der Finanzierungssaldo der Ländergesamtheit fällt am Ende des Berichtzeitraums deutlich günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Er betrug Ende März - 0,6 Mrd. € und verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahreswert um rund 2,1 Mrd. €. Elf der 16 Länder konnten sich dabei gegenüber den insgesamt bereits sehr guten März-Ergebnissen des Vorjahres verbessern. Die Ausgaben der Länder stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 3,3 %, während die Einnahmen um 6,1% zunahmen. Bei den Ausgaben entwickelten sich bis März insbesondere der laufende Sachaufwand und die Zuweisungen an die Gemeinden sehr dynamisch, worin

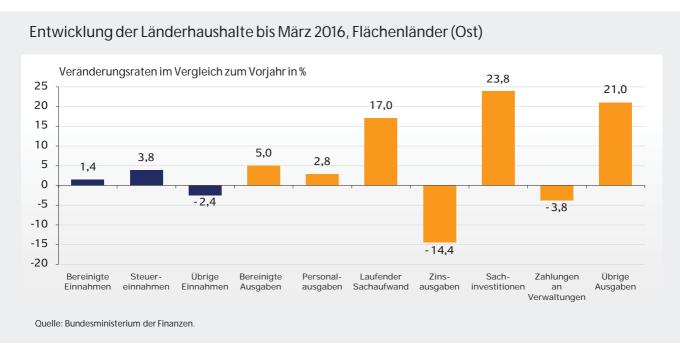
sich auch erhöhte Ausgaben aufgrund der Flüchtlingszuwanderung widerspiegeln dürften. Deutlich rückläufig waren erneut die Zinsausgaben. Die Steuereinnahmen erhöhten sich gegenüber dem Vergleichszeitraum um 7,7 %. Der übliche Vergleich der Haushaltsergebnisse bis Ende März mit dem geplanten Haushaltsvolumen für das Jahr 2016 kann nicht erfolgen, da Bremen bislang keinen Haushaltsplan vorgelegt hat.

Die Einnahmen und Ausgaben der Länder bis März, die im Einzelnen in den nachfolgenden Tabellen aufgeführt sind, stellen sich insgesamt wie folgt dar:

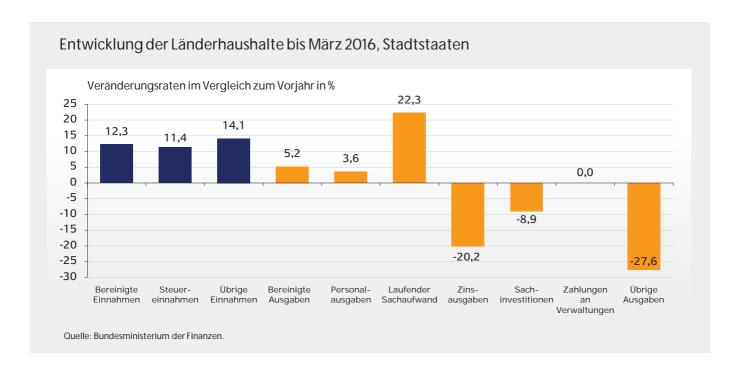


Entwicklung der Länderhaushal te bis März 2016





Entwicklung der Länderhaushal te bis März 2016



Kreditaufnahme des Bundes

Kreditaufnahme des Bundes

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Im April wurden für den Bundeshaushalt und seine Sondervermögen insgesamt 19,4 Mrd. € Kredite aufgenommen und 34,8 Mrd. € an fälligen Krediten getilgt, sodass sich per 30. April 2016 ein Schuldenstand von 1083,2 Mrd. € ergab. Davon waren zur Finanzierung des Bundeshaushalts 1042,7 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds 22,0 Mrd. € und des Investitions- und Tilgungsfonds 18,5 Mrd. € verwendet worden.

Der Schuldendienst von 35,6 Mrd. €, der neben den Tilgungen auch die Zinszahlungen von 0,8 Mrd. € einschließt, wurde im April sowohl aus Kreditaufnahmen als auch aus Kassenmitteln bestritten. Der Schwerpunkt der Kreditaufnahme lag auf der Emission 10-jähriger Bundesanleihen, 5-jähriger Bundesobligationen und 2-jähriger Bundesschatzanweisungen mit einem Nominalvolumen von je 4 Mrd. €. Ferner wurden insgesamt 4,5 Mrd. € Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, 1 Mrd. € 30-jährige festverzinsliche Bundesanleihen und 500 Mio. € der 30-jährigen inflationsindexierten Anleihe des Bundes emittiert. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Marktpflege Bundeswertpapiere von saldiert 1,4 Mrd. € für den Eigenbestand gekauft; dieser hatte Ende April ein Volumen von 38,0 Mrd. €. Weitere Einzelheiten zu den Schuldenständen, ihrer Veränderung infolge von Kreditaufnahme und Tilgungen zeigt die Tabelle zur "Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen". Im statistischen Anhang wird die Entwicklung der Verschuldung und Tilgungen kumuliert für die ersten vier Monate des Jahres 2016 gezeigt.

Die Tabelle "Entwicklung des Umlaufvolumens an Bundeswertpapieren" zeigt das Umlaufvolumen der emittierten Bundeswertpapiere einschließlich der Eigenbestände (Nennwerte) sowie zusätzlich die als Kassenkredit emittierten und verbuchten Bundeswertpapiere.

Die Abbildung "Struktur der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen per 30. April 2016 nach Instrumentenarten" zeigt die Verteilung der vom Bund und seinen Sondervermögen eingegangenen Gesamtschulden über 1 083,2 Mrd. €. Danach entfällt der größte Anteil auf Bundesanleihen (44,1 % 10-jährige und 17,8 % 30-jährige), gefolgt von Bundesobligationen (19,6 %) und Bundesschatzanweisungen (9,5 %). Der Anteil der inflationsindexierten Bundeswertpapiere beträgt 5,8 % des gesamten Schuldenstands.

Insgesamt sind die Schulden des Bundes zu 98,6 % in Form von Bundeswertpapieren verbrieft, wobei es sich ausschließlich um Inhaberschuldverschreibungen handelt und folglich der konkrete Gläubiger dem Emittenten nicht bekannt ist. Nur 1,4 % der Schulden entfallen auf Kreditaufnahmen wie Schuldscheindarlehen und sonstige Kredite.

Die kumulierten Jahresergebnisse der Kreditaufnahme, Tilgung und Schuldenstände werden im statistischen Anhang des Monatsberichts gezeigt. Darüber hinaus enthält der statistische Anhang für den interessierten Leser auch eine längere Datenreihe der Verschuldung gruppiert nach Restlaufzeitklassen.

Kreditaufnahme des Bundes

Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen im April in Mio. €

	Schuldenstand: 31. März 2016	Kreditauf- nahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Schuldenstand: 30. April 2016	Schulden- stands- änderung (Saldo)
Haushaltskredite	1 098 638	19 389	-34 802	1 083 226	- 15 412
Gliederung nach Verwendung					
Bundeshaushalt	1 056 971	20 522	-34 802	1 042 691	-14280
Finanzmarktstabilisierungsfonds	23 202	-1 158	-	22 044	-1 158
Investitions- und Tilgungsfonds	18 465	26	-	18 492	26
Gliederung nach Schuldenarten					
Bundeswertpapiere	1 083 644	19 389	-34 535	1 068 499	-15 145
Bundesanleihen	666 160	4615	-	670 774	4615
30-jährige Bundesanleihen	191 937	1 190	-	193 127	1 190
10-jährige Bundesanleihen	474 222	3 425	-	477 647	3 425
inflationsindexierte Bundeswertpapiere	76 496	870	-15 000	62 365	-14130
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	3 270	436	-	3 706	436
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	58 623	421	-15 000	44 044	-14579
inflationsindexierte Obligationen des Bundes	14 603	12	-	14615	12
Bundesobligationen	225 678	4379	-18 000	212 057	-13 621
Bundesschatzanweisungen	98 232	4360	-	102 592	4360
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	14418	5 165	-1 504	18 079	3 661
sonstige Bundeswertpapiere	2 661	0	-31	2 631	-31
Schuldscheindarlehen	10 523	-	- 267	10 256	-267
sonstige Kredite und Buchschulden	4 471	-	-	4 471	-
Gliederung nach Restlaufzeiten					
bis1Jahr	170 913	-	-	160 133	-10 780
über 1 Jahr bis 4 Jahre	319 285	-	-	340 391	21 106
über 4 Jahre	608 440	-	-	582 702	-25 738
nachrichtlich:					
Verbindlichkeiten aus der Kapitalindexierung inflationsindexierter Bundeswertpapiere	4395	-	-	2 309	-2 085
Rücklagen gemäß Schlussfinanzierungsgesetz	4 450	-	-	2 3 1 6	-2 133

Kreditaufnahme des Bundes

Entwicklung des Umlaufvolumens an Bundeswertpapieren in Mio. €

	Schuldenstand: 31. März 2016	Kreditauf- nahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Schuldenstand: 30. April 2016	Schulden- stands- änderung (Saldo)
Gliederung nach Schuldenarten					
Haushaltsemissionen	1 083 644	19 389	-34 535	1 068 499	-15 145
Umlaufvolumen	1 123 040	18 016	-34 535	1 106 521	-16519
30-jährige Bundesanleihen	198 000	1 000	-	199 000	1 000
10-jährige Bundesanleihen	495 000	4000	-	499 000	4000
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	3 500	500	-	4 000	500
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	60 500	-	-15 000	45 500	-15 000
inflationsindexierte Obligationen des Bundes	15 000	-	-	15 000	0
Bundesobligationen	231 000	4000	-18 000	217 000	-14000
Bundesschatzanweisungen	102 000	4000	-	106 000	4000
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	15379	4516	-1 504	18 391	3 012
sonstige Bundeswertpapiere	2 661	0	-31	2 631	-31
Eigenbestände	-39 396	1 373	-	-38 022	1 3 7 3
Kassenemissionen – Umlaufvolumen – Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	6 182	-	-2 003	4179	-2 003
Bundeswertpapiere – Umlaufvolumen – Insgesamt	1 089 826	19 389	-36 538	1 072 678	-17 148

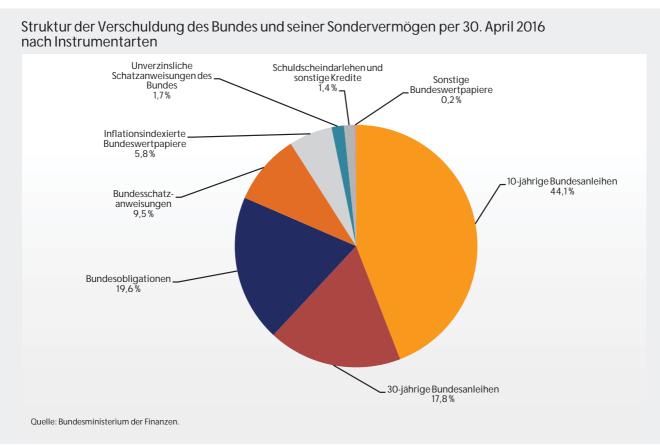
Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

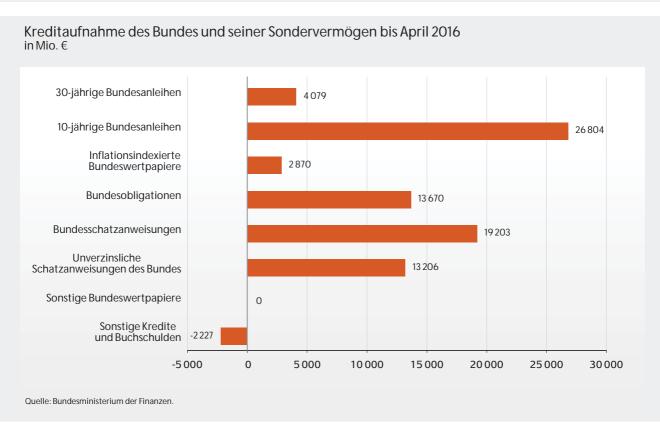
Eine detaillierte Übersicht über die durchgeführten Auktionen von Bundeswertpapieren¹ wird von der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH veröffentlicht. Sie veröffentlicht ebenfalls die für das Jahr 2016 geplanten Auktionen von Bundeswertpapieren.²

¹ http://www.deutsche-finanzagentur.de/de/ institutionelle-investoren/primaermarkt/ auktionsergebnisse/

² http://www.deutsche-finanzagentur.de/de/ institutionelle-investoren/primaermarkt/ emissionsplanung/

Kreditaufnahme des Bundes





Kreditaufnahme des Bundes

Schuldenstand des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez
		in Mrd. €										
30-jährige Bundesanleihen	189,9	190,8	191,9	193,1	-	-	-	-	-	-	-	-
10-jährige Bundesanleihen	466,6	470,7	474,2	477,6	-	-	-	-	-	-	-	-
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	75,4	75,9	76,5	62,4	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesobligationen	232,7	221,2	225,7	212,1	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	101,5	106,9	98,2	102,6	-	-	-	-	-	-	-	-
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	11,2	12,8	14,4	18,1	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Bundeswertpapiere	2,8	2,8	2,7	2,6	-	-	-	-	-	-	-	-
Schuldscheindarlehen	10,6	10,6	10,5	10,3	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Kredite und Buchschulden	6,6	6,6	4,5	4,5	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	1097,4	1098,3	1098,6	1083,2	-	-	-	-	-	-	-	-

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Bruttokreditbedarf des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
						i	in Mrd. €						
30-jährige Bundesanleihen	0,8	0,9	1,1	1,2	-	-	-	-	-	-	-	-	4,1
10-jährige Bundesanleihen	15,7	4,2	3,5	3,4	-	-	-	-	-	-	-	-	26,8
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	0,9	0,5	0,6	0,9	-	-	-	-	-	-	-	-	2,9
Bundesobligationen	0,4	4,4	4,5	4,4	-	-	-	-	-	-	-	-	13,7
Bundesschatzanweisungen	5,1	5,3	4,4	4,4	-	-	-	-	-	-	-	-	19,2
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	1,8	3,1	3,2	5,2	-	-	-	-	-	-	-	-	13,2
Sonstige Bundeswertpapiere	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	0,0
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Kredite und Buchschulden	-	-	-2,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-2,2
Insgesamt	24,7	18,4	15,0	19,4	-	-	-	-	-	-	-	-	77,6

 $Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen m\"{o}glich.$

Kreditaufnahme des Bundes

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
						i	in Mrd. €						
30-jährige Bundesanleihen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10-jährige Bundesanleihen	23,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	23,0
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	15,0
Bundesobligationen	-	16,0	-	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	34,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	1,5	1,5	1,5	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	6,0
Sonstige Bundeswert papiere	0,0	0,0	0,1	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	0,1
Schuldscheindarlehen	-	0,1	0,1	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-	0,4
Sonstige Kredite und Buchschulden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	24,5	17,6	14,7	34,8	-	-	-	-	-	-	-	-	91,6

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
							in Mrd. €						
Insgesamt	7,4	0,8	-0,7	0,8	-	-	-	-	-	-	-	-	8,4

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des informellen ECOFIN-Rates am 22. und 23. April 2016 in Amsterdam

In der Eurogruppe am 22. April 2016 standen die Lage in Griechenland, die Regelwerke der Mitgliedstaaten für Insolvenzen, die Anhörung der Vorsitzenden des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus sowie die Fiskalüberwachung auf der Tagesordnung.

Über den Stand der noch laufenden ersten Programmüberprüfung Griechenlands berichteten die Europäische Kommission, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Europäische Zentralbank (EZB) sowie Griechenland selbst. Die Institutionen sahen deutliche Fortschritte bei der Umsetzung der für den Abschluss der Überprüfung notwendigen Maßnahmen, insbesondere bei den Kernelementen Rentenreform, Einkommensteuerreform, Umgang mit notleidenden Krediten und Einrichtung des Privatisierungsfonds. Die Institutionen verwiesen aber auch auf Prognoseunsicherheiten: Es sei unsicher, ob die vereinbarten Maßnahmen ausreichten, um das im Memorandum of Understanding (MoU) vereinbarte Ziel für den Primärüberschuss 2018 zu erreichen. Hierzu hat die Eurogruppe auf Vorschlag des Eurogruppenvorsitzenden Jeroen Dijsselbloem den Ansatz eines Vorratspakets befürwortet, um die Erreichung der im MoU vorgesehenen Ziele abzusichern. Die Eurogruppe hat Griechenland aufgefordert, sich schnell mit den Institutionen auf ein Paket zum Abschluss der ersten Programmüberprüfung, einschließlich eines Vorratspakets, zu einigen.

Die Eurogruppe verständigte sich auf eine gemeinsame Stellungnahme zu Insolvenzregeln in den Mitgliedstaaten. Sie betonte die Bedeutung effektiver Insolvenzregeln für den Abbau hoher Privatverschuldung und notleidender Kredite und die daraus resultierende Rolle für die Bankenunion und

das Investitionsumfeld im Euroraum. Die Europäische Kommission wurde beauftragt, auf der Grundlage gemeinsamer Prinzipien für effektive Insolvenzregime eine bessere Datengrundlage zur Bewertung der nationalen Regelungen zu erarbeiten. Dies soll die Basis für ein Benchmarking von nationalen Reformen bilden. Die Eurogruppe wird sich im Herbst 2016 wieder mit dem Thema befassen.

Die Vorsitzende des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism - SSM) Danièle Nouy berichtete der Eurogruppe über die laufenden Arbeiten des SSM. Hintergrund waren der im März 2016 veröffentlichte Jahresbericht sowie die Ende März 2016 verabschiedeten Verordnungen zu den bestehenden Aufsichtswahlrechten.

Unter dem Tagesordnungspunkt "Verschiedenes" ging die Europäische Kommission kurz auf den aktuellen Stand der laufenden Fiskalüberwachung ein. Am 21. April 2016 hatte Eurostat die validierten Haushaltszahlen der Mitgliedstaaten für 2015 vorgelegt. Diese fielen insgesamt etwas positiver aus als noch in der Winterprognose erwartet. Auf Grundlage der Anfang Mai vorgelegten Frühjahrsprognose wird die Europäische Kommission entscheiden, wie sie die Einhaltung der Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch die Mitgliedstaaten bewertet und welche weiteren Schritte sie im Rahmen der Haushaltsüberwachung vorschlägt.

Das Treffen des ECOFIN fand im informellen Format statt. Daher wurden keine Beschlüsse gefasst. Stattdessen stand der grundsätzliche Gedankenaustausch im Vordergrund. Dabei nahmen zu einzelnen Punkten auch die Gouverneure der nationalen Notenbanken an den Gesprächen teil. Themen waren der

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

EU-Haushalt, die Bankenunion, die Reaktion auf die sogenannten "Panama Papers", nachhaltige Finanzen, der Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie der Kampf gegen den Mehrwertsteuerbetrug.

Der informelle ECOFIN begann mit einem Arbeitsmittagessen zum EU-Haushalt. Die Minister führten mit Blick auf die Ende des Jahres 2016 anstehende Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens eine allgemeine Aussprache insbesondere zur Frage, wie die Flexibilität innerhalb des mehrjährigen Finanzrahmens verbessert werden könnte. Die Bundesregierung sprach sich dafür aus, perspektivisch an einer neuen Schwerpunktsetzung für den EU-Haushalt zu arbeiten. Im Zentrum müssten Bereiche mit europäischem Mehrwert sowie eine konsequente Verzahnung mit den Zielen des Europäischen Semesters liegen. Die Bundesregierung unterstützte das vom Vorsitz formulierte Ziel, die Flexibilität innerhalb des Finanzrahmens auszuweiten.

Zur Bankenunion lag der Schwerpunkt der Diskussion bei der Frage der Möglichkeiten zum Abbau der bankenregulatorischen Privilegierung von Staatsanleihen mit dem Ziel des Abbaus der öffentlichen Risiken für die Bankbilanzen. Auch auf Ebene der Minister setzte sich das bereits in den vorbereitenden Gremien deutliche stark divergierende Meinungsbild fort. Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann sprach sich für deutliche Fortschritte in dem Bereich aus.

Zu den sogenannten "Panama Papers" bestand breites Einvernehmen, dass weiterer Handlungs- und Umsetzungsbedarf bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Geldwäsche bestehe. Alle 28 Finanzminister unterstützten die an die G20 übermittelten Vorschläge zum Austausch von Informationen über den wirtschaftlich Berechtigten von Rechtsträgern ("Beneficial-Ownership-Information").

Unter der Überschrift "Nachhaltige Finanzen" fand ein kurzer allgemeiner Austausch zu

Fragen der möglichen Auswirkungen des Klimawandels auf die Finanzmarktstabilität sowie die Investitionstätigkeit hin zu einer ökologischen, kohlenstoffarmen Wirtschaft statt.

Am zweiten Sitzungstag diskutierte der informelle ECOFIN den Stabilitäts- und Wachstumspakt. Kern der Diskussion war die Frage, wie Transparenz und Planbarkeit bei der Anwendung der gemeinsamen Regeln verbessert werden könnten. Die niederländische Präsidentschaft hatte sich auf Basis von Überlegungen der Europäischen Kommission für eine stärkere Berücksichtigung der Entwicklung von Ausgaben bei der Bewertung der Einhaltung der Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch die Mitgliedstaaten eingesetzt und erhielt hierfür viel Unterstützung. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble sprach sich dafür aus, den Fokus auf dem Schuldenabbau und dem strukturellen Defizit beizubehalten. Auch Ausgabenregeln hätten Schwachpunkte. Im Ergebnis wurde der Wirtschafts- und Finanzausschuss mandatiert, die künftige Rolle von Ausgabenregeln innerhalb des bestehenden Rahmens des Pakts weiter zu erörtern. Zudem sollen technische Arbeiten zu Fragen der besseren Berechnung des Produktionspotenzials aufgenommen werden. Darüber hinaus hielt der Vorsitz fest, dass die Kernherausforderung weiterhin die glaubwürdige Implementierung der bestehenden Regeln sei.

Vor dem Hintergrund des am 7. April 2016 vorgelegten Mehrwertsteuer-Aktionsplans der Europäischen Kommission diskutierte der informelle ECOFIN über Maßnahmen zum Kampf gegen den Mehrwertsteuer-Betrug. Der Vorsitz warb in diesem Zusammenhang für die Einführung eines sogenannten Transaction Network Analysis Tools (TNA-Tool) zur Bekämpfung des Karussellbetrugs. Bundesfinanzminister Dr. Schäuble unterstützte das Ziel des Vorsitzes, den Karussellbetrug effektiv zu bekämpfen, verwies jedoch auf die ausstehende Machbarkeitsstudie zum TNA-Tool, die vor Entscheidungen geprüft werden müsse.

Termine, Publikationen

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Sendai, Japan
Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
Deutsch-Chinesische Regierungskonsultationen in Peking
Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Luxemburg
Deutsch-Polnische Regierungskonsultationen in Berlin
Europäischer Rat in Brüssel
Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Chengdu, China

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2017 und des Finanzplans bis 2020

23. März 2016	Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan bis 2020
2 4. Mai 2016	Steuerschätzung in Essen
8. Juni 2016	Stabilitätsrat
6. Juli 2016	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan bis 2020
August 2016	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

Termine, Publikationen

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Juni 2016	Mai 2016	20. Juni 2016
Juli 2016	Juni 2016	21. Juli 2016
August 2016	Juli 2016	19. August 2016
September 2016	August 2016	22. September 2016
Oktober 2016	September 2016	21. Oktober 2016
November 2016	Oktober 2016	21. November 2016
Dezember 2016	November 2016	22. Dezember 2016

¹ Nach Special Data Dissemination Standard (SDDS) des IWF siehe http://dsbb.imf.org.

Publikationen des BMF

Das BMF hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

Flyer - Im Profil - Das Bundesministerium der Finanzen

Broschüre – Im Profil – Das Bundesministerium der Finanzen

Deutsches Stabilitätsprogramm 2016

Datensammlung zur Steuerpolitik

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2015

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721 Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Stellenausschreibungen

Stellenausschreibungen

IT-Sachbearbeiter	65
IT-Referentinnen/Referenten	67

Das Bundesministerium der Finanzen sucht kurzfristig für die Laufbahn des gehobenen Dienstes

IT-Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter

am Standort Berlin.

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat die IT-Fachaufsicht über das zum 1. Januar 2016 als zentraler IT-Dienstleister der Bundesverwaltung errichtete Informationstechnikzentrum Bund (ITZBund). Wir suchen engagierte und leistungsfähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die sich hieraus ergebenden vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben.

Aufgabenschwerpunkte

- Ausübung der IT-Fachaufsicht über das ITZBund, insbesondere in den Bereichen IT-Architektur, Applikations- und Releasemanagement, Servicelevelmanagement und IT-Betrieb
- Begleitung des Projekts zur Weiterentwicklung des ITZBund
- ITZBund-Produkt- und -Servicekatalog
- Kommunikation mit den Kunden des ITZBund
- Begleitung der IT-Konsolidierungsvorhaben der Ressorts
- Koordinierung des Anforderungsmanagements der Bundesfinanzverwaltung
- Service- und Produktportfoliomanagement sowie IT-Vorhabencontrolling der Bundesfinanzverwaltung
- Begleitung des Lenkungsausschusses strategischer IT-Großprojekte der Bundesfinanzverwaltung

Anforderungen

- Abgeschlossenes (Fach-)Hochschulstudium der Informatik, Wirtschaftsinformatik oder Verwaltungsinformatik (Bachelor) mindestens mit der Note "gut"
- In der Praxis bewährte und möglichst aktuelle Erfahrungen im Bereich der Informationstechnik (IT-Architekturen, Rechenzentrumsbetrieb, Softwareentwicklung, IT-Projekte)
- Möglichst Erfahrungen mit technischen und organisatorischen IT-Konsolidierungsprojekten
- Möglichst Kenntnisse im Bereich Informationstechnik der Bundesfinanzverwaltung (Rollen, Prozesse, fachliche Rahmenbedingungen) oder die Bereitschaft, sich diese Kenntnisse kurzfristig anzueignen

Stellenausschreibungen

- ITIL-Kenntnisse
- Gute Englischkenntnisse

Darüber hinaus besitzen Sie die Fähigkeit, sich schnell in neue und wechselnde Aufgabenstellungen einzuarbeiten und komplexe Sachverhalte systematisch zu bearbeiten. Insbesondere Eigeninitiative, Einsatzbereitschaft, Entscheidungs- und Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick und ausgeprägte Team- und Kommunikationsfähigkeit zeichnen Ihre Persönlichkeit aus.

Wir bieten Ihnen bei Erfüllung der beamtenrechtlichen Voraussetzungen die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe als Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor. Erfüllen Sie diese Voraussetzungen noch nicht, erfolgt Ihre Einstellung zunächst in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis nach den Bestimmungen des TVöD. Beamtinnen/Beamte aus anderen Verwaltungen werden in ihrem bisherigen Amt nach einer vorhergehenden circa sechsmonatigen Abordnung versetzt.

Sie erhalten eine Zulage für den Dienst in einer obersten Bundesbehörde ("Ministerialzulage"). Tarifbeschäftigte können darüber hinaus eine IT-Fachkräftezulage erhalten.

Das Bundesministerium der Finanzen fördert seine Beschäftigten durch qualifizierte Fortbildungen und bietet zahlreiche Instrumente zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Eine Teilzeitbeschäftigung ist grundsätzlich möglich. Wir gewährleisten die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern. Da wir bestrebt sind, den Frauenanteil zu erhöhen, sind wir an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung werden Frauen nach Maßgabe des Bundesgleichstellungsgesetzes und schwerbehinderte Menschen nach dem SGB IX bevorzugt berücksichtigt. Von schwerbehinderten Menschen wird ein Mindestmaß an körperlicher Eignung verlangt.

Ihre Bewerbung

Fühlen Sie sich angesprochen und erfüllen Sie die genannten Voraussetzungen? Dann freuen wir uns über Ihre Online-Bewerbung über www.interamt.de, Stellen-ID 329898, bis zum 25. Mai 2016.

Wir bitten, zusätzlich zum dort hinterlegten Bewerbungsbogen einen tabellarischen Lebenslauf, Kopien der Schulabgangs-, Prüfungs- und Beschäftigungszeugnisse sowie gegebenenfalls einen Nachweis über die Schwerbehinderung oder Gleichstellung beizufügen. Bei einem ausländischen Hochschulabschluss fügen Sie bitte auch den Nachweis der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (www.kmk.org/zab.html) über die Feststellung der Gleichwertigkeit des Studienabschlusses mit einem inländischen Hochschulabschluss bei.

- Zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte werden alle zur Verfügung gestellten Unterlagen nach Abschluss des Auswahlverfahrens gelöscht beziehungsweise vernichtet.
- Für Fragen bezüglich des Bewerbungsverfahrens steht Ihnen Frau Becker, Tel.: 03018 682 2948, E-Mail: stefanie.becker@bmf.bund.de, zur Verfügung.
- Weitere Informationen über das BMF und das Ministerium als attraktiven Arbeitgeber finden Sie auf unserer Homepage unter www.bundesfinanzministerium.de.

Stellenausschreibungen

Das Bundesministerium der Finanzen sucht kurzfristig für die Laufbahn des höheren Dienstes

IT-Referentinnen/Referenten

am Standort Berlin.

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) ist eines der größten Bundesministerien. Zu seinen Aufgaben gehört u. a. die IT-Fachaufsicht über das zum 1. Januar 2016 als zentraler IT-Dienstleister der Bundesverwaltung errichtete Informationstechnikzentrum Bund (ITZBund). Wir suchen engagierte und leistungsfähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die sich hieraus im BMF ergebenden vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben.

Aufgabenschwerpunkte

- Ausübung der IT-Fachaufsicht über das ITZBund, insbesondere in den Bereichen IT-Architektur,
 Applikations- und Releasemanagement, Servicelevelmanagement und IT-Betrieb
- Begleitung des Projekts zur Weiterentwicklung des ITZBund
- ITZBund-Produkt- und -Servicekatalog
- Kommunikation mit den Kunden des ITZBund
- Begleitung der IT-Konsolidierungsvorhaben der Ressorts
- Koordinierung des Anforderungsmanagements der Bundesfinanzverwaltung
- Begleitung des Service- und Produktportfoliomanagements sowie des IT-Vorhabencontrollings der Bundesfinanzverwaltung
- Besetzung des Lenkungsausschusses strategischer IT-Großprojekte der Bundesfinanzverwaltung

Anforderungen

- Abgeschlossenes (Fach-)Hochschulstudium der Informatik, Wirtschaftsinformatik oder Verwaltungsinformatik (Master oder Universitätsdiplom) mindestens mit der Note "gut"
- oder
- als Volljurist/in Abschluss eines juristischen Staatsexamens mindestens mit der Note "vollbefriedigend" und des anderen mindestens mit der Note "befriedigend"
- In der Praxis bewährte und möglichst aktuelle Erfahrungen im Bereich der Informationstechnik (IT-Architekturen, Rechenzentrumsbetrieb, Softwareentwicklung, IT-Projekte)
- Möglichst Erfahrungen mit technischen und organisatorischen IT-Konsolidierungsprojekten
- Möglichst Kenntnisse im Bereich Informationstechnik der Bundesfinanzverwaltung (Rollen, Prozesse, fachliche Rahmenbedingungen)
- ITIL-Kenntnisse

Stellenausschreibungen

Gute Englischkenntnisse

Darüber hinaus besitzen Sie die Fähigkeit, sich schnell in neue und wechselnde Aufgabenstellungen einzuarbeiten und komplexe Sachverhalte systematisch zu bearbeiten. Insbesondere Eigeninitiative, Einsatzbereitschaft, Entscheidungs- und Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick und Teamfähigkeit zeichnen Ihre Persönlichkeit aus.

Wir bieten Ihnen bei Erfüllung der beamtenrechtlichen Voraussetzungen die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe als Regierungsrätin/Regierungsrat (Besoldungsgruppe A 13). Erfüllen Sie diese Voraussetzungen noch nicht, erfolgt Ihre Einstellung zunächst in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis nach den Bestimmungen des TVöD (Entgeltgruppe 13). Beamtinnen/Beamte aus anderen Verwaltungen werden in ihrem bisherigen Amt (maximal Besoldungsgruppe A 14) nach einer vorhergehenden circa sechsmonatigen Abordnung versetzt.

Sie erhalten eine Zulage für den Dienst in einer obersten Bundesbehörde ("Ministerialzulage").

Das Bundesministerium der Finanzen fördert seine Beschäftigten durch qualifizierte Fortbildungen und bietet zahlreiche Instrumente zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Eine Teilzeitbeschäftigung ist grundsätzlich möglich. Wir gewährleisten die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern. Da wir bestrebt sind, den Frauenanteil zu erhöhen, sind wir an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung werden Frauen nach Maßgabe des Bundesgleichstellungsgesetzes und schwerbehinderte Menschen nach dem SGB IX bevorzugt berücksichtigt. Von schwerbehinderten Menschen wird ein Mindestmaß an körperlicher Eignung verlangt.

Ihre Bewerbung

Fühlen Sie sich angesprochen und erfüllen Sie die genannten Voraussetzungen? Dann freuen wir uns über Ihre Online-Bewerbung über www.interamt.de, Stellen-ID 328797, bis zum 25. Mai 2016.

Wir bitten, zusätzlich zum dort hinterlegten Bewerbungsbogen einen tabellarischen Lebenslauf, Kopien der Schulabgangs-, Prüfungs- und Beschäftigungszeugnisse sowie gegebenenfalls einen Nachweis über die Schwerbehinderung oder Gleichstellung beizufügen. Bei einem ausländischen Hochschulabschluss fügen Sie bitte auch den Nachweis der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (www.kmk.org/zab.html) über die Feststellung der Gleichwertigkeit des Studienabschlusses mit einem inländischen Hochschulabschluss bei.

Zur Bewerberauswahl ist in der 29. Kalenderwoche ein gestuftes Auswahlverfahren vorgesehen.

Zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte werden alle zur Verfügung gestellten Unterlagen nach Abschluss des Auswahlverfahrens gelöscht beziehungsweise vernichtet.

Für Fragen bezüglich des Bewerbungsverfahrens stehen Ihnen Frau Almstedt, Tel.: 03018 682 - 1325, und Herr Klekott, Tel.: 03018 682 - 1869, E-Mail: **Bewerbung@bmf.bund.de**, zur Verfügung.

Weitere Informationen über das BMF und das Ministerium als attraktiven Arbeitgeber finden Sie auf unserer Homepage unter www.bundesfinanzministerium.de.

□ Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Statistiken und Dokumentationen

Ube	rsichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	71
1	Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen	71
2	Gewährleistungen	
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	75
5	Bundeshaushalt 2011 bis 2016	78
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten	
	in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016	79
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Soll 2016	
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2016	
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
12	Entwicklung der Staatsquote	
13a	Schulden der öffentlichen Haushalte	
13b	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik	
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	99
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	100
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015	102
Übe	rsichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	103
Abb.	. 1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2015/2016	103
1	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage	
	des Bundes und der Länder bis März 2016	
2	Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2016	106

□ Statistiken und Dokumentationen

 $\ddot{\text{U}} bersichten \, und \, Grafiken \, zur \, finanzwirtschaftlichen \, Entwicklung$

Ges	amtwirts chaft liches Produktions potenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes	110
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	
2	Produktionspotenzial und -lücken	112
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts	
	zum preisbereinigten Potenzialwachstum	113
4	Bruttoinlandsprodukt	114
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
6	Kapitalstock und Investitionen	
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
8	Preise und Löhne	122
Ken	ınzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	124
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	124
2	Preisentwicklung	125
3	Außenwirtschaft	126
4	Einkommensverteilung	
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	129
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	130
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz	
	in ausgewählten Schwellenländern	131
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	132
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP,	
	Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	133
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner

Sondervermögen

in Mio. €

	Schuldenstand 31. Dezember 2015	Kreditauf- nahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Schuldenstand 30. April 2016	Schulden- stands- änderung (Saldo)
Haushaltskredite	1 097 175	77 606	-91 556	1 083 226	- 13 949
Gliederung nach Verwendung					
Bundeshaushalt	1 050 926	82 518	-90 753	1 042 691	-8 235
Finanzmarktstabilisierungsfonds	25 227	-2 665	- 519	22 044	-3 184
Investitions- und Tilgungsfonds	21 022	-2 246	-284	18 492	-2 530
Gliederung nach Schuldenarten					
Bundeswertpapiere	1 079 829	79 833	-91 163	1 068 499	-11 330
Bundesanleihen	662 891	30883	-23 000	670 774	7 883
30-jährige Bundesanleihen	189 048	4 079	-	193 127	4 0 7 9
10-jährige Bundesanleihen	473 843	26804	-23 000	477 647	3 804
inflationsindexierte Bundeswertpapiere	74 495	2870	-15 000	62 365	-12 130
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	2 906	800	-	3 706	800
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	57 036	2 008	-15 000	44 044	-12 992
inflationsindexierte Obligationen des Bundes	14553	62	-	14615	62
Bundesobligationen	232 387	13 670	-34 000	212 057	-20330
Bundesschatzanweisungen	96 389	19 203	-13 000	102 592	6 203
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	10887	13 206	-6014	18 079	7 192
sonstige Bundeswertpapiere	2 780	0	- 149	2 631	- 149
Schuldscheindarlehen	10 649	-	- 393	10 256	- 393
sonstige Kredite und Buchschulden	6 697	-2 227	-	4 471	-2 227
Gliederung nach Restlaufzeiten					
bis 1 Jahr	166 685	-	-	160 133	-6 552
über 1 Jahr bis 4 Jahre	327 184	-	-	340 391	13 207
über 4 Jahre	603 306	-	-	582 702	-20 604
nachrichtlich:					
Verbindlichkeiten aus der Kapitalindexierung inflationsindexierter Bundeswertpapiere	5 607	-	-	2 309	-3 297
Rücklagen gemäß Schlussfinanzierungsgesetz	4 450	-	-	2316	-2 133

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 31. März 2016	Belegung am 31. März 2015
		in Mrd. €	
Ausfuhren	160,0	132,4	133,5
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite	65,0	43,8	44,7
FZ-Vorhaben	25,7	13,3	10,3
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	158,0	103,2	103,7
Internationale Finanzierungsinstitutionen	66,0	56,8	56,8
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	10,0	8,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations – Haushalt Bund

				Central Governr	nent Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financi market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2016 De	ezember	-	-	-	-	-	-
No	ovember	-	-	-	-	-	-
Ol	ktober	-	-	-	-	-	-
Se	eptember	-	-	-	-	-	-
Αι	ugust	-	-	-	-	-	-
Ju	ıli	-	-	-	-	-	-
Ju	ıni	-	-	-	-	-	-
M	lai	-	-	-	-	-	-
Ap	pril	106 757	100 080	-6 676	-35 876	- 70	34 541
M	lärz	83 507	74 622	-8 883	-25 195	- 115	21 607
Fe	ebruar	61 282	42 815	-18 465	-37 291	- 141	24785
Ja	inuar	38 739	22 149	-16 589	-41 607	- 130	24889
2015 De	ezember	299 285	311 055	11 792	0	353	0
No	ovember	275 901	267 237	-8 617	-19916	200	11 500
OI	ktober	252 058	247 873	-4 144	-23 768	198	19 822
Se	eptember	228 888	226 166	-2 686	-14 053	188	11 555
Au	ugust	202 583	196915	-5 636	-12 976	191	7 5 3 1
Ju	ıli	180 764	174943	-5 794	-21 268	179	15 653
Ju		147 444	147 872	450	-4819	129	5 3 9 8
M	lai	124 549	113 481	-11 046	-17612	72	6 638
	pril	104 640	90 101	-14518	-34653	- 28	20 106
	lärz	81 483	68 011	-13 454	-28 180	- 105	14620
	ebruar	59 888	37 371	-22 506	-39 780	- 129	17 144
	inuar	38 092	19 565	-18 528	-28 905	- 126	10 252
	ezember	295 486	295 147	- 297	0	297	0
	ovember	273 755	252 401	-21 297	-18 391	118	-2 788
	ktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756
	eptember	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507
	ugust	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4579
Ju		184378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
	 ıni	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704
	lai	127 591	103 500	-24 066	-25 388	0	1 322
	pril	103 067	84896	-18 139	-28 185	-18	10 028
·	lärz	80 119	63 166	-16 936	-24 101	- 126	7 040
	ebruar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	- 178	5 179
	inuar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	- 161	18 534

 $\label{thm:continuous} \begin{tabular}{ll} \$

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations – Haushalt Bund

				Central Governr	nent Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2013	Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
	November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
	Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
	September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
	August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
	Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
	Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 3 6 7
	Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
	April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	- 58	13 213
	März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780
	Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	- 128	168
	Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222
2012	! Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
2012	November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
	Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
	September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
	August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
	Juli	184344	153 957	-30 335	-24804	122	-5 408
	Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16515
	Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
		108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298
	April	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406
	März Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254
		42 651	18 162	-24 484	-24357	- 123	- 250
2011	Januar Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
2011		273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
	November	250 645	214035	-36 555	-13 661	181	-22 712
	Oktober	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
	September	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
	August	185 285	150 535	-34 709	-4344	162	-30 202
	Juli	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
	Juni	129 439	102 355	-27 051	9300	94	-36 257
	Mai	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
	April	83 915	58 442	-25 449	-8 936	- 41	-16 554
	März	63 623	34 012	-25 449	-17 844	-41	-16 554
	Februar						
	Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden des Bundes und seiner Sondervemögen

		(Central Government [Debt	
		Schulden, Gliederu	ng nach Restlaufzeite	n	Gewährleistunger
		Tot	al debt		Gewanneistunger
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Schulden insgesamt	Debt guaranteed
	Short term	Medium term	Long term	Total debt	
		in Mi	o. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2016 Dezember	-	-	-	-	-
November	-	-	-	-	-
Oktober	-	-	-	-	-
September	-	-	-	-	-
August	-	-	-	-	-
Juli	-	-	-	-	-
Juni	-	-	-	-	-
Mai	-	-	-	-	-
April	160 133	340 391	582 702	1 083 226	-
März	170913	319 285	608 440	1 098 638	460
Februar	169774	329 687	598 791	1 098 251	-
Januar	168 222	341 169	588 023	1 097 414	-
2015 Dezember	166 685	327 184	603 306	1 097 175	470
November	168 065	336 257	602 786	1 107 108	-
Oktober	170 274	332 251	596 101	1 098 627	-
September	174816	330 669	599 875	1 105 360	461
August	181 894	340 017	589 117	1 111 028	-
Juli	185717	336 172	580 608	1 102 497	-
Juni	186398	332 244	594 255	1 112 897	469
Mai	184474	344 280	585 291	1 114 045	-
April	183316	340 068	575 739	1 099 123	-
März	170 054	353 776	582 063	1 105 892	464
Februar	173 942	362 357	574 994	1 111 293	-
Januar	175 646	358 395	582 244	1116284	-
2014 Dezember	174418	344 350	596 205	1 114 973	464
November	174 865	355 735	593 212	1 123 811	-
Oktober	179 904	352 355	584 644	1116904	-
September	179 650	348 783	587 261	1 115 694	459
August	182 193	360 447	576 780	1 119 419	-
Juli	184 184	356 339	569 683	1 110 206	-
Juni	188 514	350 756	582 619	1 121 888	452
Mai	187 882	363 376	572 633	1 123 891	-
April	189 874	358 460	561 374	1 109 708	-
März	192 454	344 362	581 505	1 118 321	449
Februar	195 998	355 633	571 956	1 123 587	-
Januar	182 989	351 395	577 490	1 111 874	-

 $\label{thm:continuous} \begin{tabular}{ll} \$

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt – Schulden Bund

		(Central Government I	Debt	
		Schulden, Gliederu	ng nach Restlaufzeite	en	0
		Tot	al debt		Gewährleistungen
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Schulden insgesamt	Debt guaranteed
	Short term	Medium term	Long term	Total debt	
		in Mi	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2013 Dezember	185 271	341 269	587 045	1 113 586	443
November	188 754	351 185	582 457	1 122 396	-
Oktober	189 757	347 773	569 078	1 106 607	-
September	189 278	345 590	573 190	1 108 058	470
August	193 020	356 381	562 007	1 111 409	-
Juli	194720	352 590	552 163	1 099 473	-
Juni	190 827	354337	561 762	1 106 926	474
Mai	190 923	365 209	551 931	1 108 063	-
April	185 788	361 159	541 621	1 088 568	-
März	196977	358 249	548 694	1 103 920	472
Februar	200 351	369 334	539 369	1 109 054	-
Januar	201 089	349 799	543 590	1 094 479	-
2012 Dezember	198 359	344 094	553 079	1 095 533	470
November	202 601	355 077	551 259	1 108 937	-
Oktober	201 414	349 798	537 404	1 088 616	-
September	201 576	345 126	542 966	1 089 668	508
August	208 360	355 924	529 662	1 093 945	-
Juli	208 104	352 283	520 825	1 081 212	-
Juni	212 946	347 436	530 779	1 091 161	459
Mai	214688	357 227	523 689	1 095 604	-
April	213 986	352 526	512 860	1 079 372	-
, März	202 748	342 881	534 056	1 079 685	454
Februar	206 070	356 415	523 881	1 086 365	-
Januar	207 850	336 560	530 200	1 074 610	-

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

		(Central Government I	Debt	
		Schulden, Gliederu	ng nach Restlaufzeite	en	Courabaloiotum monal
		Tot	al debt		Gewährleistungen ¹
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Schulden insgesamt	Debt guaranteed
	Short term	Medium term	Long term	Total debt	
		in Mi	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2011 Dezember	208 659	325 547	541 458	1 075 664	378
November	215 408	337 011	536 176	1 088 595	-
Oktober	219 396	331 770	525 205	1 076 371	-
September	225 341	328 198	533 879	1 087 418	376
August	223 570	344 093	524 129	1 091 792	-
Juli	224983	338 696	517939	1 081 618	-
Juni	222 841	340 497	528 153	1 091 490	361
Mai	218 689	353 569	523 092	1 095 350	-
April	220 829	347 235	512 372	1 080 436	-
März	225 835	339 414	515 722	1 080 971	348
Februar	221 904	353 140	504 297	1 079 342	-
Januar	226 030	330 826	512 329	1 069 186	-

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2011 bis 2016 Gesamtübersicht

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
			Mrd	d. €		
1. Ausgaben	296,2	306,8	307,8	295,5	299,3	316,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 2,4	+3,6	+0,3	- 4,0	+1,3	+ 5,9
2. Einnahmen ¹	278,5	284,0	285,5	295,1	311,1	310,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+7,4	+2,0	+0,5	+3,4	+5,4	- 0,2
darunter:						
Steuereinnahmen	248,1	256,1	259,8	270,8	281,7	288,
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+9,7	+3,2	+1,5	+4,2	+4,0	+2,3
3. Finanzierungssaldo	-17,7	-22,8	-22,4	-0,3	11,9	-6,4
in % der Ausgaben	6,0	7,4	7,3	0,1	4,0	2,0
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme² (-)	274,2	245,2	238,6	201,8	170,2	210,1
5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	3,1	9,9	7,9	-1,5	-18,5	13,9
6. Tilgungen (+)	260,0	232,6	224,4	200,3	188,7	196,2
7. Entnahme aus Rücklagen	-	-	-	-	-	-6,
8. Zuführung aus Rücklagen	-	-	-	-	12,1	
7. Nettokreditaufnahme	17,3	22,5	22,1	0,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
nachrichtlich:						
investive Ausgaben	25,4	36,3	33,5	29,3	29,6	31,
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 2,7	+43,0	-7,8	-12,6	+0,9	+6,5
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,2	0,6	0,7	2,5	2,5	2,!

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: Januar 2016.

¹ Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

² Nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Ausgabeart			Ist			Soll
			in Mi	0.€		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 856	28 046	28 575	29 209	29 907	30 989
Aktivitätsbezüge	20 702	20 619	20 938	21 280	21 695	22 562
ziviler Bereich	9 2 7 4	9 2 8 9	9 599	9 997	10395	11 594
militärischer Bereich	11 428	11 331	11 339	11 283	11 300	10 968
Versorgung	7 154	7 427	7 637	7 9 2 8	8 212	8 427
ziviler Bereich	2 472	2 538	2 619	2 699	2 765	2 831
militärischer Bereich	4 682	4889	5 018	5 2 2 9	5 447	5 596
Laufender Sachaufwand	21 946	23 703	23 152	23 174	24 305	26 202
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 545	1 384	1 453	1 352	1 462	1 493
militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 137	10 287	8 550	8 8 1 4	9 055	10 186
sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	12 033	13 148	13 008	13 788	14523
Zinsausgaben	32 800	30 487	31 302	25 916	21 066	23 772
an andere Bereiche	32 800	30 487	31 302	25 916	21 066	23 772
sonstige	32 800	30 487	31 302	25 916	21 066	23 772
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	32 759	30 446	31 261	25 874	21 024	23 730
an Ausland	- 0	-	-	0	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 554	187 734	190 781	187 308	193 751	204 322
an Verwaltungen	15 930	17 090	27 273	21 108	24064	24 285
Länder	10 642	11 529	13 435	14 133	16154	17 137
Gemeinden	12	8	8	5	19	6
Sondervermögen	5 2 7 6	5 552	13 829	6 9 6 9	7 890	7 143
Zweckverbände	1	1	0	0	0	0
an andere Bereiche	171 624	170 644	163 508	166 200	169 687	180 036
Unternehmen	23 882	24225	25 024	25 517	25 616	28 296
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	26 718	26307	27 055	28 029	28 903	29 609
an Sozialversicherung	115 398	113 424	103 693	104719	107 334	111 824
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 665	1 668	1 656	1 889	1 936	2 575
an Ausland	3 958	5017	6 075	6 043	5 894	7 730
an Sonstige	2	2	5	5	4	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	270 156	269 971	273 811	265 607	269 028	285 285

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Ausgabeart			Ist			Soll
			in Mi	o. €		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 175	7 760	7 895	7 865	7 684	9 264
Baumaßnahmen	5814	6 1 4 7	6 2 6 4	6 4 1 9	6 141	7 137
Erwerb von beweglichen Sachen	869	983	1 020	983	1186	1 491
Grunderwerb	492	629	611	463	357	636
Vermögensübertragungen	15 284	16 005	15 327	16 575	21 219	20 639
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14589	15 524	14772	15 971	20 516	19 919
an Verwaltungen	5 243	5 789	4924	4854	8 779	6128
Länder	5 178	5 152	4873	4786	5 213	5 790
Gemeinden und Gemeindeverbände	65	56	52	68	66	107
Sondervermögen		581	-	0	3 500	231
an andere Bereiche	9 346	9 735	9848	11 118	11 737	13 792
sonstige - Inland	6 0 6 0	6 2 3 4	6 3 9 3	5886	6 625	8 114
Ausland	3 287	3 501	3 455	5 232	5 112	5 678
sonstige Vermögensübertragungen	695	480	555	604	703	719
an andere Bereiche	695	480	555	604	703	719
Unternehmen - Inland	260	4	7	5	0	30
sonstige - Inland	123	129	141	135	131	132
Ausland	311	348	406	464	572	557
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 613	13 040	10 810	5 439	1 353	2 301
Darlehensgewährung	2 825	2 736	2 032	1 024	983	1 848
an Verwaltungen	1	1	0	0	0	1
Länder	1	1	0	0	0	1
an andere Bereiche	2 825	2 735	2 032	1 023	983	1 847
sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 115	1 070	597	793	708	1 597
Ausland	1710	1 666	1 435	230	274	250
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	10304	8 778	4416	370	453
Inland	0	0	91	72	370	113
Ausland	788	10304	8 687	4343	0	340
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 072	36 804	34 032	29 879	30 257	32 203
darunter: Investive Ausgaben	25 378	36 324	33 477	29 275	29 553	31 484
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	0	- 588
Ausgaben zusammen	296 228	306 775	307 843	295 486	299 285	316 900

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2016

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüsse		
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €							
0	Allgemeine Dienste	71 572	64 884	27 369	20 458	0	17 057		
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	15 172	14682	4 157	1 938	0	8 588		
02	auswärtige Angelegenheiten	12 348	7 126	573	267	0	6 2 8 5		
03	Verteidigung	33 966	33 740	16 564	15 878	0	1 298		
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	5 126	4586	2 764	1 480	0	342		
05	Rechtsschutz	515	498	308	122	0	67		
06	Finanzverwaltung	4 445	4 253	3 003	773	0	476		
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	21 961	18 265	549	1 221	0	16 494		
13	Hochschulen	5 401	4384	12	10	0	4362		
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 648	3 634	0	182	0	3 452		
15	sonstiges Bildungswesen	365	271	12	75	0	184		
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	11 689	9 352	524	941	0	7 887		
19	übrige Bereiche aus 1	858	623	1	13	0	609		
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	161 485	160 492	395	488	0	159 609		
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	106 888	106 888	39	0	0	106 849		
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	8 374	8 374	0	0	0	8 3 7 4		
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 139	1 577	0	4	0	1 572		
25	Arbeitsmarktpolitik	34 676	34 563	1	82	0	34 479		
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	424	421	0	28	0	393		
29	übrige Bereiche aus 2	8 985	8 671	355	374	0	7 942		
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 312	1 413	389	651	0	374		
31	Gesundheitswesen	620	581	222	254	0	105		
32	Sport und Erholung	210	154	0	22	0	132		
33	Umwelt- und Naturschutz	877	488	100	313	0	76		
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	604	190	67	62	0	62		
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 502	546	0	20	0	527		
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 809	535	0	9	0	527		
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	690	11	0	11	0	0		
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	3	0	0	0	0	0		
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 066	573	15	242	0	317		
52	Landwirtschaft und Ernährung	1 041	549	0	234	0	314		
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	129	129	0	103	0	26		
529	übrige Bereiche aus 52	912	420	0	131	0	289		
599	übrige Bereiche aus 5	26	24	15	8	0	2		

 $\ddot{\textbf{U}} \textbf{bersichten} \, \textbf{zur} \, \textbf{finanzwirtschaftlichen} \, \textbf{Entwicklung}$

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2016

5 1		Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	4.004	4.500	in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	1 394	4 703	590	6 688	6 669
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	396	95	0	490	490
02	auswärtige Angelegenheiten	151	4 481	590	5 222	5 221
03	Verteidigung	181	44	0	226	208
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	458	83	0	541	541
05	Rechtsschutz	17	0	0	17	17
06	Finanzverwaltung	192	0	0	192	192
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	117	3 580	0	3 696	3 696
13	Hochschulen	1	1015	0	1016	1 016
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	0	14	0	14	14
15	sonstiges Bildungswesen	0	94	0	94	94
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	114	2 2 2 2 3	0	2 3 3 7	2 337
19	übrige Bereiche aus 1	1	235	0	235	235
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	75	910	7	992	322
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	0	0	0	0	0
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	560	1	562	5
25	Arbeitsmarktpolitik	0	113	0	113	0
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	3	0	3	3
29	übrige Bereiche aus 2	74	234	7	314	314
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	442	456	0	898	898
31	Gesundheitswesen	32	7	0	39	39
32	Sport und Erholung	0	56	0	56	56
33	Umwelt- und Naturschutz	6	383	0	389	389
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	10	0	414	414
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	0	1 951	4	1 955	1 955
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	0	1 2 6 9	4	1 273	1 273
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	0	679	0	679	679
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	0	3	0	3	3
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1	492	1	493	493
52	Landwirtschaft und Ernährung	0	491	1	492	492
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
529	übrige Bereiche aus 52	0	491	1	492	492
599	übrige Bereiche aus 5	1	1	0	1	1

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2016

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion Ausgabengruppe				ii	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 870	2 779	101	457	0	2 222
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	125	0	0	0	0	0
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 707	1 666	0	0	0	1 666
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	603	493	0	56	0	437
65	Handel und Tourismus	369	369	0	304	0	66
66	Geld- und Versicherungswesen	40	10	0	10	0	0
68	sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 513	93	0	40	0	52
69	regionale Fördermaßnahmen	1 389	28	0	27	0	1
699	übrige Bereiche aus 6	124	121	101	20	0	0
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	18 881	4 530	1 106	2 267	0	1 156
72	Straßen	8 786	1 181	0	1 008	0	173
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 587	560	102	386	0	72
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	5 3 4 9	82	0	4	0	78
75	Luftfahrt	517	231	69	23	0	140
799	übrige Bereiche aus 7	2 642	2 476	936	846	0	694
8	Finanzwirtschaft	31 252	31 802	1 065	398	23 772	6 566
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 853	5 853	0	0	0	5 853
82	Steuern und Finanzzuweisungen	751	713	0	0	0	713
83	Schulden	23 780	23 780	0	8	23 772	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	565	565	565	0	0	0
88	Globalposten	-88	500	500	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	391	391	0	390	0	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	316 900	285 285	30 989	26 202	23 772	204 322

 $\ddot{\textbf{U}} \textbf{bersichten} \, \textbf{zur} \, \textbf{finanzwirtschaftlichen} \, \textbf{Entwicklung}$

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2016

		Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3	1 673	1 415	3 091	3 061
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	0	125	0	125	125
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	0	41	0	41	41
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	0	111	0	111	111
65	Handel und Tourismus	0	0	0	0	0
66	Geld- und Versicherungswesen	0	30	0	30	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	0	5	1 415	1 420	1 420
69	regionale Fördermaßnahmen	0	1 361	0	1 3 6 1	1361
699	übrige Bereiche aus 6	3	0	0	3	3
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7 232	6 835	284	14 351	14 351
72	Straßen	6 1 6 5	1 441	0	7 606	7 606
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 026	1	0	1 027	1 027
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	0	5 2 6 7	0	5 2 6 7	5 2 6 7
75	Luftfahrt	1	0	284	285	285
799	übrige Bereiche aus 7	41	125	0	166	166
8	Finanzwirtschaft	0	38	0	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	0	0	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen	0	38	0	38	38
83	Schulden	0	0	0	0	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	0	0	0	0	0
88	Globalposten	0	0	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	0	0	0	0	0
Summe a	ller Hauptfunktionen	9 264	20 639	2 301	32 203	31 484

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2016 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

	F1 1 11	1000	1075	1000	1005	1000	1005	2000	2005
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980 Ist-Erge	1985 hnisse	1990	1995	2000	2005
I. Gesamtübersicht				ist-Lige	D11133C				
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259
Veränderung gegenüber Vorjahr	WII G. 6	+8,6	+ 12,7	+37,5	+2,1		- 1,4	- 1,0	+3
Einnahmen	Mrd. €	42,6	63,3	96,2	119,8	+0,0	211,7	220,5	228
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	-0,1	+7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	-31
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	-31
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	- 27,1	-0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0
Rücklagenbewegung	Mrd. €	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	0,0	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	- 1
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15
Zinsausgaben	Mrd. €	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+ 5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+3
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58
öffentlichen Gesamthaushalts ¹	/0	33,1	33,3	47,0	32,3	0,0	30,7	31,3	
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+6
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	ç
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34
Steuereinnahmen ²	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	- 3,4	+3,3	+1
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83
Anteil am gesamten Steueraufkommen ¹	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31
Anteil an den Bundesausgaben	WII G. C	0,0	19,1	12,6	8,7	23,3	10,8	9,7	12
Anteil an den investiven Ausgaben des									
Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	131
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59
nachrichtlich: Schuldenstand ⁴									
öffentliche Haushalte ³	Mrd. €	61,9	129,2	236,6	386,8	536,2	1 009,3	1 198,1	1 447
darunter: Bund	Mrd.€	30,1	58,1	119,2	203,8	306,2	657,1	773,9	888

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2016 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Cogonetand dor Nochweigung	Einheit	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gegenstand der Nachweisung				lst-Erge	bnisse				Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd. €	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	299,3	316,9
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+3,5	+3,9	-2,4	+3,6	+0,3	- 4,0	+1,3	+5,9
Einnahmen	Mrd.€	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	311,1	310,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 4,7	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5	+3,4	+5,4	- 0,2
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 22,3	- 0,3	-0,4	- 6,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-34,1	- 44,0	- 17,3	-22,5	- 22,1	0,0	0,0	0,0
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,3
Rücklagenbewegung	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	12,1	- 6,1
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-		-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	29,2	29,9	31,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+3,4	+0,9	- 1,2	+0,7	+1,9	+2,2	+2,4	+3,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,9	10,0	9,8
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	14,9	14,8	13,1	12,9	12,7	12,4	12,3	12,7
Zinsausgaben	Mrd. €	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	21,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 7,1	+2,7	- 17,2	- 18,7	+12,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	7,0	7,5
Anteil an den Zinsausgaben des	%	61,2	57,4	42,4	44,8	47,6	46,5	42,5	48,0
öffentlichen Gesamthaushalts ¹				·				·	
Investive Ausgaben	Mrd. €	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	29,6	31,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+11,5	-3,8	-2,7	+43,1	-7,8	-12,6	+0,9	+ 6,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	9,9	9,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	27,8	34,2	27,8	40,7	38,3	33,6	35,1	37,4
Steuereinnahmen ²	Mrd. €	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	281,7	288,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 4,8	- 0,7	+9,7	+3,2	+1,5	+4,2	+4,0	+2,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	94,1	90,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	91,7	90,6	92,8
Anteil am gesamten	%	43,5	42,6	43,3	42.7	41,9	42,1	41,8	42,8
Steueraufkommen ³						·		·	
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	0,0	0,0	0,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	0,0	0,0	0,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	0,0	0,0	0,0
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	- 38,0	- 55,9	- 67,0	- 83,4	- 169,9	0,0	0,0	0,0
öffentlichen Gesamthaushalts ¹	70	30,0	33,3	01,0	05,4	105,5	0,0	0,0	
nachrichtlich: Schuldenstand ⁴									
öffentliche Haushalte ³	Mrd. €	1 642,3	2011,7	2 025,4	2 068,3	2 043,3	2 049,2	-	-
darunter: Bund	Mrd. €	1 032,6	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 282,7	1 289,7	-	-

 $^{^1}S tand: November\ 2015;\ 2015/2016 = Sch\"{a}tzung.\ \"{O}ffentlicher\ Gesamthaushalt\ einschließlich\ Kassenkredite.$

 $^{^2} Nach \, Abzug \, der \, Ergänzungszuweisungen \, an \, L\"{a}nder.$

³Ab 1991 Gesamtdeutschland.

⁴Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite; Quelle: Statistisches Bundesamt; Stand: September 2015.

 $\label{thm:continuous} \begin{tabular}{ll} \$

Tabelle 9: E	Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts
--------------	--

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	716,5	717,4	772,3	774,7	780,4	792,5	805,1
Einnahmen	626,5	638,8	746,4	747,7	767,3	795,6	833,4
Finanzierungssaldo	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0	1,8	28,4
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	299,3
Einnahmen	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	311,1
Finanzierungssaldo	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3	11,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	62,4	49,8	75,4	64,5	69,3	69,9	70,5
Einnahmen	41,7	43,0	80,6	65,1	77,8	72,5	79,8
Finanzierungssaldo	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5	2,7	9,2
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	338,5	340,9	357,0	354,0	351,3	346,5	344,2
Einnahmen	283,3	289,7	344,5	331,7	337,4	348,8	365,2
Finanzierungssaldo	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9	2,4	21,0
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7	319,4	333,2
Einnahmen	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8	318,9	333,9
Finanzierungssaldo	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9	-0,4	0,7
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,0	0,0	48,4	44,2	46,3	48,1	50,8
Einnahmen	0,0	0,0	48,0	44,8	48,0	50,0	54,4
Finanzierungssaldo	0,0	0,0	-0,4	0,6	1,7	0,4	3,6
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5	341,3	355,2
Einnahmen	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2	342,8	359,4
Finanzierungssaldo	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2	0,1	4,2
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6	205,1	215,2
Einnahmen	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3	205,3	218,2
Finanzierungssaldo	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7	0,2	3,1
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,9	5,1	16,4	17,1	11,4	17,6	20,7
Einnahmen	4,7	4,9	15,3	16,2	10,7	16,7	21,0
Finanzierungssaldo	-0,3	-0,2	-1,1	-1,8	-0,6	-0,9	0,3
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	180,9	185,0	196,9	200,5	204,7	217,6	227,7
Einnahmen	173,1	177,9	194,8	202,3	205,8	217,0	230,8
Finanzierungssaldo	-7,7	-7,0	-2,1	0,8	1,1	-0,7	3,1

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
			Veränderun	gen gegenübe	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	5,5	0,1	7,7	0,3	0,7	1,6	1,6
Einnahmen	-6,3	2,0	16,8	0,2	2,6	3,7	4,8
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0	1,3
Einnahmen	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4	5,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	34,9	-20,2	51,4	-14,4	7,5	0,8	0,9
Einnahmen	3,0	3,2	87,5	-19,3	19,5	-6,8	10,0
Bund insgesamt							
Ausgaben	6,7	0,7	4,7	-0,8	-0,8	-1,4	-0,7
Einnahmen	-5,5	2,3	18,9	-3,7	1,7	3,4	4,7
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2	3,5	4,3
Einnahmen	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5	4,0	4,7
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,0	0,0	0,0	-8,7	4,7	3,9	5,6
Einnahmen	0,0	0,0	0,0	-6,7	7,0	4,2	8,8
Länder insgesamt							
Ausgaben	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5	3,6	4,1
Einnahmen	-5,8	2,6	15,8	2,2	4,3	4,1	4,8
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4	4,8	4,9
Einnahmen	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8	4,1	6,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	5,1	2,8	224,7	3,9	-33,4	55,0	17,5
Einnahmen	-1,1	4,8	213,1	6,1	-33,9	55,6	25,6
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	6,1	2,3	6,4	1,8	2,1	6,3	4,6
Einnahmen	-3,2	2,8	9,5	3,8	1,7	5,4	6,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $Bis\,2010\,sind\,als\,Extra haushalte\,ausge w\"{a}hlte\,Sonderverm\"{o}gen\,der\,jeweiligen\,Ebene\,ausge wiesen.$

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung") finanzstatistisch dargestellt.

¹Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: April 2016.

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen		
			dav	von.	
	insgesamt	Direkte Steuern			Indirekte Steuern
			Indirekte Steuern	Direkte Steuern	
Jahr	01:11	in Mrd. €		in	%
			nach dem Stand bis zum		
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepubli	ik Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steueraut	fkommen		
	incaccomt		dav	on on	
	insgesamt	Direkte Steuern Indirekte Steuern		Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepubli	k Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014	643,6	335,8	307,8	52,2	47,8
2015 ²	671,7	353,7	317,9	52,7	47,3
2016 ²	686,2	357,9	328,3	52,2	47,8
2017 ²	717,6	381,0	336,6	53,1	46,9
2018 ²	744,6	400,0	344,6	53,7	46,3
2019 ²	769,5	416,7	352,8	54,1	45,9
2020 ²	795,6	434,3	361,3	54,6	45,4

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30. September 1956) und für Körperschaften (31. Dezember 1957); Baulandsteuer (31. Dezember 1962); Wertpapiersteuer (31. Dezember 1964); Süßstoffsteuer (31. Dezember 1965); Beförderungsteuer (31. Dezember 1967); Speiseeissteuer (31. Dezember 1971); Kreditgewinnabgabe (31. Dezember 1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974) und zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Vermögensabgabe (31. März 1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Kuponsteuer (31. Juli 1984); Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Solidaritätszuschlag (30. Juni 1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992); Vermögensteuer (31. Dezember 1996); Gewerbe(kapital)steuer (31. Dezember 1997).

Stand: November 2015.

² Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen (Gesamtrechnungen ²	Abgre	enzung der Finanzsta	atistik ³		
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote		
Jahr			in Relation z	zum BIP in %				
1960	33,4	23,0	10,3					
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0		
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7		
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4		
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9		
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4		
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9		
1991	38,3	22,0	16,3	36,9	21,4	15,5		
1992	39,1	22,4	16,7	38,1	22,1	16,0		
1993	39,5	22,3	17,2	38,4	21,9	16,4		
1994	40,1	22,4	17,7	38,7	21,9	16,8		
1995	40,1	22,0	18,1	39,1	21,9	17,2		
1996	40,5	21,8	18,7	38,9	21,2	17,6		
1997	40,4	21,5	19,0	38,4	20,7	17,7		
1998	40,6	21,9	18,7	38,5	21,1	17,4		
1999	41,4	22,9	18,5	39,1	21,9	17,2		
2000	41,2	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9		
2001	39,3	21,4	17,8	37,1	20,5	16,6		
2002	38,8	21,0	17,8	36,7	20,0	16,7		
2003	39,1	21,1	18,0	36,7	19,9	16,8		
2004	38,2	20,6	17,6	36,0	19,5	16,5		
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,6	16,2		
2006	38,5	21,6	16,9	36,8	20,4	16,4		
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9		
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9		
2009	39,3	22,4	16,9	37,0	21,3	15,7		
2010	37,9	21,4	16,5	35,8	20,6	15,3		
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,1		
2012	39,0	22,5	16,5	37,1	21,8	15,3		
2013	39,1	22,6	16,5	37,3	22,0	15,3		
2014	39,2	22,6	16,5	37,4	22,1	15,4		
2015	39,4	22,8	16,6	37,7	22,3	15,4		

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). 2012 bis 2015: vorläufiges Ergebnis; Stand: April 2016.

³ Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 bis 2015: teilweise Kassenergebnisse.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1, 2}

		Ausgaben des Staates	
		darunte	er
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,4	28,8	17,5
1992	47,2	28,5	18,7
1993	48,0	28,6	19,4
1994	47,9	28,4	19,5
1995 ⁴	48,2	28,2	20,0
1995	54,7	34,6	20,0
1996	48,9	28,1	20,9
1997	48,1	27,4	20,7
1998	47,7	27,2	20,5
1999	47,7	27,1	20,6
2000 ⁵	44,7	24,2	20,5
2000	45,1	23,9	21,2
2001	46,9	26,3	20,6
2002	47,3	26,3	21,0
2003	47,8	26,5	21,3
2004	46,3	25,8	20,6
2005	46,2	26,0	20,2
2006	44,7	25,4	19,3
2007	42,8	24,4	18,4
2008	43,6	25,2	18,4
2009	47,6	27,2	20,3
2010	47,3	27,6	19,6
2011	44,7	25,9	18,8
2012	44,4	25,7	18,7
2013	44,5	25,6	18,9
2014	44,3	25,3	19,0
2015	43,9	25,0	18,9

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
2012 bis 2015: vorläufiges Ergebnis; Stand: April 2016.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der VGR wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i.w.S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 54
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel i.w.S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 340
Kreditmarktmittel i.w.S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte		-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel i.w.S.		-		986	1 124	1 325	20 82
Kassenkredite		-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel i.w.S.	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 380
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel i.w.S.	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 405 772	1 475 533	1 546 432	1 594 317	1 604 096	1 671 058	1 788 778
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357		-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse		-		16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin		-		-		8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds		_	_	_		_	7 49

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-		-	56
Kernhaushalte		-	-	-		-	53
Kreditmarktmittel i.w.S.		-	-	-		-	53
Kassenkredite		-	-	-	-	-	
Extrahaushalte		-	-	-	-	-	3
Kreditmarktmittel i.w.S.		-	-	-	-	-	3
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
			Anteila	an den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6
gesetzliche Sozialversicherung		-	-	-	-	-	0
nachrichtlich:							0
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	61,2	63,0	64,8	64,6	61,8	61,6	68
Bund	37,2	38,3	39,3	39,7	38,1	38,5	42
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,4	37,4	37,5	40
Extrahaushalte	2,6	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21
Gemeinden	4,8	4,9	5,0	4,7	4,4	4,2	4
gesetziche Sozialversicherung		-	-	-	-	-	0
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	23,9	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26
Maastricht-Schuldenstand	62,9	64,7	66,9	66,3	63,5	64,9	72
			Schu	ılden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 69
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2220,1	2270,6	2300,9	2393,3	2513,2	2561,7	2460
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86

¹Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte Neue Systematik ¹

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		in Mio. €				
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	2 011 677	2 025 438	2 068 289	2 043 344	2 049 171	
in Relation zum BIP in %	78,0	74,9	75,1	72,4	70,3	
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 282 683	1 289 697	
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 262 675	1 269 604	
Kassenkredite	16 256	7313	14338	20 008	20 093	
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 091 201	1 092 590	
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214635	191 482	197 108	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224	12 576	
Soffin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24328	25 524	
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194	19870	
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732	136 125	
sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	3	2 856	
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624915	619 477	
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948	611 894	
Kassenkredite	4930	3 748	6304	3 967	7 583	
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375	547 166	
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 540	72 311	
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 116	139 436	
Wertpapierschulden und Kredite	84363	85 613	87 758	87 733	91 405	
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383	48 031	
Kernhaushalte	115 253	121 092	126331	125 903	127518	
Zweckverbände³ und sonstige Extrahaushalte	8 3 1 5	8 542	8 846	9 2 1 3	11918	
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631	561	
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661	625	561	
Kassenkredite	0	58	4	6	-	
Kernhaushalte	506	735	627	598	541	
Extrahaushalte ⁴	32	88	38	33	20	
Schulden insgesamt (€)						
je Einwohner	24 607	25 244	25 725	25 356	25 322	
Maastricht-Schuldenstand	2 089 946	2 116 832	2 193 258	2 177 830	2 177 735	2 152 943
in Relation zum BIP in %	81,0	78,3	79,6	77,2	74,7	71,2
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 580	2 703	2 755	2 821	2916	3 026
Einwohner 30.06.	81 750 716	80 233 104	80 399 253	80 585 684	80 925 031	81 458 978

 $^{^{1}} Aufgrund\ methodischer\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank, Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen.

 $^{^2} Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$

³ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $^{^4}$ Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtsch	aftlichen Gesan	ntrechungen²		Abgrenzung d	er Finanzstatistik
Jahr	Staat	Gebietskörpers chaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher G	Gesamthaushalt ³
		in Mrd. €		ir	Relation zum BIP ir	1 %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-50,0	-60,9	10,9	-3,2	-3,9	0,7	-62,8	-4,0
1992	-44,0	-42,0	-2,0	-2,6	-2,5	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-53,9	-56,5	2,6	-3,1	-3,2	0,1	-70,5	-4,0
1994	-45,9	-47,3	1,5	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,2
1995	-179,0	-171,2	-7,8	-9,4	-9,0	-0,4	-	-
1995 ⁴	-59,4	-51,6	-7,8	-3,1	-2,7	-0,4	-55,9	-2,9
1996	-68,2	-60,9	-7,4	-3,5	-3,2	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-57,9	-58,2	0,2	-2,9	-3,0	0,0	-48,1	-2,4
1998	-51,1	-52,3	1,2	-2,5	-2,6	0,1	-28,8	-1,4
1999	-35,1	-38,9	3,9	-1,7	-1,9	0,2	-26,9	-1,3
2000	18,2	-27,4	-1,3	0,9	0,9	-0,1	-	-
2000 ⁵	-32,6	-31,3	-1,3	-1,5	-1,5	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-67,8	-62,5	-5,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-87,1	-79,9	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-92,7	-85,4	-7,3	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-84,9	-83,8	-1,1	-3,7	-3,7	0,0	-65,5	-2,9
2005	-78,6	-73,5	-5,1	-3,4	-3,2	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-41,2	-45,5	4,3	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,7
2007	4,7	-5,5	10,2	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-4,5	-11,0	6,4	-0,2	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-79,6	-65,2	-14,4	-3,2	-2,6	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-108,9	-112,7	3,8	-4,2	-4,4	0,1	-78,7	-3,1
2011	-25,9	-41,2	15,3	-1,0	-1,5	0,6	-25,9	-1,0
2012	-2,7	-21,0	18,3	-0,1	-0,8	0,7	-27,0	-1,0
2013	-3,8	-9,2	5,3	-0,1	-0,3	0,2	-13,0	-0,5
2014	8,4	5,0	3,4	0,3	0,2	0,1	1,8	0,1
2015	21,2	16,4	4,8	0,7	0,5	0,2	28,4	0,9

 $^{^{1}\}mbox{Bis}$ 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). 2012 bis 2015: vorläufiges Ergebnis; Stand: April 2016.

³ Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2012: Rechnungsergebnisse, 2013 bis 2015: Kassenergebnisse

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise geleistete Vermögensübertragungen.

 $^{^{\}rm 5}$ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land									
	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland	-9,4	0,9	-3,4	-4,2	-0,1	0,3	0,7	0,2	0,1
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-3,0	-3,1	-2,6	-2,8	-2,3
Estland	1,1	-0,1	1,1	0,2	-0,2	0,8	0,4	-0,1	-0,2
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,6	-3,2	-2,7	-2,5	-2,3
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,0	-4,0	-3,5	-3,4	-3,2
Griechenland	-	-4,1	-6,2	-11,2	-13,0	-3,6	-7,2	-3,1	-1,8
Irland	-2,1	4,9	1,6	-32,3	-5,7	-3,8	-2,3	-1,2	-0,7
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-2,9	-3,0	-2,6	-2,4	-1,9
Lettland	-1,4	-2,7	-0,4	-8,5	-0,9	-1,6	-1,3	-1,0	-1,0
Litauen	-1,5	-3,2	-0,3	-6,9	-2,6	-0,7	-0,2	-1,0	-0,2
Luxemburg	2,4	5,9	0,1	-0,7	0,8	1,7	1,2	1,0	0,1
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,2	-2,6	-2,0	-1,5	-0,9	-0,8
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-2,4	-2,4	-1,8	-1,7	-1,2
Österreich	-6,1	-2,0	-2,5	-4,4	-1,3	-2,7	-1,2	-1,5	-1,4
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-4,8	-7,2	-4,4	-2,7	-2,3
Slowakei	-3,3	-12,0	-2,9	-7,5	-2,7	-2,7	-3,0	-2,4	-1,6
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,3	-5,6	-15,0	-5,0	-2,9	-2,4	-2,1
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-6,9	-5,9	-5,1	-3,9	-3,1
Zypern	-0,7	-2,2	-2,2	-4,8	-4,9	-8,9	-1,0	-0,4	0,0
Euroraum	-	-0,3	-2,6	-6,2	-3,0	-2,6	-2,1	-1,9	-1,6
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,4	-5,4	-2,1	-2,0	-1,6
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-1,1	1,5	-2,1	-2,5	-1,9
Kroatien	-	-	-3,9	-6,2	-5,3	-5,5	-3,2	-2,7	-2,3
Polen	-4,2	-3,0	-4,0	-7,5	-4,0	-3,3	-2,6	-2,6	-3,1
Rumänien	-2,0	-4,6	-0,8	-6,9	-2,1	-0,9	-0,7	-2,8	-3,4
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-1,4	-1,6	0,0	-0,4	-0,7
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-1,3	-1,9	-0,4	-0,7	-0,6
Ungarn	-8,6	-3,0	-7,8	-4,5	-2,6	-2,3	-2,0	-2,0	-2,0
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,6	-5,6	-5,6	-4,4	-3,4	-2,4
EU	-	-	-2,5	-6,4	-3,3	-3,0	-2,4	-2,1	-1,8
USA	-4,1	0,8	-4,1	-12,0	-5,3	-4,9	-4,0	-4,4	-4,4
Japan	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,5	-6,2	-5,2	-4,5	-4,2

Quellen: Ameco.

Stand: Mai 2016.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land					in % des BIP				
	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland	54,8	58,8	66,9	81,0	77,2	74,7	71,2	68,6	66,3
Belgien	130,5	108,8	94,6	99,7	105,2	106,5	106,0	106,4	105,6
Estland	8,2	5,1	4,5	6,6	9,9	10,4	9,7	9,6	9,3
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	55,5	59,3	63,1	65,2	66,9
Frankreich	55,8	58,7	67,2	81,7	92,4	95,4	95,8	96,4	97,0
Griechenland	98,9	104,9	107,4	146,2	177,7	180,1	176,9	182,8	178,8
Irland	78,5	36,1	26,1	86,8	120,0	107,5	93,8	89,1	86,6
Italien	116,9	105,1	101,9	115,4	129,0	132,5	132,7	132,7	131,8
Lettland	13,9	12,1	11,8	47,5	39,1	40,8	36,4	39,8	35,6
Litauen	11,5	23,5	17,6	36,2	38,8	40,7	42,7	41,1	42,9
Luxemburg	7,7	6,5	7,5	20,1	23,3	22,9	21,4	22,5	22,8
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	68,6	67,1	63,9	60,9	58,3
Niederlande	73,1	51,4	48,9	59,0	67,9	68,2	65,1	64,9	63,9
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	80,8	84,3	86,2	84,9	83,0
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	129,0	130,2	129,0	126,0	124,5
Slowakei	21,7	49,6	33,9	40,8	55,0	53,9	52,9	53,4	52,7
Slowenien	18,3	25,9	26,3	38,2	71,0	81,0	83,2	80,2	78,0
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	93,7	99,3	99,2	100,3	99,6
Zypern	47,9	55,1	63,2	56,3	102,5	108,2	108,9	108,9	105,4
Euroraum	70,8	68,0	69,2	84,1	93,4	94,4	92,9	92,2	91,1
Bulgarien	-	71,2	26,6	15,5	17,1	27,0	26,7	28,1	28,7
Dänemark	-	52,4	37,4	42,9	44,7	44,8	40,2	38,7	39,1
Kroatien	-	35,5	41,3	58,3	82,2	86,5	86,7	87,6	87,3
Polen	47,6	36,5	46,7	53,3	56,0	50,5	51,3	52,0	52,7
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	38,0	39,8	38,4	38,7	40,1
Schweden	69,9	50,6	48,2	37,6	39,8	44,8	43,4	41,3	40,1
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	45,1	42,7	41,1	41,3	40,9
Ungarn	84,5	55,1	60,5	80,6	76,8	76,2	75,3	74,3	73,0
Vereinigtes Königreich	48,2	38,9	41,5	76,6	86,2	88,2	89,2	89,7	89,1
EU	-	60,6	61,8	78,6	87,3	88,5	86,8	86,4	85,5
USA	68,8	53,1	64,9	94,7	104,8	104,8	105,9	107,5	107,6
Japan	95,1	143,8	186,4	215,8	243,1	246,2	245,4	247,5	248,1

Quellen: Ameco. Stand: Mai 2016.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Lond					Ste	uern in % des	BIP				
Land -	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2011	2012	2013	2014
Deutschland ^{2,3}	23,1	23,9	21,8	22,1	22,1	22,5	22,2	21,9	22,5	22,6	22,1
Belgien	21,0	28,9	27,5	30,2	29,5	29,5	28,2	29,1	29,9	30,5	30,6
Dänemark	28,2	41,1	44,4	46,2	46,3	44,8	45,1	45,3	46,3	47,5	50,8
Estland	-	-	-	20,0	20,7	19,9	22,0	20,1	20,7	20,8	21,7
Finnland	28,0	27,1	31,9	34,3	30,0	29,7	28,8	30,0	30,0	31,1	31,2
Frankreich	22,1	22,6	22,9	27,5	26,7	26,4	25,1	26,6	27,6	28,3	28,1
Griechenland	11,7	13,9	17,5	23,2	20,5	20,2	20,5	22,8	23,7	23,7	25,5
Irland	22,9	25,8	27,8	27,3	26,3	24,1	22,4	22,1	23,0	23,9	24,7
Italien	16,2	17,8	24,4	29,0	29,2	28,8	28,9	29,0	30,8	30,8	30,5
Japan	13,9	17,5	21,0	17,3	18,1	17,4	15,9	16,7	17,2	17,9	0.0.
Kanada	23,9	27,3	31,0	30,2	27,6	26,9	26,5	25,6	26,0	25,7	25,8
Luxemburg	17,8	24,1	24,7	27,5	26,5	26,6	27,4	26,8	27,5	27,3	27,0
Niederlande	21,4	24,9	25,2	22,5	23,5	23,0	22,6	22,1	21,4	21,7	0.0.
Norwegen	25,9	33,1	29,7	33,1	33,4	32,8	31,6	32,8	32,2	31,0	29,2
Österreich	25,2	26,7	26,4	27,8	26,9	27,6	26,7	26,9	27,5	27,9	28,2
Polen	-	-	-	20,0	22,8	23,1	20,3	20,7	20,1	19,6	0.0.
Portugal	12,3	15,4	19,3	23,3	23,9	23,5	21,5	23,6	23,3	25,6	25,4
Schweden	27,6	31,2	36,0	36,1	33,2	33,0	33,2	32,6	32,4	32,9	32,8
Schweiz	14,1	17,9	18,0	20,9	20,0	20,5	20,6	20,4	20,2	20,1	19,9
Slowakei	-	-	-	19,7	17,8	17,5	16,6	16,6	16,1	17,1	17,5
Slowenien	-	-	-	22,7	23,6	22,6	21,6	21,8	21,9	22,0	22,1
Spanien	10,3	11,3	20,4	21,8	24,7	20,5	18,1	19,6	20,7	21,4	21,8
Tschechien	-	-	-	18,1	19,3	18,7	18,1	18,7	19,1	19,5	18,8
Ungarn	-	-	-	27,3	26,7	26,7	26,8	24,1	26,0	25,9	25,5
Vereinigtes Königreich	24,8	27,8	27,3	28,8	27,8	27,5	25,9	27,3	26,7	26,7	26,5
Vereinigte Staaten	20,4	19,9	19,3	21,5	20,4	18,9	16,7	18,1	18,6	19,3	19,8

 $^{^{1}} Nach \, den \, Abgrenzungsmerkmalen \, der \, OECD.$

Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965-2014, Paris 2015.

Stand: Dezember 2015.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Loud				Sto	euern und S	ozialabgab	en in % des l	3IP				
Land	1965	1975	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland ^{2,3}	31,6	34,3	36,4	34,8	36,3	34,9	35,3	36,1	35,0	35,7	36,5	36,7
Belgien	30,6	38,8	40,6	41,2	43,8	42,4	42,9	42,0	42,4	42,9	44,0	44,6
Dänemark	29,5	37,8	42,3	45,8	48,1	47,7	46,6	46,4	46,5	46,6	47,2	48,6
Finnland	30,0	36,1	35,3	42,9	45,8	41,5	41,2	40,9	40,8	42,0	42,8	44,0
Frankreich	33,6	34,9	39,4	41,0	43,1	42,4	42,2	41,3	41,6	42,9	44,0	45,0
Griechenland	17,0	18,6	20,6	25,0	33,1	30,9	31,2	29,6	31,1	32,5	33,7	33,5
Irland	24,5	27,9	30,1	32,4	30,9	30,4	28,6	27,0	26,8	26,7	27,3	28,3
Italien	24,7	24,5	28,7	36,4	40,6	41,7	41,5	41,9	41,5	41,4	42,7	42,6
Japan	17,8	20,4	24,8	28,5	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	29,5	-
Kanada	25,2	31,4	30,4	35,3	34,9	32,3	31,6	31,4	30,5	30,4	30,7	30,6
Luxemburg	26,4	31,2	33,9	33,9	37,2	37,2	37,2	39,0	38,0	37,5	38,5	39,3
Niederlande	30,9	38,4	40,4	40,4	36,8	36,3	36,6	35,4	36,1	35,9	36,3	-
Norwegen	29,6	39,2	42,4	41,0	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,7	42,3	40,8
Österreich	33,6	36,4	38,7	39,4	42,1	40,5	41,4	41,0	40,9	41,0	41,7	42,5
Polen	-	-	-	-	32,7	34,5	34,2	31,3	31,3	31,8	32,1	-
Portugal	15,7	18,9	21,9	26,5	30,6	31,3	31,3	29,5	30,0	32,0	31,2	33,4
Schweden	31,4	38,9	43,7	49,5	49,0	44,9	43,9	44,0	43,1	42,3	42,3	42,8
Schweiz	16,6	22,5	23,3	23,6	27,6	26,1	26,7	27,1	26,5	27,0	26,9	27,1
Slowakei	-	-	-	-	33,6	28,8	28,7	28,4	27,7	28,3	28,1	29,6
Slowenien	-	-	-	-	36,6	37,1	36,4	36,2	36,7	36,3	36,5	36,8
Spanien	14,3	18,0	22,0	31,6	33,4	36,4	32,2	29,8	31,4	31,2	32,1	32,6
Tschechien	-	-	-	-	32,5	34,3	33,5	32,4	32,5	33,4	33,8	34,1
Ungarn	-	-	-	-	38,7	39,6	39,5	39,0	37,6	36,9	38,5	38,9
Vereinigtes Königreich	29,3	33,6	33,5	33,9	34,7	34,1	34,0	32,3	32,8	33,6	33,0	32,9
Vereinigte Staaten	23,5	24,6	25,5	26,3	28,4	26,9	25,4	23,3	23,7	24,0	24,4	25,4

 $^{^{1}} Nach \, den \, Abgrenzungsmerkmalen \, der \, OECD.$

Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965 bis 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2015.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Ge	esamtaus	gaben de:	s Staates i	n % des Bl	P				
Land	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland ¹	54,7	44,7	46,2	42,8	43,6	47,6	47,3	44,7	44,4	44,5	44,3	43,5	43,8	44,0
Belgien	52,4	49,1	51,4	48,2	50,3	54,1	53,3	54,4	55,8	55,6	55,1	54,3	53,9	53,6
Estland	41,0	36,4	34,0	34,1	39,7	46,1	40,5	37,4	39,1	38,3	38,0	39,9	39,7	39,8
Finnland	61,1	48,0	49,3	46,8	48,3	54,8	54,8	54,4	56,1	57,6	58,3	58,1	58,1	57,9
Frankreich	54,2	51,1	52,9	52,2	53,0	56,8	56,4	55,9	56,8	57,0	57,5	57,2	56,8	56,4
Griechenland	-	-	-	47,1	50,8	54,1	52,5	54,2	55,2	60,8	49,9	51,6	51,0	49,3
Irland	40,8	30,9	33,4	35,9	41,9	47,2	65,7	45,5	41,8	39,7	38,2	36,2	34,3	33,7
Italien	51,8	45,5	47,1	46,8	47,8	51,1	49,9	49,1	50,8	51,0	51,2	50,8	49,6	48,9
Lettland	35,6	37,3	34,2	33,9	37,2	43,6	44,7	39,0	36,9	36,8	37,1	36,4	35,7	35,6
Litauen	34,6	39,4	34,1	35,3	38,1	44,9	42,3	42,5	36,1	35,6	34,8	35,7	35,8	34,4
Luxemburg	38,4	36,3	42,6	37,3	39,3	44,9	43,8	43,3	44,6	43,3	42,4	43,6	43,4	43,1
Malta	39,1	40,2	42,3	41,2	42,6	41,9	41,1	40,9	42,5	42,6	44,0	44,0	41,6	41,3
Niederlande	53,7	41,8	42,3	42,5	43,6	48,2	48,2	47,0	47,1	46,4	46,2	44,7	43,3	42,7
Österreich	55,5	50,3	51,0	49,1	49,8	54,1	52,7	50,8	51,1	50,9	52,7	52,1	51,2	50,7
Portugal	42,6	42,6	46,7	44,5	45,3	50,2	51,8	50,0	48,5	49,9	51,7	47,9	47,1	46,6
Slowakei	48,2	52,0	39,6	36,1	36,7	43,9	42,0	40,5	40,1	41,0	41,6	42,7	39,8	40,2
Slowenien	52,1	46,1	44,9	42,2	43,9	48,2	49,3	50,0	48,6	60,3	49,8	47,7	45,8	44,4
Spanien	44,3	39,1	38,3	38,9	41,1	45,8	45,6	45,6	48,0	45,1	44,5	43,4	42,3	41,3
Zypern	30,8	34,4	39,3	37,7	38,6	42,3	42,2	42,5	41,9	41,4	49,3	40,3	39,0	38,6
Bulgarien	41,3	41,1	36,8	37,4	36,9	39,5	36,6	34,1	34,7	37,6	42,1	39,5	38,9	39,0
Dänemark	58,5	52,7	51,2	49,6	50,5	56,8	57,1	56,8	58,8	57,1	56,9	55,8	54,1	53,1
Kroatien	_	-	45,2	44,9	44,7	47,3	47,2	48,8	47,1	47,8	48,2	48,0	47,9	47,5
Polen	47,7	42,0	44,4	43,1	44,4	45,2	45,6	43,6	42,6	42,4	42,1	41,9	41,6	41,6
Rumänien	34,1	38,4	33,4	38,2	38,8	40,6	39,6	39,1	36,5	35,2	34,9	36,6	34,1	33,9
Schweden	63,5	53,6	52,7	49,7	50,3	53,1	51,2	50,5	51,7	52,4	51,8	51,4	51,3	51,3
Tschechien	51,8	40,4	41,8	40,0	40,2	43,6	43,0	42,9	44,5	42,6	42,6	42,9	41,8	41,5
Ungarn	55,4	47,2	49,6	50,1	48,8	50,7	49,6	49,7	48,6	49,5	49,9	49,4	46,3	45,6
Vereinigtes Königreich	41,8	37,8	42,8	42,8	46,6	49,5	48,8	46,9	46,8	44,9	43,9	42,8	41,6	40,6
Euroraum	-	-	-	45,3	46,6	50,7	50,5	49,1	49,7	49,6	49,4	48,6	48,0	47,6
EU-28	-	-	-	44,9	46,5	50,3	50,0	48,6	49,0	48,6	48,2	47,4	46,6	46,2
USA	37,2	33,7	36,4	36,9	39,4	43,0	42,9	41,8	40,0	38,7	38,0	37,5	37,4	37,3
Japan	35,7	38,8	36,4	35,8	36,9	41,9	40,7	41,8	41,8	42,3	42,7	42,3	41,8	41,9

¹1990: nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: November 2015.

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

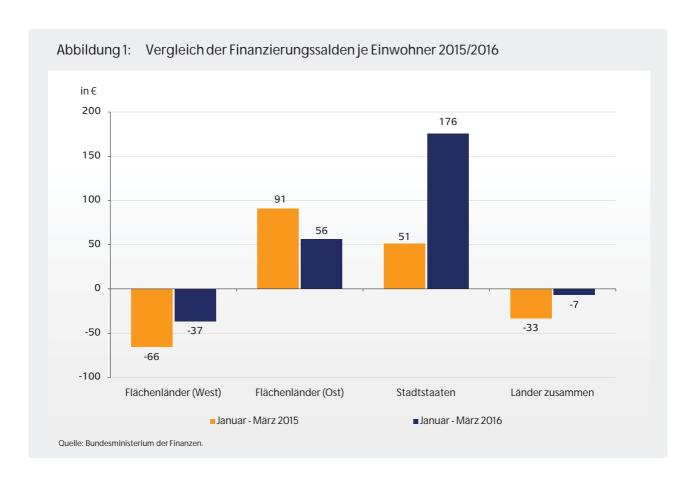
		EU-Hausl	nalt 2014			EU-Hau:	shalt 2015	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	igen	Verpflich	tungen	Zahluı	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	63 986,3	44,8	65 300,1	47,0	77 954,7	48,0	66 853,3	47,3
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 190,9	41,5	56 443,8	40,6	63 877,1	39,4	55 978,8	39,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 172,0	1,5	1 665,5	1,2	2 522,1	1,6	1 927,0	1,4
4. Die EU als globaler Akteur	8 325,0	5,8	6 840,9	4,9	8 710,9	5,4	7 478,2	5,3
5. Verwaltung	8 404,5	5,9	8 405,5	6,0	8 660,3	5,3	8 658,6	6,1
6. Ausgleichszahlungen	28,6	0,0	28,6	0,0	0,0 0,0		0,0	0,0
Besondere Instrumente	582,9	0,4	350,0	0,3	548,1	0,34	384,5	0,27
Gesamtbetrag	142 690,3	100,0	139 034,2	100,0	162 273,3	100,0	141 280,4	100,0

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

	Differer	nz in %	Differenz in Mio. €				
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4			
	10	11	12	13			
Rubrik							
1. Nachhaltiges Wachstum	21,8	2,4	13 968,3	1 553,2			
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	7,9	-0,8	4 686,2	- 465,0			
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	16,1	15,7	350,1	261,5			
4. Die EU als globaler Akteur	4,6	9,3	385,9	637,3			
5. Verwaltung	3,0	3,0	255,8	253,1			
6. Ausgleichszahlungen	-100,0	-100,0	- 28,6	- 28,6			
Besondere Instrumente	-6,0	9,9	- 34,8	34,5			
Gesamtbetrag	13,7	1,6	19 583,0	2 246,2			

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2016

						in Mio. €				
			März 2015		Fe	ebruar 2016			März 2016	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	68 011	80 257	142 846	42 815	51 015	90 775	74 622	85 170	154 52
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	66 725	77 646	144371	42 628	49 189	91 817	74 102	82 806	156 90
111	Steuereinnahmen	60 084	60 944	121 027	38 736	39 900	78 637	65 869	65 608	131 47
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	647	13 752	14399	422	7 062	7 484	668	14234	14902
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	726	726	-	-	-	-	901	90
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 286	2 610	3 896	187	1 827	2014	521	2 3 6 5	2 88
121	Veräußerungserlöse	850	54	904	26	26	53	44	35	79
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	750	6	756	-	7	7	-	10	10
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	179	1 418	1 596	0	1 170	1 170	228	1 427	1 65
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	81 483	82 956	159 017	61 282	55 112	113 337	83 507	85 732	163 97
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	76 862	77 355	154217	56 501	52 070	108 571	77 372	80 148	157 519
211	Personalausgaben	8 124	31 162	39 286	5 721	22 469	28 190	8324	32 053	40 37
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 500	9 772	12 272	1 825	7 3 7 2	9 197	2 560	10342	12 90
212	laufender Sachaufwand	4313	6 605	10917	3 2 1 6	5 230	8 446	5 0 6 6	7 930	12 99
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	2 874	4 480	7354	1 837	3 619	5 456	3 0 3 1	5 762	8 79
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	8 998	5 503	14501	8 426	3 399	11 825	7815	4 6 7 9	12 49
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 561	19674	25 235	2 440	10815	13 255	4817	20 484	25 30
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	247	247	-	167	167	-	47	4
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2	18 217	18 219	1	10129	10130	2	19720	1972
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	4 621	5 602	10 222	4781	3 042	7822	6 135	5 584	1171
221	Sachinvestitionen	874	814	1 687	572	548	1 120	931	923	185
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	915	2 200	3 115	1 141	880	2 021	1 239	3 163	4 40
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	4381	5 389	9 770	4 583	3 010	7 593	5 8 7 5	5 3 4 1	11 21

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 1: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2016

						in Mio. €				
			März 2015		Fe	bruar 2016			März 2016	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-13 454 ²	-2 700	-16 154	-18 465 ²	-4 096	-22 561	-8 883 ²	- 562	-9 44
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	46 862	17 002	63 864	43 175 ³	8 007	51 181 ³	61 996	11 896	73 89
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	61 482	36 223	97 705	42 095 ³	23 679	65 774 ³	55 952	32 169	88 12
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-14620	-19 222	-33 842	1 080 3	-15 672	-14592 ³	6 045	-20 273	-1422
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	2 470	12 747	15 218	-2 203	14 590	12 386	14 025	14 101	28 12
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 888	15 888	-	12 413	12 413	-	14308	1430
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	1	-6 563	-6 562	14231	-6 472	7 758	19 825	-3 960	15 86

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 2: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2016

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹									
1	für das laufende Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden	10 913	13 764	2 706	6 429	1 890	7 357	16 197	4 017	890
11	Rechung	10 644	13 430	2 613	6300	1 576	7 257	15 908	3 957	874
111	Steuereinnahmen	8 3 4 3	11 152	1 750	5 324	964	6 109 ⁴	12 868	2 966	715
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1820	1 229	704	598	538	824	2 287	742	127
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	57	-	48	86	118	54	17
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	129	-	118	167	232	96	30
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	269	334	93	129	314	101	289	60	16
121	Veräußerungserlöse	0	0	4	2	1	2	5	1	2
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	3	-	-	2	0	0	1
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	199	281	39	98	206	77	173	36	9
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	11 975	13 810 a	2 613	6 193	1 886	6 558	18 024	4 309	1 008
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	11 297	12 813 a	2 3 7 9	5 942	1 706	6366	16 485	4 156	954
211	Personalausgaben	4886	6 125	750	2 189	456	2 707 ²	5 786 ²	1 820	461
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1 776	1 934	88	790	40	993	2 175	642	191
212	laufender Sachaufwand	662	1 085	145	520	116	421	930	328	47
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	553	922	126	454	94	395	1 051	257	41
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	670	338 a	82	392	70	436	930	336	191
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 457	3 950	523	1 860	642	1811	5 555	1 117	174
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	643	1 416	-	411	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 787	2 507	850	1 361	555	1704	5 497	1 097	172
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	678	997	235	250	179	192	1 539	153	54
221	Sachinvestitionen	131	258	6	87	38	35	45	18	5
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	336	426	52	84	75	46	781	85	11
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	664	925	235	237	179	192	1 450	130	50

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2016

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 062	- 46 b	93	236	5	800 #	-1 827 #	- 292	- 118
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	700	865	-	173	-	1 525	100	2 562	- 171
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	6 639	2 492 °	1 862	2 251	540	2 086	4725	3 363	730
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-5 939	-1 627 ^d	-1 862	-2 078	- 540	- 561	-4 625	- 801	-901
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	180	-	4020	230	-	100	968	550
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	998	-	153	1 596	1 059	2 868	1 564	7	538
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-82	-	255	- 246	859	2 212	1 920	- 951	- 481

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $^{^1\,}In\,der\,L\"{a}ndersumme\,ohne\,Zuweisungen\,von\,L\"{a}ndern\,im\,L\"{a}nderfinanzausgleich.$

² Ohne April-Bezüge.

 $^{^3}$ BY − davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 143,1 Mio. \in , b -143,1 Mio. \in , c 1115,0,0 Mio. \in , d -1115,0 Mio. \in

⁴ NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von -0,4 Mio. €.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2016

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	4 032	2 650	2 851	2 480	6 915	1 252	3 272	85 170
11	Einnahmen der laufenden Rechung	3 922	2 509	2 684	2 389	6717	1 227	3 247	82 806
111	Steuereinnahmen	2 698	1 681	2 057	1 525	3 997	779	2 680	65 608
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1077	695	470	626	1 935	321	241	14 234
1121	darunter: Allgemeine BEZ	104	61	44	58	205	51	-	901
1122	Länderfinanzausgleich ¹	244	146	80	142	867	195	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	109	142	168	91	198	26	26	2 3 6 5
121	Veräußerungserlöse	0	0	1	4	12	-	2	35
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	2	1	-	-	10
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	- 17	64	132	46	58	21	6	1 427
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	4 052	2 472	2 848	2 032	6 153	1 236	3 011	85 732
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	3 694	2 327	2 741	1913	5 792	1 186	2 844	80 148
211	Personalausgaben	1 098	610	1 168	617	2 198	399	783	32 053
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	91	65	434	57	625	140	301	10342
212	laufender Sachaufwand	277	307	211	152	1 597	247	886	7 9 3 0
2121	darunter: sächliche Verwaltungsausgaben	235	87	185	107	613	116	527	5 762
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	89	135	190	171	349	124	178	4 6 7 9
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 394	787	881	640	89	23	28	20 484
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-		-	-	-	-	21	47
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 192	633	824	526	5	6	3	19 720
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	357	145	107	119	361	50	168	5 584
221	Sachinvestitionen	106	26	44	39	36	10	39	923
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	130	61	21	15	1 037	3	-	3 163
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	358	145	106	119	335	50	168	5 341

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2016

					in M	lio. €			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 20	178	4	448	762	17	261	- 562
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	1 968	894	98	1 107	1 568	508	11 896
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	20	762	1 537	931	2877	975	380	32 169
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 20	1 206	- 643	-833	-1 769	593	128	-20 273
	Zum Ende des Monats bestehende								
	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	280	4836	-	-	812	1720	404	14 101
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 707	32	-	330	691	653	114	14308
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-4817	-632	- 27	- 765	-1 595	389	-3 960

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $^{^{-1}}$ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne April-Bezüge.

³ BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 143,1 Mio. €, b -143,1 Mio. €, c 1115,0,0 Mio. €, d -1115,0 Mio. €.

⁴ NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von -0,4 Mio. €.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 20. April 2016

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc.europa.eu/. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke¹ sowie auf methodischen Erweiterungen und Aktualisierungen des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission².

- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), wobei aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen wird (inklusive Flüchtlinge/Zuwanderung). In diesem Zusammenhang wurde die Fortschreibung der NAWRU (non-accelerating wage rate of unemployment) für die Jahre 2015 bis 2020 ebenfalls angepasst. Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2016 der Bundesregierung.
- Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und
- ¹Siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434.
- ² Siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The cyclically-adjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478 sowie Mourre, Astarita und Princen (2014): "Adjusting the budget balance for the business cycle: the EU methodology", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 536.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des BIP vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unter- beziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch dazu, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden.³

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)		buugetsemiesiastizitat	in Mrd. € (nominal)
2017	3 244,8	3 239,7	-5,1	0,205	-1,0
2018	3 348,4	3 344,9	-3,5	0,205	-0,7
2019	3 453,7	3 453,4	-0,2	0,205	0,0
2020	3 565,5	3 565,5	0,0	0,205	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

³ http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/ DE/Monatsberichte/2011/02/Artikel/analysen-undberichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/ Konjunkturkomponente-des-Bundes.html

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken					
	preisbo	ereinigt	non	ninal	preisber	einigt	nom	ninal		
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP		
1980	1 505,5	-	860,2	-	34,4	2,3	19,7	2,3		
1981	1 540,9	+2,3	917,1	+6,6	7,2	0,5	4,3	0,5		
1982	1 574,2	+2,2	979,9	+6,8	-32,1	-2,0	-20,0	-2,0		
1983	1 607,6	+2,1	1 028,8	+5,0	-41,4	-2,6	-26,5	-2,6		
1984	1 641,5	+2,1	1 071,4	+4,1	-31,0	-1,9	-20,3	-1,9		
1985	1 675,9	+2,1	1 117,1	+4,3	-28,0	-1,7	-18,6	-1,7		
1986	1 713,4	+2,2	1 176,3	+5,3	-27,7	-1,6	-19,0	-1,6		
1987	1 752,7	+2,3	1 218,7	+3,6	-43,4	-2,5	-30,2	-2,5		
1988	1 795,2	+2,4	1 269,3	+4,2	-22,5	-1,3	-15,9	-1,3		
1989	1 843,6	+2,7	1 341,1	+5,7	-1,9	-0,1	-1,3	-0,1		
1990	1 897,0	+2,9	1 426,8	+6,4	41,5	2,2	31,2	2,2		
1991	1 951,6	+2,9	1 512,5	+6,0	86,9	4,5	67,3	4,5		
1992	2 007,6	+2,9	1 638,1	+8,3	70,1	3,5	57,2	3,5		
1993	2 060,0	+2,6	1 750,4	+6,9	-2,1	-0,1	-1,8	-0,1		
1994	2 103,8	+2,1	1 826,3	+4,3	4,6	0,2	4,0	0,2		
1995	2 142,9	+1,9	1 896,9	+3,9	2,2	0,1	1,9	0,1		
1996	2 179,7	+1,7	1 941,6	+2,4	-17,1	-0,8	-15,2	-0,8		
1997	2 214,9	+1,6	1 978,1	+1,9	-12,3	-0,6	-11,0	-0,6		
1998	2 249,8	+1,6	2 021,5	+2,2	-3,6	-0,2	-3,2	-0,2		
1999	2 286,7	+1,6	2 061,2	+2,0	4,1	0,2	3,7	0,2		
2000	2 324,8	+1,7	2 086,0	+1,2	33,9	1,5	30,4	1,5		
2001	2 362,4	+1,6	2 146,9	+2,9	36,3	1,5	33,0	1,5		
2002	2 398,0	+1,5	2 208,7	+2,9	0,7	0,0	0,6	0,0		
2003	2 430,8	+1,4	2 265,9	+2,6	-49,2	-2,0	-45,8	-2,0		
2004	2 463,0	+1,3	2 321,1	+2,4	-53,5	-2,2	-50,4	-2,2		
2005	2 495,0	+1,3	2 365,8	+1,9	-68,5	-2,7	-65,0	-2,7		
2006	2 527,6	+1,3	2 404,0	+1,6	-11,3	-0,4	-10,7	-0,4		
2007	2 558,8	+1,2	2 475,0	+3,0	39,5	1,5	38,2	1,5		
2008	2 586,0	+1,1	2 522,3	+1,9	40,5	1,6	39,5	1,6		
2009	2 604,9	+0,7	2 585,3	+2,5	-126,0	-4,8	-125,0	-4,8		
2010	2 625,5	+0,8	2 625,5	+1,6	-45,4	-1,7	-45,4	-1,7		
2011	2 634,9	+0,4	2 663,1	+1,4	39,6	1,5	40,0	1,5		
2012	2 664,3	+1,1	2 733,2	+2,6	21,1	0,8	21,6	0,8		
2013	2 712,6	+1,8	2 841,1	+3,9	-19,3	-0,7	-20,2	-0,7		
2014	2 748,4	+1,3	2 928,5	+3,1	-12,0	-0,4	-12,8	-0,4		
2015	2 790,3	+1,5	3 035,0	+3,6	-7,7	-0,3	-8,4	-0,3		
2016	2 833,6	+1,6	3 134,0	+3,3	-2,9	-0,1	-3,2	-0,1		
2017	2 882,3	+1,7	3 244,6	+3,5	-8,2	-0,3	-9,2	-0,3		
2018	2 928,3	+1,6	3 350,0	+3,2	-7,2	-0,2	-8,2	-0,2		
2019	2 971,1	+1,5	3 454,2	+3,1	-2,1	-0,1	-2,4	-0,1		
2020	3 017,6	+1,6	3 565,4	+3,2	0,0	0,0	0,0	0,0		

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,1	1,1
1982	+2,1	1,0	0,1	1,0
1983	+2,1	1,1	0,0	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,7	-0,1	0,8
1989	+2,8	1,8	0,1	0,9
1990	+3,0	1,9	0,2	0,9
1991	+2,9	1,8	0,1	0,9
1992	+2,9	1,7	0,2	1,0
1993	+2,6	1,5	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,9	1,2	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	0,0	0,6
2004	+1,3	0,7	0,1	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,6	0,2	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,1	0,5	0,0	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,1	0,4
2010	+0,8	0,5	0,0	0,4
2011	+1,0	0,5	0,1	0,4
2012	+1,2	0,4	0,3	0,4
2013	+1,3	0,5	0,4	0,4
2014	+1,4	0,5	0,5	0,4
2015	+1,6	0,5	0,7	0,4
2016	+1,5	0,6	0,5	0,4
2017	+1,5	0,6	0,4	0,4
2018	+1,5	0,7	0,3	0,4
2019	+1,4	0,8	0,2	0,4
2020	+1,5	0,8	0,3	0,4

 $^{^1} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	750,2		171,7	
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4
1974	1 316,4	+0,9	587,0	+8,2
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8
1991	2 038,5	+5,2	1 579,8	+8,4
1992	2 077,7	+1,9	1 695,3	+7,3
1993	2 057,9	-1,0	1748,6	+3,1
1994	2 108,4	+2,5	1 830,3	+4,7
1995	2 145,1	+1,7	1 898,9	+3,7
1996	2 162,6	+0,8	1 926,3	+1,4
1997	2 202,6	+1,8	1 967,1	+2,1
1998	2 246,2	+2,0	2 018,2	+2,6
1999	2 290,8	+2,0	2 064,9	+2,3

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisber	reinigt ¹	nom	inal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 358,7	+3,0	2 116,5	+2,5
2001	2 398,7	+1,7	2 179,9	+3,0
2002	2 398,7	+0,0	2 209,3	+1,4
2003	2 381,7	-0,7	2 220,1	+0,5
2004	2 409,5	+1,2	2 270,6	+2,3
2005	2 426,5	+0,7	2 300,9	+1,3
2006	2 516,3	+3,7	2 393,3	+4,0
2007	2 598,4	+3,3	2 513,2	+5,0
2008	2 626,5	+1,1	2 561,7	+1,9
2009	2 478,9	-5,6	2 460,3	-4,0
2010	2 580,1	+4,1	2 580,1	+4,9
2011	2 674,5	+3,7	2 703,1	+4,8
2012	2 685,3	+0,4	2 754,9	+1,9
2013	2 693,3	+0,3	2 820,8	+2,4
2014	2 736,4	+1,6	2 915,7	+3,4
2015	2 782,6	+1,7	3 025,9	+3,8
2016	2 829,3	+1,7	3 135,9	+3,6
2017	2 872,4	+1,5	3 239,7	+3,3
2018	2 916,6	+1,5	3 344,9	+3,2
2019	2 961,6	+1,5	3 453,4	+3,2
2020	3 007,2	+1,5	3 565,5	+3,2

¹Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahı
960	54 657			60,0	32 340	
961	54 667	+0,0		60,5	32 791	+1,4
962	54803	+0,2		60,5	32 905	+0,3
1963	55 035	+0,4		60,5	32 983	+0,2
1964	55 219	+0,3		60,3	33 011	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,9	60,3	33 199	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,5	59,8	33 097	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,1	58,7	32 019	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,8	58,3	32 046	+0,1
1969	56 377	+0,8	58,7	58,3	32 545	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,6	58,6	32 993	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,6	58,8	33 143	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,6	58,9	33 325	+0,6
1973	57 519	+0,7	58,6	59,3	33 727	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,4	58,8	33 408	-0,9
1975	57 814	+0,1	58,3	58,1	32 570	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,1	57,9	32 434	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,1	57,8	32 508	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,2	57,9	32 829	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,5	58,4	33 463	+1,9
1980	59 196	+0,8	59,0	58,9	34 024	+1,7
1981	59 595	+0,7	59,5	59,4	34 065	+0,1
1982 1983	59 823 59 931	+0,4	60,2	60,2	33 802	-0,8
1984	59 957	+0,0	61,8	61,8	33 783	+0,9
1985	59 980				34 257	+1,4
		+0,0	62,5	62,7		
1986	60 095	+0,2	63,3	63,2	34915	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,9	63,8	35 402	+1,4
1988	60300	+0,2	64,6	64,5	35 906	+1,4
1989	60 567	+0,4	65,1	64,9	36 580	+1,9
1990 1991	61 396	+0,6	65,5 65,7	65,9 66,7	37 733 38 790	+3,2
1992	61 972	+0,7	65,8	65,9	38 283	-1,3
1993	62 517	+0,9	65,8	65,3	37 786	-1,3
1993	62 797	+0,9	65,8	65,5	37 786	+0,0
1994	62 797	+0,4	65,8	65,4	37 798	+0,0
1996	62 923	+0,2	66,1	65,8	37 958	+0,4
1997	62 977	-0,0	66,4	66,2	37 909	-0,1
1998	62 917	-0,1	66,8	66,9	38 407	+1,2
1999	62 907	-0,0	67,3	67,4	39 031	+1,6

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	ionsraten	Erwerbstätige, Inland		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	tatsächlich bzw. prognostiziert			
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	
2000	62 932	+0,0	67,7	68,4	39 917	+2,3	
2001	63 000	+0,1	68,0	68,0	39 809	-0,3	
2002	63 115	+0,2	68,2	68,1	39 630	-0,4	
2003	63 178	+0,1	68,5	68,1	39 200	-1,1	
2004	63 176	-0,0	68,8	68,8	39 337	+0,3	
2005	63 153	-0,0	69,1	69,4	39 326	-0,0	
2006	63 093	-0,1	69,3	69,3	39 635	+0,8	
2007	62 992	-0,2	69,6	69,5	40 325	+1,7	
2008	62 833	-0,3	69,9	69,8	40 856	+1,3	
2009	62 546	-0,5	70,3	70,3	40 892	+0,1	
2010	62 224	-0,5	70,6	70,5	41 020	+0,3	
2011	61 984	-0,4	71,0	70,9	41 577	+1,4	
2012	61 890	-0,2	71,5	71,6	42 060	+1,2	
2013	61 877	-0,0	71,9	71,9	42 328	+0,6	
2014	61 859	-0,0	72,3	72,4	42 703	+0,9	
2015	61 928	+0,1	72,7	72,6	43 032	+0,8	
2016	62 047	+0,2	73,1	73,1	43 512	+1,1	
2017	62 142	+0,2	73,5	73,7	43 862	+0,8	
2018	62 185	+0,1	73,8	73,9	43 928	+0,2	
2019	62 160	-0,0	74,2	74,1	43 994	+0,2	
2020	62 200	+0,1	74,5	74,3	44 060	+0,2	
2021	62 219	+0,0	74,8	74,7			
2022	62 098	-0,2	75,1	75,1			
2023	61 923	-0,3	75,4	75,4			

 $^{^{1}12.\} koordinierte Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.$

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

lahr	Arbeits	zeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitsst	unden	Arbeitnehn	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre	nd	tatsächlich bez progno	0			in % der Erwerbs-	NAWRU ²	
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	IVAVVKO	
1960			2 167		25 152		1,4		
961			2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9		
1962			2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8		
1963			2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0		
1964			2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9		
1965	2 067		2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7		
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8		
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	0,8	
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26364	+0,6	1,7	0,9	
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	1,0	
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,0	
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,2	
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,3	
1973	1 872	-1,4	1876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,5	
1974	1 847	-1,3	1837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,7	
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	2,0	
1976	1 807	-1,0	1813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,4	
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	2,8	
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,2	
1979	1 759	-0,9	1764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,7	
1980	1744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,2	
1981	1 729	-0,9	1 724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,8	
1982	1713	-0,9	1712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,3	
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	5,8	
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	6,2	
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,6	
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	6,8	
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31914	+1,7	7,8	7,0	
1988	1612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	7,2	
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,2	
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34212	+3,4	6,0	7,3	
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,3	
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34 675	-1,6	6,3	7,3	
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34120	-1,6	7,5	7,4	
1994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34 052	-0,2	8,0	7,5	
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34161	+0,3	7,8	7,5	
1996	1512	-0,8	1511	-1,1	34115	-0,1	8,4	7,7	
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34036	-0,2	9,0	7,8	
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,7	7,9	
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	7,9	8,0	

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	szeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitss	tunden	Arbeitnehr	mer, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre	end		tatsächlich beziehungsweise prognostiziert				NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Erwerbs- personen	NAVIKO
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,2	8,1
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,1	8,2
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	7,9	8,2
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	8,9	8,2
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,5	8,1
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34916	-0,5	10,3	8,0
2006	1 415	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,4	7,8
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	7,9	7,5
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36353	+1,6	6,9	7,2
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,0	6,9
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,4	6,5
2011	1 383	-0,5	1 393	+0,2	37 014	+1,3	5,5	6,1
2012	1 377	-0,4	1 375	-1,3	37 500	+1,3	5,0	5,6
2013	1 373	-0,3	1 362	-1,0	37 869	+1,0	4,9	5,2
2014	1 370	-0,2	1 366	+0,3	38 306	+1,2	4,7	4,8
2015	1 369	-0,1	1 371	+0,3	38 732	+1,1	4,3	4,5
2016	1 369	-0,0	1 373	+0,1	39 283	+1,4	4,1	4,5
2017	1 369	+0,0	1 371	-0,1	39 683	+1,0	4,3	4,5
2018	1 3 6 9	-0,0	1 370	-0,1	39 751	+0,2	4,4	4,5
2019	1 369	-0,0	1 369	-0,1	39819	+0,2	4,5	4,5
2020	1 3 6 8	-0,0	1 368	-0,1	39888	+0,2	4,7	4,5
2021	1 368	-0,0	1 368	-0,0				
2022	1367	-0,0	1 367	-0,0				
2023	1 367	-0,0	1 367	-0,0				

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;}\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

 $^{^{2}\,\}mbox{Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.}$

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7
1989	9 373,5	+2,5	391,1	+7,2	1,8
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9
1991	9 884,4	+2,7	442,3	+4,7	1,9
1992	10 178,4	+3,0	460,5	+4,1	1,7
1993	10 486,7	+3,0	441,2	-4,2	1,3
1994	10783,4	+2,8	457,2	+3,6	1,5
1995	11079,3	+2,7	457,1	-0,0	1,5
1996	11 365,0	+2,6	454,8	-0,5	1,5
1997	11 641,2	+2,4	458,4	+0,8	1,6
1998	11918,1	+2,4	476,2	+3,9	1,7
1999	12 206,0	+2,4	498,3	+4,6	1,8
2000	12 499,7	+2,4	510,0	+2,3	1,8
2001	12 779,6	+2,2	497,1	-2,5	1,7
2002	13 019,3	+1,9	468,4	-5,8	1,8
2003	13 225,3	+1,6	462,2	-1,3	2,0
2004	13 416,7	+1,4	462,4	+0,0	2,0
2005	13 596,5	+1,3	465,8	+0,7	2,1
2006	13 785,0	+1,4	500,8	+7,5	2,3
2007	13 992,5	+1,5	521,2	+4,1	2,3
2008	14 203,7	+1,5	529,2	+1,5	2,3
2009	14 380,5	+1,2	475,8	-10,1	2,1
2010	14 533,2	+1,1	501,4	+5,4	2,4
2011	14 700,5	+1,2	537,4	+7,2	2,5
2012	14 876,6	+1,2	535,1	-0,4	2,4
2013	15 043,2	+1,1	527,9	-1,3	2,4
2014	15 209,1	+1,1	546,3	+3,5	2,5
2015	15 388,8	+1,2	558,4	+2,2	2,5
2016	15 569,3	+1,2	572,8	+2,6	2,5
2017	15 752,5	+1,2	588,4	+2,7	2,6
2017	15 732,3	+1,2	599,5	+1,9	2,6
2019 2020	16 148,4	+1,3 +1,3	610,8	+1,9 +1,9	2,6

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
981 982 983 984 985 986 987 988 989 990 991 992 993 994 995 996 997 998 999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006	log	log
1980	-7,4164	-7,4273
1981	-7,4149	-7,4174
1982	-7,4193	-7,4071
1983	-7,4019	-7,3956
1984	-7,3840	-7,3832
1985	-7,3693	-7,3699
1986	-7,3597	-7,3556
1987	-7,3541	-7,3403
1988	-7,3329	-7,3235
989	-7,3059	-7,3057
1990	-7,2745	-7,2872
1991	-7,2438	-7,2690
1992	-7,2311	-7,2521
1993	-7,2330	-7,2371
1994	-7,2169	-7,2237
1995	-7,2079	-7,2119
996	-7,2014	-7,2011
997	-7,1864	-7,1907
998	-7,1802	-7,1806
999	-7,1729	-7,1704
2000	-7,1548	-7,1601
2001	-7,1394	-7,1500
2002	-7,1380	-7,1409
2003	-7,1407	-7,1328
2004	-7,1352	-7,1255
2005	-7,1277	-7,1187
2006	-7,1074	-7,1122
2007	-7,0916	-7,1064
2008	-7,0918	-7,1014
2009	-7,1333	-7,0974
2010	-7,1071	-7,0928
2011	-7,0853	-7,0882
2012	-7,0847	-7,0838
2013	-7,0833	-7,0792
2014	-7,0792	-7,0744
2015	-7,0738	-7,0691
2016	-7,0693	-7,0633
2017	-7,0626	-7,0569
2018	-7,0521	-7,0498
2019	-7,0419	-7,0423
2020	-7,0317	-7,0344

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	rivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	22,9	-	26,3	-	83,5	-
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2
1991	77,5	+3,0	75,4	+3,0	854,4	+9,0
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5
1993	85,0	+4,1	81,6	+3,7	950,1	+2,4
1994	86,8	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7
1995	88,5	+2,0	84,3	+1,3	1 012,6	+3,8
1996	89,1	+0,6	85,1	+1,0	1 021,9	+0,9
1997	89,3	+0,3	86,2	+1,3	1 026,4	+0,4
1998	89,9	+0,6	86,6	+0,5	1 048,3	+2,1
1999	90,1	+0,3	87,0	+0,4	1 078,6	+2,9

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmere	entgelte, Inland
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	89,7	-0,4	87,7	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,2	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,4	90,3	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	92,0	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,9	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,3	+1,5	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,5	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,2	+1,8	98,1	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,8	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	102,0	+2,0	1 337,3	+4,3
2012	102,6	+1,5	103,6	+1,6	1 389,2	+3,9
2013	104,7	+2,1	104,9	+1,2	1 428,3	+2,8
2014	106,6	+1,7	105,9	+0,9	1 482,8	+3,8
2015	108,7	+2,1	106,6	+0,6	1 540,3	+3,9
2016	110,8	+1,9	107,4	+0,7	1 599,9	+3,9
2017	112,8	+1,8	109,1	+1,6	1 658,4	+3,7
2018	114,7	+1,7	110,9	+1,6	1 708,0	+3,0
2019	116,6	+1,7	112,7	+1,6	1 758,8	+3,0
2020	118,6	+1,7	114,5	+1,6	1810,4	+2,9

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoir	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	. a.	in%
1991	38,8		51,3	2,2	5,3				24,9
1992	38,3	-1,3	50,8	2,6	6,3	+1,9	+3,3	+2,5	25,1
1993	37,8	-1,3	50,4	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,6	3,3	8,0	+2,5	+2,4	+2,7	24,0
1995	38,0	+0,4	50,5	3,2	7,8	+1,7	+1,3	+1,9	23,4
1996	38,0	+0,0	50,8	3,5	8,4	+0,8	+0,8	+2,0	22,8
1997	37,9	-0,1	51,1	3,8	9,0	+1,8	+1,9	+2,6	22,5
1998	38,4	+1,2	51,6	3,7	8,8	+2,0	+0,8	+1,2	22,6
1999	39,0	+1,6	51,9	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,7	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,5	23,0
2001	39,8	-0,3	52,4	3,1	7,2	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,6	3,4	7,9	+0,0	+0,5	+1,2	20,0
2003	39,2	-1,1	52,6	3,8	8,9	-0,7	+0,4	+0,8	19,5
2004	39,3	+0,3	53,2	4,1	9,5	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,8	4,5	10,3	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,8	4,1	9,4	+3,7	+2,9	+1,9	19,8
2007	40,3	+1,7	54,0	3,5	7,9	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	54,3	3,0	6,9	+1,1	-0,2	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	54,6	3,1	7,1	-5,6	-5,7	-2,6	19,2
2010	41,0	+0,3	54,6	2,8	6,4	+4,1	+3,8	+2,5	19,4
2011	41,6	+1,4	54,7	2,4	5,5	+3,7	+2,3	+2,1	20,3
2012	42,1	+1,2	55,0	2,2	5,0	+0,4	-0,7	+0,5	20,2
2013	42,3	+0,6	55,1	2,2	4,9	+0,3	-0,3	+0,7	19,8
2014	42,7	+0,9	55,2	2,1	4,7	+1,6	+0,7	+0,4	20,1
2015	43,0	+0,8	55,1	2,0	4,3	+1,7	+0,9	+0,5	19,9
2010/2005	40,3	+0,8	54,2	3,5	8,0	+1,2	0,4	+0,7	19,7
2015/2010	42,1	+1,0	55,0	2,3	5,1	+1,5	+0,6	+0,8	19,9

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2 \,} Erwerbspersonen \, (inländische \, Erwerbst \"{a}tige + Erwerbslose \, (ILO)) \, in \, \% \, der \, Wohnbev\"{o}lkerung \, nach \, ESVG \, 2010.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p. a			
1991							
1992	+7,3	+5,3	+3,3	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+1,9	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,4
1997	+2,1	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,4	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,7
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+1,0	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,5	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,4
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,8	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,7	+2,1	+2,0	+2,1	+0,5
2012	+1,9	+1,5	-0,4	+1,6	+1,6	+2,0	+3,1
2013	+2,4	+2,1	+1,4	+1,6	+1,2	+1,5	+2,0
2014	+3,4	+1,7	+1,5	+1,2	+1,0	+0,9	+1,6
2015	+3,8	+2,1	+2,7	+1,0	+0,6	+0,3	+1,7
2010/2005	+2,3	+1,1	-0,2	+1,2	+1,2	+1,6	+0,9
2015/2010	+3,2	+1,7	+0,5	+1,5	+1,3	+1,3	+1,8

 $^{^{1}} Einschließlich \ private \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderur	ng in % p. a.	in Mr	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-8,1	-26,0	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-21,0	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-17,0	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,9	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,2	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,1	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,3	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,6	26,5	25,1	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,3	27,0	26,3	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,2	30,8	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-9,9	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	37,8	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	37,6	32,6	28,9	3,7	1,7
2004	+11,2	+7,5	114,5	101,2	35,4	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,4	104,6	37,7	32,7	5,1	4,5
2006	+13,5	+14,2	126,8	137,3	41,2	35,9	5,3	5,7
2007	+9,7	+6,4	167,1	170,8	43,0	36,4	6,6	6,8
2008	+3,0	+5,1	153,1	140,5	43,5	37,5	6,0	5,5
2009	-16,5	-15,8	121,5	142,7	37,8	32,9	4,9	5,8
2010	+17,2	+18,2	134,1	150,0	42,3	37,1	5,2	5,8
2011	+11,1	+12,9	132,1	162,7	44,8	39,9	4,9	6,0
2012	+4,6	+1,8	167,7	197,9	46,0	39,9	6,1	7,2
2013	+1,3	+1,3	169,4	188,2	45,5	39,5	6,0	6,7
2014	+3,9	+2,1	196,4	227,8	45,7	39,0	6,7	7,8
2015	+6,4	+4,0	236,9	266,1	46,9	39,1	7,8	8,8
2010/2005	+4,7	+4,9	136,5	141,0	40,9	35,4	5,5	5,7
2015/2010	+5,4	+4,3	172,8	198,8	45,2	39,1	6,1	7,0

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	-	Arbeitnehmer- entgelte	Lohno	quote	Bruttolöhne und -gehälter (je	Reallöhne (je
		einkommen	(Inländer)	unbereinigt ¹	bereinigt ²	Arbeitnehmer)	Arbeitnehmer)
Jahr	Ve	eränderung in % p. a	a.	in	1%	Veränderu	ng in % p. a.
1991				69,9	69,9		
1992	+6,5	+2,2	+8,4	71,1	71,3	+10,2	+4,2
1993	+1,5	-0,4	+2,3	71,6	72,1	+4,3	+0,8
1994	+3,7	+6,3	+2,6	70,9	71,5	+1,9	-1,8
1995	+3,9	+4,6	+3,6	70,7	71,4	+3,0	-0,6
1996	+1,4	+2,6	+0,9	70,4	71,2	+1,2	+0,5
1997	+1,6	+4,3	+0,4	69,6	70,5	+0,0	-2,5
1998	+2,0	+1,7	+2,1	69,7	70,6	+0,9	+0,5
1999	+1,3	-2,4	+2,9	70,8	71,6	+1,3	+1,4
2000	+2,3	-1,5	+3,9	71,9	72,6	+1,0	+1,5
2001	+2,7	+5,7	+1,5	71,0	71,8	+2,3	+1,7
2002	+0,6	+0,5	+0,7	71,1	71,9	+1,4	-0,1
2003	+0,4	+0,9	+0,2	70,9	72,0	+1,2	-1,5
2004	+5,0	+16,5	+0,2	67,7	69,0	+0,5	+1,1
2005	+1,4	+4,8	-0,2	66,6	68,2	+0,3	-1,3
2006	+5,5	+12,9	+1,8	64,3	65,9	+0,7	-1,3
2007	+3,9	+5,9	+2,8	63,6	65,1	+1,4	-0,6
2008	+0,8	-4,4	+3,7	65,5	66,8	+2,4	+0,1
2009	-4,0	-12,3	+0,4	68,4	69,8	-0,1	+0,5
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+2,0
2011	+5,5	+7,7	+4,4	66,1	67,4	+3,4	+0,5
2012	+1,2	-4,1	+3,9	67,8	69,1	+2,8	+1,0
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,2	69,3	+2,1	+0,7
2014	+3,8	+3,8	+3,8	68,3	69,1	+2,7	+1,5
2015	+4,1	+4,6	+3,9	68,1	68,7	+2,9	+1,8
2010/2005	+2,3	+2,2	+2,3	65,9	67,3	+1,4	+0,1
2015/2010	+3,3	+2,5	+3,7	67,5	68,6	+2,8	+1,1

 $^{^1} Arbeit nehmer entgelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, eigene \, Berechnungen.$

 $^{^2\,\}mathrm{Korrigiert}$ um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

				jährlich	e Veränderunç	gen in %			
Land	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland	1,7	3,1	0,7	4,0	0,4	1,3	1,4	1,2	1,6
Belgien	22,9	3,7	1,8	2,3	0,2	1,6	1,7	1,6	1,6
Estland	6,5	9,9	8,9	3,3	2,2	2,9	1,1	1,9	2,4
Finnland	4,0	5,3	2,9	3,4	-1,4	5,2	7,8	4,9	3,7
Frankreich	2,0	3,7	1,8	1,7	0,2	0,7	-0,2	-0,3	2,7
Griechenland	-	4,5	2,3	-4,9	-3,9	1,4	3,2	2,6	2,5
Irland	-	10,6	6,1	-1,1	-0,3	0,2	1,2	1,3	1,7
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-1,9	-0,3	0,8	1,1	1,3
Lettland	-0,6	5,3	10,1	-1,3	4,1	-2,5	1,6	1,7	2,0
Litauen	-	3,6	7,8	1,6	3,3	2,4	2,7	2,8	3,1
Luxemburg	-	8,4	5,3	3,1	2,1	3,0	1,6	2,8	3,1
Malta	-	-	3,6	4,3	2,9	4,1	4,8	3,3	3,9
Niederlande	3,1	3,9	2,0	1,5	-0,8	3,7	6,3	4,1	3,5
Österreich	2,7	3,7	2,4	1,8	0,3	1,0	2,0	1,7	2,0
Portugal	-	3,9	0,8	1,9	-1,4	0,4	0,9	1,5	1,6
Slowakei	7,9	1,4	6,7	4,4	0,9	0,9	1,5	1,5	1,7
Slowenien	7,4	4,3	4,0	1,3	-1,1	3,0	2,9	1,7	2,3
Spanien	5,0	5,0	3,6	-0,2	-1,2	2,5	3,6	3,2	3,3
Zypern	-	5,0	3,9	1,3	-5,4	-0,7	0,5	0,7	0,7
Euroraum	-	3,8	1,7	2,0	-0,4	0,9	1,7	1,6	1,8
Bulgarien	-	5,7	6,4	0,4	0,9	1,5	3,0	2,0	2,4
Dänemark	3,1	3,5	2,4	1,4	0,4	2,0	4,2	2,1	2,6
Kroatien	-	3,8	4,3	-2,3	-0,9	1,3	1,2	1,2	1,9
Polen	-	4,3	3,6	3,9	1,6	-0,4	1,6	1,8	2,1
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-1,1	3,5	3,7	2,9	2,5	2,8
Schweden	3,9	4,5	3,2	6,6	1,6	3,3	3,6	3,7	3,6
Tschechien	6,2	4,2	6,8	2,5	-0,9	3,0	3,8	4,2	3,7
Ungarn	-	4,2	4,0	1,1	1,1	2,3	4,1	3,4	2,9
Vereinigtes Königreich	3,5	4,4	3,2	1,7	1,7	2,9	2,3	1,8	1,9
EU	-	3,9	2,2	2,0	0,1	1,4	2,0	1,8	1,9
USA	2,7	4,1	3,3	2,5	2,2	2,4	2,4	2,3	2,2
Japan	1,9	2,3	1,3	4,7	1,6	0,0	0,5	0,8	0,4

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2013: Eurostat.

Für die Jahre ab 2014: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2016.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land						
Lanu	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland	+2,1	+1,6	+0,8	+0,1	+1,7	+1,6
Belgien	+2,6	+1,2	+0,5	+0,6	+0,3	+1,5
Estland	+4,2	+3,2	+0,5	+0,1	+0,8	+2,9
Finnland	+3,2	+2,2	+1,2	-0,2	+0,3	+1,3
Frankreich	+2,2	+1,0	+0,6	+0,1	-0,3	+0,6
Griechenland	+1,0	-0,9	-1,4	-1,1	-0,1	+1,4
Irland	+1,9	+0,5	+0,3	+0,0	+0,1	+1,0
Italien	+3,3	+1,2	+0,2	+0,1	+0,2	+1,4
Lettland	+2,3	+0,0	+0,7	+0,2	-0,7	+1,0
Litauen	+3,2	+1,2	+0,2	-0,7	+0,2	+2,0
Luxemburg	+2,9	+1,7	+0,7	+0,1	+0,6	+1,8
Malta	+3,2	+1,0	+0,8	+1,2	-0,1	+1,8
Niederlande	+2,8	+2,6	+0,3	+0,2	+1,4	+2,2
Österreich	+2,6	+2,1	+1,5	+0,8	+0,4	+1,3
Portugal	+2,8	+0,4	-0,2	+0,5	+0,9	+1,7
Slowakei	+3,7	+1,5	-0,1	-0,3	+0,7	+1,2
Slowenien	+2,8	+1,9	+0,4	-0,8	-0,2	+1,6
Spanien	+2,4	+1,5	-0,2	-0,6	-0,1	+1,5
Zypern	+3,1	+0,4	-0,3	-1,5	+0,0	+1,3
Euroraum	+2,5	+1,4	+0,4	+0,0	+0,2	+1,4
Bulgarien	+2,4	+0,4	-1,6	-1,1	-0,7	+0,9
Dänemark	+2,4	+0,5	+0,4	+0,2	+0,5	+1,4
Kroatien	+3,4	+2,3	+0,2	-0,3	+0,3	+1,5
Polen	+3,7	+0,8	+0,1	-0,7	-0,6	+0,7
Rumänien	+3,4	+3,2	+1,4	-0,4	+0,4	+2,3
Schweden	+0,9	+0,4	+0,2	+0,7	+0,0	+1,6
Tschechien	+3,5	+1,4	+0,4	+0,3	-0,6	+2,5
Ungarn	+5,7	+1,7	+0,0	+0,1	+0,9	+1,2
Vereinigtes Königreich	+2,8	+2,6	+1,5	+0,0	+0,8	+1,6
EU	+2,6	+1,5	+0,5	+0,0	+0,3	+1,5
USA	+2,1	+1,2	+1,3	-0,7	+1,2	+2,2
Japan	-	-	+2,7	+0,8	+0,0	+1,5

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2016; Eurostat.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				in % der ziv	ilen Erwerbsbe	evölkerung			
Land	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland	8,2	7,9	11,2	7,0	5,2	5,0	4,6	4,6	4,7
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	8,4	8,5	8,5	8,2	7,7
Estland	9,8	14,6	8,0	16,7	8,6	7,4	6,2	6,5	7,7
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	8,2	8,7	9,4	9,4	9,3
Frankreich	10,2	8,6	8,9	9,3	10,3	10,3	10,4	10,2	10,1
Griechenland	9,2	11,2	10,0	12,7	27,5	26,5	24,9	24,7	23,6
Irland	12,3	4,3	4,4	13,9	13,1	11,3	9,4	8,2	7,5
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	12,1	12,7	11,9	11,4	11,2
Lettland	14,9	14,3	10,0	19,5	11,9	10,8	9,9	9,6	9,3
Litauen	6,8	16,4	8,3	17,8	11,8	10,7	9,1	7,8	6,4
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,9	6,0	6,4	6,2	6,2
Malta	4,8	6,7	6,9	6,9	6,4	5,8	5,4	5,1	5,1
Niederlande	8,3	3,7	5,9	5,0	7,3	7,4	6,9	6,4	6,1
Österreich	4,2	3,9	5,6	4,8	5,4	5,6	5,7	5,9	6,1
Portugal	7,9	5,1	8,8	12,0	16,4	14,1	12,6	11,6	10,7
Slowakei	12,1	18,9	16,4	14,5	14,2	13,2	11,5	10,5	9,5
Slowenien	6,8	6,7	6,5	7,3	10,1	9,7	9,0	8,6	8,1
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	26,1	24,5	22,1	20,0	18,1
Zypern	-	4,8	5,3	6,3	15,9	16,1	15,1	13,4	12,4
Euroraum	-	8,9	9,1	10,2	12,0	11,6	10,9	10,4	10,0
Bulgarien	10,0	16,4	10,1	10,3	13,0	11,4	9,2	8,6	8,0
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,0	6,6	6,2	6,0	5,7
Kroatien		15,8	13,0	11,7	17,3	17,3	16,3	15,5	14,7
Polen	13,2	16,1	17,9	9,7	10,3	9,0	7,5	6,8	6,3
Rumänien	9,7	7,6	7,1	7,0	7,1	6,8	6,8	6,8	6,7
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	7,9	7,4	6,8	6,3
Tschechien	3,9	8,8	7,9	7,3	7,0	6,1	5,1	4,5	4,4
Ungarn	9,7	6,3	7,2	11,2	10,2	7,7	6,8	6,4	6,1
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,6	6,1	5,3	5,0	4,9
EU	-	8,9	9,0	9,6	10,9	10,2	9,4	8,9	8,6
USA	5,6	4,0	5,1	9,6	7,4	6,2	5,3	4,8	4,5
Japan	3,1	4,7	4,4	5,0	4,0	3,6	3,4	3,3	3,3

Quellen: Ameco.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoi	nlandspro	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz		
			Verände	erung gege	nüber Vor	nüber Vorjahr in %				in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2014	2015	2016 ¹	2017 ¹	2014	2015	2016 ¹	2017 ¹	2014	2015	2016 ¹	2017 ¹	
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+1,1	-2,8	-1,1	+1,3	+8,1	+15,5	+9,4	+7,4	2,1	2,8	2,0	3,0	
darunter													
Russische Föderation	+0,7	-3,7	-1,8	+0,8	+7,8	+15,5	+8,4	+6,5	2,9	5,0	4,2	5,	
Ukraine	-6,6	-9,9	+1,5	+2,5	+12,1	+48,7	+15,1	+11,0	-4,0	-0,3	-2,6	-2,3	
Asien	+6,8	+6,6	+6,4	+6,3	+3,5	+2,7	+2,9	+3,2	1,4	1,9	1,7	1,	
darunter													
China	+7,3	+6,9	+6,5	+6,2	+2,0	+1,4	+1,8	+2,0	2,1	2,7	2,6	2,	
Indien	+7,2	+7,3	+7,5	+7,5	+5,9	+4,9	+5,3	+5,3	-1,3	-1,3	-1,5	-2,	
Indonesien	+5,0	+4,8	+4,9	+5,3	+6,4	+6,4	+4,3	+4,5	-3,1	-2,1	-2,6	-2,8	
Malaysia	+6,0	+5,0	+4,4	+4,8	+3,1	+2,1	+3,1	+2,9	4,3	2,9	2,3	1,9	
Thailand	+0,8	+2,8	+3,0	+3,2	+1,9	-0,9	+0,2	+2,0	3,8	8,8	8,0	5,	
Lateinamerika	+1,3	-0,1	-0,5	+1,5	+4,9	+5,5	+5,7	+4,3	-3,1	-3,6	-2,8	-2,	
darunter													
Argentinien	+0,5	+1,2	-1,0	+2,8		•		+19,9	-1,4	-2,8	-1,7	-2,2	
Brasilien	+0,1	-3,8	-3,8	-0,0	+6,3	+9,0	+8,7	+6,1	-4,3	-3,3	-2,0	-1,!	
Chile	+1,8	+2,1	+1,5	+2,1	+4,4	+4,3	+4,1	+3,0	-1,3	-2,0	-2,1	-2,	
Mexiko	+2,3	+2,5	+2,4	+2,6	+4,0	+2,7	+2,9	+3,0	-1,9	-2,8	-2,6	-2,	
Sonstige													
Türkei	+4,2	+2,9	+3,0	+2,9	+7,5	+8,9	+7,4	+7,0	-7,9	-5,8	-4,5	-4,	
Südafrika	+2,2	+1,5	+1,4	+1,3	+5,8	+6,1	+4,8	+5,9	-5,8	-5,4	-4,3	-4,	

¹Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2016.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	11. Mai 2016	2015	zu Ende 2015	2015 / 2016	2015 / 2016
Dow Jones	17 711	17 425	1,64	15 660	18 312
Euro Stoxx 50	2 957	3 2 6 8	-9,53	2 680	3 829
DAX	9 975	10 743	-7,15	8 753	12 375
CAC 40	4 317	4 637	-6,91	3 897	5 269
Nikkei	16 579	19 034	-12,90	14 953	20 868
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen (in % p. a.)	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	11. Mai 2016	2015	US-Bond	2015 / 2016	2015 / 2016
USA	1,74	2,28	-	1,65	2,50
Deutschland	0,13	0,63	-1,61	0,08	0,98
Japan	-0,10	0,28	-1,84	-0,13	0,54
Vereinigtes Königreich	1,40	1,97	-0,34	1,31	2,20
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	11. Mai 2016	2015	zu Ende 2015	2015 / 2016	2015 / 2016
Dollar/Euro	1,14	1,09	4,67	1,06	1,20
Yen/Dollar	108,41	120,30	-9,88	106,35	125,61
Yen/Euro	124,09	131,07	-5,33	122,23	145,21
Pfund/Euro	0,79	0,73	8,16	0,70	0,81

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Deutschland												
EU-KOM	+1,6	+1,7	+1,6	+1,6	+0,8	+0,1	+0,3	+1,5	5,0	4,6	4,6	4,7
OECD	+1,6	+1,5	+1,8	+2,0	+0,8	+0,1	+1,0	+1,6	5,0	4,6	4,6	4,6
IWF	+1,6	+1,5	+1,5	+1,6	+0,8	+0,1	+0,5	+1,4	5,0	4,6	4,6	4,8
USA												
EU-KOM	+2,4	+2,4	+2,3	+2,2	+1,6	+0,1	+1,2	+2,2	6,2	5,3	4,8	4,5
OECD	+2,4	+2,4	+2,5	-	+1,6	+0,0	+1,0	+1,8	6,2	5,3	4,7	4,7
IWF	+2,4	+2,4	+2,4	+2,5	+1,6	+0,1	+0,8	+1,5	6,2	5,3	4,9	4,8
Japan												
EU-KOM	+0,0	+0,5	+0,8	+0,4	+2,7	+0,8	+0,0	+1,5	3,6	3,4	3,4	3,3
OECD	-0,1	+0,6	+1,0	+0,5	+2,7	+0,8	+0,7	+2,3	3,6	3,4	3,2	3,1
IWF	-0,0	+0,5	+0,5	-0,1	+2,7	+0,8	-0,2	+1,2	3,6	3,4	3,3	3,3
Frankreich												
EU-KOM	+0,2	+1,2	+1,3	+1,7	+0,6	+0,1	+0,1	+1,0	10,3	10,4	10,2	10,1
OECD	+0,2	+1,1	+1,3	+1,6	+0,6	+0,1	+1,0	+1,2	9,9	10,0	10,0	9,9
IWF	+0,2	+1,1	+1,1	+1,3	+0,6	+0,1	+0,4	+1,1	10,3	10,4	10,1	10,0
Italien												
EU-KOM	-0,3	+0,8	+1,1	+1,3	+0,2	+0,1	+0,2	+1,4	12,7	11,9	11,4	11,2
OECD	-0,4	+0,8	+1,4	+1,4	+0,2	+0,2	+0,8	+1,1	12,7	12,3	11,7	11,0
IWF	-0,3	+0,8	+1,0	+1,2	+0,2	+0,1	+0,2	+0,7	12,6	11,9	11,4	10,9
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+2,9	+2,3	+1,8	+1,9	+1,5	+0,0	+0,8	+1,6	6,1	5,3	5,0	4,9
OECD	+2,9	+2,4	+2,4	+2,3	+1,5	+0,1	+1,5	+2,0	6,2	5,6	5,7	5,8
IWF	+2,9	+2,2	+1,9	+2,2	+1,5	+0,1	+0,8	+1,9	6,2	5,4	5,0	5,0
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	+2,4	+1,2	+2,0	+2,3	+1,9	+1,2	+2,0	+2,3	6,9	6,9	6,8	6,4
IWF	+2,5	+1,2	+1,5	+1,9	+1,9	+1,1	+1,3	+1,9	6,9	6,9	7,3	7,4
Euroraum												
EU-KOM	+0,9	+1,7	+1,6	+1,8	+0,4	+0,0	+0,2	+1,4	11,6	10,9	10,3	9,9
OECD	+0,9	+1,5	+1,8	+1,9	+0,4	+0,1	+0,9	+1,3	11,5	10,9	10,4	9,8
IWF	+1,7	+1,7	+1,7	-	+1,8	+1,9	+1,9	-	9,3	8,9	8,6	
EU-28												
EU-KOM	+1,4	+2,0	+1,8	+1,9	+0,5	+0,0	+0,3	+1,5	10,2	9,4	8,9	8,5
IWF	+2,1	+2,1	+2,1	-	+1,9	+2,0	+2,0	-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Belgien												
EU-KOM	+1,3	+1,4	+1,2	+1,6	+0,5	+0,6	+1,7	+1,6	8,5	8,5	8,2	7,7
OECD	+1,3	+1,3	+1,5	+1,6	+0,5	+0,6	+1,3	+1,4	8,5	8,7	8,6	8,3
IWF	+1,3	+1,4	+1,2	+1,4	+0,5	+0,6	+1,2	+1,1	8,5	8,3	8,3	8,2
Estland												
EU-KOM	+2,9	+1,1	+1,9	+2,4	+0,5	+0,1	+0,8	+2,9	7,4	6,2	6,5	7,7
OECD	+2,9	+1,8	+2,5	+2,9	+0,5	+0,1	+1,4	+2,4	7,4	6,4	6,0	5,6
IWF	+2,9	+1,1	+2,2	+2,8	+0,5	+0,1	+2,0	+2,9	7,4	6,8	6,5	6,5
Finnland												
EU-KOM	-0,7	+0,5	+0,7	+0,7	+1,2	-0,2	+0,0	+1,3	8,7	9,4	9,4	9,3
OECD	-0,4	-0,1	+1,1	+1,7	+1,2	-0,2	+0,4	+0,8	8,7	9,4	9,7	9,8
IWF	-0,7	+0,4	+0,9	+1,1	+1,2	-0,2	+0,4	+1,4	8,7	9,3	9,3	9,0
Griechenland												
EU-KOM	+0,7	-0,2	-0,3	+2,7	-1,4	-1,1	-0,3	+0,6	26,5	24,9	24,7	23,6
OECD	+0,7	-1,4	-1,2	+2,1	-1,4	-0,9	+0,7	+0,5	26,5	25,3	24,8	23,4
IWF	+0,7	-0,2	-0,6	+2,7	-1,4	-1,1	+0,0	+0,6	26,5	25,0	25,0	23,4
Irland												
EU-KOM	+5,2	+7,8	+4,9	+3,7	+0,3	+0,0	+0,3	+1,3	11,3	9,4	8,2	7,5
OECD	+5,2	+5,6	+4,1	+3,5	+0,3	+0,1	+1,6	+2,0	11,3	9,4	8,3	7,5
IWF	+5,2	+7,8	+5,0	+3,6	+0,3	-0,0	+0,9	+1,4	11,3	9,4	8,3	7,5
Lettland				- 7-			- 77	<u> </u>			- 7-	,-
EU-KOM	+2,4	+2,7	+2,8	+3,1	+0,7	+0,2	+0,2	+2,0	10,8	9,9	9,6	9,3
OECD	+2,4	+2,5	+3,1	+3,5	+0,7	+0,6	+1,7	+2,5	10,8	9,8	9,6	9,0
IWF	+2,4	+2,7	+3,2	+3,6	+0,7	+0,2	+0,5	+1,5	10,8	9,9	9,5	9,1
Litauen ¹		. =,.		, .		,-	, .	,-		-,-		-,.
EU-KOM	+3,0	+1,6	+2,8	+3,1	+0,2	-0,7	+0,6	+1,8	10,7	9,1	7,8	6,4
OECD	+3,0	+1,7	+2,9	+3,7	+0,2	-0,7	+1,4	+2,0	10,9	9,4	9,0	8,4
IWF	+3,0	+1,6	+2,7	+3,1	+0,2	-0,7	+0,6	+1,9	10,7	9,1	8,6	8,5
Luxemburg	12,0	,-	. = , .		,_	-,-	, .	,-		-,.	-,-	-,-
EU-KOM	+4,1	+4,8	+3,3	+3,9	+0,7	+0,1	-0,1	+1,8	6,0	6,4	6,2	6,2
OECD	+4,1	+3,0	+3,0	+2,9	+0,7	+0,1	+1,0	+1,5	7,1	6,9	6,8	6,8
IWF	+4,1	+4,5	+3,5	+3,4	+0,7	+0,1	+0,5	+1,3	7,1	6,9	6,4	6,3
Malta	,.	1 1,5	13,3	13,1	10,1	10,1	10,5	11,5	.,.	0,3	0, 1	0,3
EU-KOM	+3,7	+6,3	+4,1	+3,5	+0,8	+1,2	+1,4	+2,2	5,8	5,4	5,1	5,1
OECD	-	. 0,5	. +, :	. 3,3	. 5,6	. 1,2	-	,-	-	5,7		5,1
IWF	+4,1	+5,4	+3,5	+3,0	+0,8	+1,2	+1,6	+1,8	5,8	5,3	5,4	5,3
Niederlande	, :	, 5,-	. 5,5	. 3,0	. 0,0	. 1,2	. 1,0	. 1,0	3,0	3,3	5,7	5,5
EU-KOM	+1,0	+2,0	+1,7	+2,0	+0,3	+0,2	+0,4	+1,3	7,4	6,9	6,4	6,1
OECD												
	+1,0	+2,2	+2,5	+2,7	+0,3	+0,3	+1,2	+1,6	7,4	6,9	6,6	6,1
IWF	+1,0	+1,9	+1,8	+1,9	+0,3	+0,2	+0,3	+0,7	7,4	6,9	6,4	6,2

¹Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Österreich												
EU-KOM	+0,4	+0,9	+1,5	+1,6	+1,5	+0,8	+0,9	+1,7	5,6	5,7	5,9	6,1
OECD	+0,5	+0,8	+1,3	+1,7	+1,5	+0,9	+1,5	+1,7	5,7	6,0	6,1	5,9
IWF	+0,4	+0,9	+1,2	+1,4	+1,5	+0,8	+1,4	+1,8	5,6	5,7	6,2	6,4
Portugal												
EU-KOM	+0,9	+1,5	+1,5	+1,7	-0,2	+0,5	+0,7	+1,2	14,1	12,6	11,6	10,7
OECD	+0,9	+1,7	+1,6	+1,5	-0,2	+0,5	+0,7	+1,0	13,9	12,3	11,3	10,6
IWF	+0,9	+1,5	+1,4	+1,3	-0,2	+0,5	+0,7	+1,2	13,9	12,4	11,6	11,1
Slowakei												
EU-KOM	+2,5	+3,6	+3,2	+3,3	-0,1	-0,3	-0,1	+1,5	13,2	11,5	10,5	9,5
OECD	+2,5	+3,2	+3,4	+3,5	-0,1	-0,2	+1,0	+1,5	13,2	11,5	10,7	10,0
IWF	+2,5	+3,6	+3,3	+3,4	-0,1	-0,3	+0,2	+1,4	13,2	11,5	10,4	9,6
Slowenien												
EU-KOM	+3,0	+2,9	+1,7	+2,3	+0,4	-0,8	-0,2	+1,6	9,7	9,0	8,6	8,1
OECD	+3,0	+2,5	+1,9	+2,7	+0,4	-0,6	+0,5	+1,1	9,7	9,3	9,1	8,4
IWF	+3,0	+2,9	+1,9	+2,0	+0,2	-0,5	+0,1	+1,0	9,7	9,1	7,9	7,6
Spanien												
EU-KOM	+1,4	+3,2	+2,6	+2,5	-0,2	-0,6	-0,1	+1,4	24,5	22,1	20,0	18,1
OECD	+1,4	+3,2	+2,7	+2,5	-0,2	-0,6	+0,3	+0,9	24,4	22,1	19,8	18,2
IWF	+1,4	+3,2	+2,6	+2,3	-0,1	-0,5	-0,4	+1,0	24,5	22,1	19,7	18,3
Zypern												
EU-KOM	-2,5	+1,6	+1,7	+2,0	-0,3	-1,5	-0,7	+1,0	16,1	15,1	13,4	12,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	+1,6	+1,6	+2,0	-0,3	-1,5	+0,6	+1,3	16,1	15,3	14,2	13,0

Quellen:

 $\hbox{EU-KOM: Fr\"uhjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex}.$

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	
Bulgarien													
EU-KOM	+1,5	+3,0	+2,0	+2,4	-1,6	-1,1	-0,7	+0,9	11,4	9,2	8,6	8,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+1,5	+3,0	+2,3	+2,3	-1,6	-1,1	+0,2	+1,2	11,5	9,2	8,6	7,9	
Dänemark													
EU-KOM	+1,3	+1,2	+1,2	+1,9	+0,4	+0,2	+0,3	+1,5	6,6	6,2	6,0	5,7	
OECD	+1,1	+1,8	+1,8	+1,9	+0,6	+0,5	+0,9	+1,4	6,5	6,3	6,2	5,9	
IWF	+1,3	+1,2	+1,6	+1,8	+0,6	+0,5	+0,8	+1,4	6,5	6,2	6,0	5,8	
Kroatien													
EU-KOM	-0,4	+1,6	+1,8	+2,1	+0,2	-0,3	-0,6	+0,7	17,3	16,3	15,5	14,7	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-0,4	+1,6	+1,9	+2,1	-0,2	-0,5	+0,4	+1,3	17,1	16,9	16,4	15,9	
Polen													
EU-KOM	+3,3	+3,6	+3,7	+3,6	+0,1	-0,7	+0,0	+1,6	9,0	7,5	6,8	6,3	
OECD	+3,3	+3,5	+3,4	+3,5	+0,1	-0,8	+1,0	+1,7	9,0	7,6	7,3	7,1	
IWF	+3,3	+3,6	+3,6	+3,6	-0,0	-0,9	-0,2	+1,3	9,0	7,5	6,9	6,9	
Rumänien													
EU-KOM	+3,0	+3,8	+4,2	+3,7	+1,4	-0,4	-0,6	+2,5	6,8	6,8	6,8	6,7	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	+3,0	+3,7	+4,2	+3,6	+1,1	-0,6	-0,4	+3,1	6,8	6,8	6,4	6,2	
Schweden													
EU-KOM	+2,3	+4,1	+3,4	+2,9	+0,2	+0,7	+0,9	+1,2	7,9	7,4	6,8	6,3	
OECD	+2,4	+2,9	+3,1	+3,0	-0,2	+0,1	+1,4	+2,2	7,9	7,7	7,3	6,7	
IWF	+2,3	+4,1	+3,7	+2,8	+0,2	+0,7	+1,1	+1,4	7,9	7,4	6,8	7,0	
Tschechien													
EU-KOM	+2,0	+4,2	+2,1	+2,6	+0,4	+0,3	+0,5	+1,4	6,1	5,1	4,5	4,4	
OECD	+2,0	+4,3	+2,3	+2,4	+0,4	+0,4	+1,3	+2,0	6,1	5,2	5,0	4,8	
IWF	+2,0	+4,2	+2,5	+2,4	+0,4	+0,3	+1,0	+2,2	6,1	5,0	4,7	4,6	
Ungarn													
EU-KOM	+3,7	+2,9	+2,5	+2,8	+0,0	+0,1	+0,4	+2,3	7,7	6,8	6,4	6,1	
OECD	+3,7	+3,0	+2,4	+3,1	-0,2	+0,1	+2,2	+2,7	7,7	7,0	6,3	5,9	
IWF	+3,7	+2,9	+2,3	+2,5	-0,2	-0,1	+0,5	+2,4	7,8	6,9	6,7	6,5	

Quellen:

 $\hbox{\it EU-KOM: } Fr\"{u}hjahrsprognose, Mai\,2016, Statistical\,Annex.$

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \, (WEO), April \, 2016.$

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

	Ö	öffentlicher Haushaltssaldo Staatsschuldenquote Leistungsbilanzsa						sbilanzsald	0			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Deutschland												
EU-KOM	0,3	0,7	0,2	0,1	74,7	71,2	68,6	66,3	0,7	8,8	8,5	8,3
OECD	0,3	0,9	0,6	0,9	74,8	71,2	67,7	64,3	7,5	8,3	8,0	7,5
IWF	0,3	0,6	0,1	0,1	74,9	71,0	68,2	65,9	7,3	8,5	8,4	8,0
USA												
EU-KOM	-4,9	-4,0	-4,4	-4,4	104,8	105,9	107,5	107,5	-2,3	-3,3	-2,8	-3,1
OECD	-5,1	-4,5	-4,2	-3,7	111,6	110,6	111,4	111,5	-2,2	-2,5	-2,8	-3,0
IWF	-4,1	-3,7	-3,8	-3,7	105,0	105,8	107,5	107,5	-2,2	-2,7	-2,9	-3,3
Japan												
EU-KOM	-6,2	-5,2	-4,5	-4,2	246,2	245,4	247,5	248,1	0,5	3,3	3,9	4,1
OECD	-7,7	-6,7	-5,7	-5,0	226,1	229,2	232,4	233,8	0,5	3,3	2,9	3,3
IWF	-6,2	-5,2	-4,9	-3,9	249,1	248,1	249,3	250,9	0,5	3,3	3,8	3,7
Frankreich												
EU-KOM	-4,0	-3,5	-3,4	-3,2	95,4	95,8	96,4	97,0	-2,3	-1,5	-1,1	-1,0
OECD	-3,9	-3,8	-3,4	-2,8	95,5	96,5	97,7	98,1	-0,9	0,2	0,2	0,3
IWF	-3,9	-3,6	-3,4	-2,9	95,6	96,8	98,2	98,8	-0,9	-0,1	0,6	0,3
Italien												
EU-KOM	-3,0	-2,6	-2,4	-1,9	132,5	132,7	132,7	131,8	1,8	2,2	2,4	2,3
OECD	-3,0	-2,6	-2,2	-1,6	132,3	134,3	133,5	131,8	1,9	1,5	1,3	1,7
IWF	-3,0	-2,6	-2,7	-1,6	132,5	132,6	133,0	131,7	1,9	2,1	2,3	2,0
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,6	-4,4	-3,4	-2,4	88,2	89,2	89,7	89,1	-5,1	-5,2	-4,9	-4,4
OECD	-5,7	-3,9	-2,6	-1,5	88,2	87,8	86,9	85,5	-5,1	-4,0	-3,4	-3,0
IWF	-5,6	-4,4	-3,2	-2,2	88,2	89,3	89,1	87,9	-5,1	-4,3	-4,3	-4,0
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-1,6	-1,9	-1,5	-1,3	94,6	94,8	94,8	94,3	-2,1	-3,3	-2,4	-1,8
IWF	-0,5	-1,7	-2,4	-1,8	86,2	91,5	92,3	90,6	-2,3	-3,3	-3,5	-3,0
Euroraum												
EU-KOM	-2,6	-2,1	-1,9	-1,6	94,4	92,9	92,2	91,1	3,0	3,7	3,7	3,6
OECD	-2,6	-1,9	-1,7	-1,0	94,7	94,1	93,2	91,4	3,3	3,8	3,7	3,7
IWF	-1,9	-1,6	-1,3	-	89,3	88,0	86,6	-	0,5	0,5	0,5	-
EU-28												
EU-KOM	-3,0	-2,4	-2,1	-1,8	88,5	86,8	86,4	85,5	1,6	2,0	2,2	2,1
IWF	-2,1	-1,6	-1,3	-	82,8	81,2	79,5	-	0,2	0,2	0,2	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	e		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Belgien												
EU-KOM	-3,1	-2,6	-2,8	-2,3	106,5	106,0	106,4	105,6	0,8	1,3	1,8	1,9
OECD	-3,1	-2,6	-2,0	-1,0	106,7	107,6	106,9	104,8	0,1	0,1	1,0	1,6
IWF	-3,1	-2,8	-2,8	-2,2	106,7	106,3	106,8	106,5	-0,2	0,5	0,5	0,1
Estland												
EU-KOM	0,8	0,4	-0,1	-0,2	10,4	9,7	9,6	9,3	1,1	2,0	0,9	1,6
OECD	0,7	0,2	0,4	0,5	10,4	9,4	8,6	7,5	1,0	3,3	2,3	2,4
IWF	0,8	0,5	0,5	0,0	10,4	10,1	9,7	9,2	1,0	1,9	1,2	0,5
Finnland												
EU-KOM	-3,2	-2,7	-2,5	-2,3	59,3	63,1	65,2	66,9	-1,2	0,1	0,3	0,4
OECD	-3,3	-3,3	-2,7	-1,6	59,3	60,6	62,7	65,0	-0,9	-1,0	-0,7	-0,4
IWF	-3,3	-3,4	-2,8	-2,6	59,3	62,4	64,3	66,2	-0,9	0,1	0,0	-0,1
Griechenland												
EU-KOM	-3,6	-7,2	-3,1	-1,8	180,1	176,9	182,8	178,8	-3,0	-0,2	0,6	1,3
OECD	-3,6	-4,3	-7,7	-1,5	177,5	183,4	190,2	184,3	-2,1	-0,3	1,2	1,9
IWF	-3,9	-4,2	-	-	178,4	178,4	-	-	-2,1	0,0	-0,2	-0,3
Irland												
EU-KOM	-3,8	-2,3	-1,1	-0,6	107,5	93,8	89,1	86,6	3,6	4,4	4,6	4,6
OECD	-3,9	-2,1	-1,1	-0,3	107,5	101,0	98,3	95,1	3,6	3,6	3,4	4,1
IWF	-3,9	-1,6	-0,4	0,3	107,5	95,2	88,6	84,6	3,6	4,5	4,0	3,5
Lettland												
EU-KOM	-1,6	-1,3	-1,0	-1,0	40,8	36,4	39,8	35,6	-2,0	-1,2	-2,6	-2,4
OECD	-1,6	-1,6	-1,1	-1,1	40,8	37,8	40,5	40,6	-2,0	-2,0	-2,1	-2,1
IWF	-1,7	-1,5	-1,3	-1,6	38,5	34,8	34,8	34,7	-2,0	-1,6	-2,0	-2,2
Litauen ¹												
EU-KOM	-0,7	-0,2	-1,1	-0,4	40,7	42,7	41,1	42,9	3,9	-1,5	0,0	0,1
OECD	-0,7	-1,5	-1,5	-1,1	40,7	41,3	41,1	40,4	3,6	-3,4	-2,5	-2,4
IWF	-0,7	-0,7	-1,2	-1,0	42,5	42,5	42,1	41,4	3,6	-2,3	-3,0	-2,9
Luxemburg												
EU-KOM	1,7	1,2	1,0	0,1	22,9	21,4	22,5	22,8	5,5	5,5	5,3	4,8
OECD	1,4	0,9	1,0	1,2	23,0	24,9	25,7	26,3	5,5	3,6	5,1	5,0
IWF	1,4	1,0	0,9	0,1	22,9	21,8	21,7	22,1	5,5	5,2	5,1	5,0
Malta												
EU-KOM	-2,0	-1,5	-0,9	-0,8	67,1	63,9	60,9	58,3	3,4	9,9	5,6	4,4
OECD	-	-	-	-	_	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,1	-1,4	-1,2	-1,0	66,9	63,7	62,9	60,8	3,9	4,1	5,3	5,3
Niederlande							-					
EU-KOM	-2,4	-1,8	-1,7	-1,2	68,2	65,1	64,9	63,9	10,6	9,2	8,9	8,2
OECD	-2,4	-2,0	-1,3	-0,7	68,2	68,1	67,8	66,7	10,6	11,0	10,7	10,6
IWF	-2,4	-1,9	-1,7	-1,2	68,2	67,6	66,6	64,9	10,6	11,0	10,6	10,2

¹ Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	te	Leistungsbilanzsaldo				
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	
Österreich													
EU-KOM	-2,7	-1,2	-1,5	-1,4	84,3	86,2	84,9	83,0	2,1	3,1	3,1	3,3	
OECD	-2,7	-1,8	-1,9	-1,3	84,2	84,7	85,0	84,4	2,0	2,3	2,0	2,0	
IWF	-2,7	-1,6	-1,8	-1,4	84,2	86,2	85,5	83,9	1,9	3,6	3,6	3,5	
Portugal													
EU-KOM	-7,2	-4,4	-2,7	-2,3	130,2	129,0	126,0	134,5	0,0	-0,1	0,3	0,5	
OECD	-7,2	-3,0	-2,8	-2,6	130,2	128,2	127,9	127,4	0,6	0,6	0,5	0,2	
IWF	-7,2	-4,4	-2,9	-2,9	130,2	128,8	127,9	127,3	0,1	0,5	0,9	0,4	
Slowakei													
EU-KOM	-2,7	-3,0	-2,4	-1,6	53,9	52,9	53,4	52,7	-0,8	0,8	-0,6	-1,1	
OECD	-2,8	-2,7	-1,9	-0,6	53,5	52,9	52,4	51,7	0,1	-0,4	-0,5	0,3	
IWF	-2,8	-2,7	-2,2	-2,0	53,3	52,6	52,1	51,9	0,1	-1,1	-1,0	-1,0	
Slowenien													
EU-KOM	-5,0	-2,9	-2,4	-2,1	81,0	83,2	80,2	78,0	6,5	7,0	7,0	6,9	
OECD	-5,0	-2,9	-2,3	-1,8	80,8	83,2	85,0	86,1	7,0	7,5	8,5	8,7	
IWF	-5,8	-3,3	-2,7	-2,5	80,8	83,3	80,7	81,8	7,0	7,3	7,6	7,1	
Spanien													
EU-KOM	-5,9	-5,1	-3,9	-3,1	99,3	99,2	100,3	99,6	1,0	1,4	1,5	1,3	
OECD	-5,9	-4,2	-2,9	-1,8	99,3	100,5	100,3	99,2	1,0	1,5	1,3	1,2	
IWF	-5,9	-4,5	-3,4	-2,5	99,3	99,0	99,0	98,5	1,0	1,4	1,9	2,0	
Zypern													
EU-KOM	-8,9	-1,0	-0,4	0,0	108,2	108,9	108,9	105,4	-4,6	-3,5	-4,2	-4,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-0,2	-1,7	0,1	0,7	108,2	108,7	99,3	95,3	-4,6	-5,1	-4,8	-4,7	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

			Haushaltss	aldo		Staatssch	uldenquot	Δ		Laistungs	bilanzsaldo	2
					2014				2014	_		
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bulgarien												
EU-KOM	-5,4	-2,1	-2,0	-1,6	27,0	26,7	28,1	28,7	2,8	1,9	2,3	2,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,6	-2,9	-2,0	-1,4	26,4	26,9	30,2	30,6	1,2	2,1	1,7	0,8
Dänemark												
EU-KOM	1,5	-2,1	-2,5	-1,9	44,8	40,2	38,7	39,1	-2,0	-2,0	-1,5	-1,3
OECD	1,5	-2,7	-2,8	-2,8	45,1	41,6	40,9	43,3	6,3	7,0	7,2	7,4
IWF	1,5	-2,0	-2,8	-2,0	44,6	45,6	47,4	47,7	7,7	6,9	6,6	6,5
Kroatien												
EU-KOM	-5,5	-3,2	-2,7	-2,3	86,5	86,7	87,6	87,3	7,7	7,0	6,3	6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,6	-4,0	-3,3	-2,8	85,1	87,7	89,0	89,0	0,7	4,4	2,7	2,1
Polen												
EU-KOM	-3,3	-2,6	-2,6	-3,1	50,5	51,3	52,0	52,7	2,2	4,9	5,0	4,5
OECD	-3,3	-2,8	-2,8	-2,4	50,4	51,5	51,5	51,1	-2,0	-0,2	-1,0	-1,4
IWF	-3,3	-2,9	-2,8	-3,1	50,4	51,3	52,0	52,9	-2,0	-0,5	-1,8	-2,1
Rumänien												
EU-KOM	-0,9	-0,7	-2,8	-3,4	39,8	38,4	38,7	40,1	-1,3	0,1	-0,3	-0,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,9	-1,5	-2,8	-2,8	40,5	39,4	39,7	40,2	-0,5	-1,1	-1,7	-2,5
Schweden												
EU-KOM	-1,6	0,0	-0,4	-0,7	44,8	43,4	41,3	40,1	0,2	-0,9	-2,1	-2,8
OECD	-1,7	-1,1	-0,6	-0,3	44,8	43,9	43,0	42,0	6,2	6,0	5,5	5,5
IWF	-1,7	-0,9	-0,9	-0,8	44,9	44,1	42,6	41,9	5,4	5,9	5,8	5,7
Tschechien												
EU-KOM	-1,9	-0,4	-0,7	-0,6	42,7	41,1	41,3	40,9	-2,0	-2,0	-1,5	-1,3
OECD	-1,9	-1,9	-1,3	-0,8	42,7	40,5	40,5	40,5	0,6	0,7	0,2	-0,2
IWF	-1,9	-1,9	-1,6	-1,5	42,7	40,9	41,3	41,0	0,2	0,9	0,6	0,6
Ungarn												
EU-KOM	-2,3	-2,0	-2,0	-2,0	76,2	75,3	74,3	73,0	1,1	5,1	4,4	4,0
OECD	-2,5	-2,3	-1,9	-1,5	76,2	76,3	74,6	72,0	2,3	4,3	5,5	6,4
IWF	-2,5	-2,2	-2,1	-2,2	76,2	75,5	74,8	74,5	2,3	5,1	5,4	5,2

Quellen:

 $\hbox{EU-KOM: Fr\"uhjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex}.$

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

Mai 2016

Lektorat, Satz und Gestaltung

heimbüchel pr kommunikation und publizistik GmbH, Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721 Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de www.ministere-federal-des-finances.de www.federal-ministry-of-finance.de www.stabiler-euro.de www.bundeshaushalt-info.de www.finanzforscher.de www.bundesfinanzministerium.de/APP www.youtube.com/finanzministeriumtv www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.